Donnerstag, 17. Januar 1985 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 14 - 3.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Katalysator: Auf ein Steuerentlastungspaket für umweltfreundliche Autos einigten sich die Experten von CDU/CSU und FDP. Es enthält auch gestaffelte Steuererleichterungen für nachgerüstete Wagen. (S. 10)

Renten: Um die Rentenversicherung finanzierbar zu erhalten, sollten nach Auffassung der SPD auch die Beamten zu ihrer Altersversorgung beitragen. (S. 6)

Neuauflage? Die hessischen Grünen sind bereit, mit der SPD über eine Neuauflage des gescheiterten Bündnisses zu verhandeln. Bei den Gesprächen müsse es vor allem um eine „Neuorientierung der Atompolitik" gehen. (S. 2)

Medien: Das Londoner Unterhaus hat einen Gesetzentwurf abgelehnt, der der BBC Werbung gestattet hätte. Die BBC will nun eine Gebührenerhöhung für Farbfernsehkunden von derzeit umgerechnet 165 auf 232 Mark im Jahr durchsetzen.

Bergarbeiterstreik: Ein Bruch in der traditionsreichen britischen Bergleute-Gewerkschaft NUM scheint unvermeidlich. Auch die NUM-Sektion Süd-Derbyshire will sich von der nationalen Gewerkschaftsführung lösen. (S. 4)

Israel: Mit 62 gegen 51 Stimmen hat die Knesset einen Antrag religiöser Parteien abgelehnt, den Begriff Jude enger zu fasse. Nach bisheriger Definition ist Jude, wer eine jüdische Mutter hat oder zum Judentum übergetreten ist.

„Le Monde": Neuer Chefredakteur der Pariser Tageszeitung wurde der Chef des außenpolitischen Ressorts, André Fontaine. Ihm fällt die schwere Aufgabe zu, das defizitäre Blatt zu sanieren.

Neuer Anlauf: Bei ihrem ersten „Gipfel" seit sechs Jahren wollen die Führer der griechischen und türkischen Zyprer, Kyprianou und Denktasch, heute in New York versuchen, die Spaltung der Insel zu überwinden. (S. 4)

Umwelt – Forschung – Technik

Deutsche Ingenieure waren maßgeblich an der Konzeption von „Columbus" beteiligt – dem europäischen Beitrag zur ständigen Raumstation der Amerikaner im Weltall. – Beim „Großversuch Tempo 100" haben grüne Überzeugungen keine Chance. Seite 5

WIRTSCHAFT

Agrarmarkt: Die deutsche Agarwirtschaft kann mit den Absatzerfolgen 1984 zufrieden sein, die Bauern weniger mit den Preisen, resümiert die CMA. Die Exporte stiegen um 13 Prozent auf 24,3 Milliarden DM. (S. 11)

Einzelhandel: Der Umsatz stieg im vergangenen Jahr um rund drei Prozent auf 470 Milliarden DM. Preisbereinigt blieb dem Einzelhandel jedoch nur ein Plus von 0,5 Prozent. (S. 11)

Strom teurer: Der größte deutsche Stromversorger, RWE, will zum 1. Juli die Strompreise erhöhen. Die Steigerung soll deutlich über den 3,9 Prozent liegen, die 1984 mehr verlangt wurden. (S. 11 und 13)

Börse: Die Nachfrage aus dem Ausland sorgte an den Aktienmärkten für höhere Kurse bei ausgesuchten Werten. Der Rentenmarkt tendierte uneinheitlich. WELT-Aktienindex 166,2 (165,5). BHF-Rentenindex 102,398 (102,336). Performance-Index 99,838 (99,749). Dollarmittelkurs 3,1833 (3,1947) Mark. Goldpreis 302,70 (301,80) Dollar.

ZITAT DES TAGES



» In Europa gibt es weder einen Pangermanismus noch einen Panslawismus. Aber es gibt das Streben der Völker nach Freiheit, Selbstbestimmung und Menschenrechten «

Der CDU-Europaabgeordnete Hans-Gert Pöttering im Europäischen Parlament gegenüber dem neuen EG-Ratspräsidenten Guilio Andreotti, dessen Äußerungen zur deutschen Frage im Herbst eine scharfe Kontroverse ausgelöst hatten. FOTO: DW.

KULTUR

Filmfestspiele: „DDR"-Regisseur Egon Günther vertritt bei den Berliner Internationalen Filmfestspielen im Februar die Bundesrepublik mit seinem jüngsten Film „Morenga", der die deutsche Kolonialherrschaft in Südwestafrika behandelt. Günther hat schon mehrfach in der Bundesrepublik gearbeitet.

Jubiläum: Sein 40jähriges Bestehen feiert das Tel Aviver Kameri-Theater, eines der größten des Landes für moderne Schauspielkunst. Angefangen hatte es, als fünf junge Schauspieler, die nichts besaßen außer künstlerischer Begeisterung, sich in einer „Gruppe für Einakter" zusammenschlossen. (S. 17)

SPORT

Schwimmen: Der geflüchtete „DDR"-Schwimmer Jens-Peter Berndt will offensichtlich in den USA bleiben. US-Trainer Don Gambrill wird einen Einbürgerungsantrag stellen.

Eishockey: Karl Friesen aus Rosenheim, der Torhüter der deutschen Nationalmannschaft, wird einen Profi-Vertrag in Nordamerika unterzeichnen. Der Verein ist noch nicht bekannt.

AUS ALLER WELT

Hell's Angels: Der Prozeß gegen die Hamburger Rockergruppe droht erneut zu platzen. In der zweiten Hauptverhandlung bezeichnete die Verteidigung die Wahl der Schöffen als nicht ordnungsgemäß. (S. 18)

„Sinus": Trotz des Streits um das schnurlose Telefon stellt sich die Post auf 100 000 zu liefernde Apparate im ersten Jahr ein. Sie sollen, wenn schon nicht abhörsicher, so doch mithörsicher sein. (S. 18)

Wetter: Überwiegend niederschlagsfrei. -6 bis -2 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Schnee und Glatteis behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser für mögliche Verzögerungen bei der Zustellung um Verständnis.

Raumstation: Genscher setzt sich im Kabinett nicht durch

Bundesregierung will industrielle Führung an „Columbus" sichern

HEINZ HECK, Bonn

Die Bundesregierung hat in der gestrigen Kabinettssitzung an ihrer ablehnenden Haltung zum französischen Projekt des Weltraumfahrzeugs „Hermes" festgehalten. Damit hat sich Außenminister Genscher, der mit Rücksicht auf die deutsch-französische Zusammenarbeit eine Option für dieses kurzfristig von Paris eingebrachte Projekt offenhalten wollte, zunächst nicht durchsetzen können. Dagegen ist das Kabinett den Vorschlägen von Forschungsminister Riesenhuber gefolgt: Die Bundesrepublik wird danach innerhalb der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) an den beiden neuen Großprogrammen „Columbus" und „Ariane 5" mitwirken.

„Columbus" ist ein eigenständiger europäischer Beitrag für eine amerikanische bemannte Raumstation. Die Bundesregierung will mit der Übernahme des höchsten Teilbeitrags von 37,5 Prozent deutschen Firmen zugleich die industrielle Führung an Columbus sichern. Die Gesamtkosten werden in jeweiligen Preisen (also einschließlich der Preissteigerungsrate) bis 1995 auf rund 7,4 Milliarden Mark geschätzt, so daß der deutsche Beitrag 2,8 Milliarden Mark ausmachen wird. Der europäische Beitrag entspricht schätzungsweise 20 bis 25 Prozent des Gesamtprojekts.

Die Bundesrepublik beteiligt sich mit etwa 22,5 Prozent an „Ariane 5", das von Frankreich geführt wird. Mit geschätzten Gesamtkosten von ebenfalls 7,4 Milliarden Mark soll bis 1995 eine neue Generation europäischer Trägerraketen mit einem neuen Triebwerk (HM 60) entwickelt werden. Der deutsche Beitrag kostet etwa 1,7 Milliarden Mark.

In einer zweijährigen Vorbereitungsphase 1985 und 1986 sollen mit einem deutschen Beitrag von zusammen etwa 190 Millionen Mark die Entscheidungsvoraussetzungen für beide Programme geklärt werden. Hierbei sind sowohl technische Konzepte und Kosten als auch die vertraglichen Bedingungen der Zusammenarbeit zwischen den europäischen Partnern und den USA auszuhandeln. Ende Januar findet in Rom die Ministerkonferenz der ESA statt, bei der die entsprechenden Entscheidungen getroffen werden sollen. Die Bundesregierung ist nach der zweijährigen Vorbereitung nur für den Fall an ihre gestrige Entscheidung gebunden, daß sich das Projekt (oder die Projekte) als durchführbar erweist. Bei einer erheblichen Kostenabweichung ist sie beispielsweise nicht gebunden.

Riesenhuber muß die Vorbereitungskosten aus seinem Etat bestreiten. Das gilt auch noch für 1987 mit einer voraussichtlichen Belastung von 300 Millionen Mark. Danach will Stoltenberg wenigstens die Hälfte der Projektkosten zusätzlich zur ohnehin vorgesehenen Steigerung des Forschungsetats bereitstellen.

Das Projekt „Hermes", also die Entwicklung eines rückkehrfähigen bemannten Raumfahrzeugs (dem Shuttle vergleichbar), ist praktisch erst im Herbst 1984 von Paris in die Diskussion eingeführt worden. Es befindet sich noch in einem sehr frühen Entwicklungsstadium. Mit Rücksicht auf die geplante europäisch-amerikanische Zusammenarbeit will Bonn dieses autonome europäische Vorhaben zunächst nicht aufgreifen.

Seite 2: Auf dem Boden

Schulverweis nach Fluchthilfe?

Marburger Schulklasse brachte einen 25jährigen aus der „DDR" in den Westen

WALTER H. RUEB, Bonn

Die Hilfe, die eine Gruppe hessischer Schüler kurz vor Weihnachten 1984 einem jungen „DDR"-Bewohner bei der Flucht in den Westen zuteil werden ließ, hat jetzt ein Nachspiel: 14 Schülerinnen und Schüler des privaten „Landschulheims Steinmühle" in Marburg wurde die Verweisung von der Schule angedroht. In einem separaten Schreiben wurde ihnen nahegelegt, freiwillig von der Schule abzugehen, weil das Vertrauensverhältnis zwischen Schule einerseits und Schülern und Eltern andererseits völlig zerstört sei. Die Eltern der Kinder, die am 28. Dezember auf der Rückfahrt von einer fünftägigen Klassenfahrt nach Weimar einem 25jährigen geholfen hatten, in die Bundesrepublik Deutschland zu gelangen, erhoben schwere Vorwürfe gegen die Schulleitung. Sie sprachen von einem „Tribunal", das über die Betroffenen veranstaltet worden sei.

Keine Schule könne eine derartige Gefährdung von Schülern, Lehrern und Klassenfahrt-Begleitpersonen hinnehmen, rechtfertigte Schulleiter Klaus Teichler im Gespräch mit der Deutschen Presseagentur das Vorgehen der Schule. Nur durch günstige Umstände sei der Flüchtling an der Grenze nicht entdeckt worden. Dabei gab es nach Angaben von Schülerinnen und Schülern, die ausnahmslos der Klasse 11 angehören, drei Kontrollen, wobei stets mehrere Volkspolizisten den Bus betraten und durchsuchten.

Insgesamt 39 Schülerinnen und Schüler nahmen in Begleitung von drei Lehrern an der 130 Mark teuren Klassenfahrt teil. Veranstaltet und begleitet wurde die Fahrt von der kommunistenfreundlichen Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN).

In der „DDR" lernten vier Schülerinnen den 25jährigen Bernd M. kennen, der aus der Nähe Marburgs stammt. Bernd war als Kind in die „DDR" gekommen, äußerte den Besuchern aus dem Westen gegenüber aber den Wunsch, wieder in die Bundesrepublik zurückzukehren. Spontan und möglicherweise etwas unüberlegt, doch mit viel Engagement und Herz, beschlossen die Schülerinnen, Bernd zu helfen. Später bekamen sie Bedenken und rückten von dem gefaßten Plan ab. Schüler aber bestellten Bernd telegraphisch zu einem Treffpunkt, brachten ihn heimlich und ohne Wissen von Lehrern, Begleitperson und der Mehrzahl der Schulkameraden im Bus unter. Später sagte eine der Schülerinnen: „Wir haben Blut und Wasser geschwitzt. Wenn der Beamte an der Grenze nur einen halben Meter weitergegangen wäre, hätte er den Flüchtling entdeckt."

Das Schicksal war den jungen Menschen gnädig – jedenfalls am Grenzübergang. Der Flüchtling wurde nicht entdeckt, die Heimkehr gestaltete sich triumphal. In Marburg gab es Beifall und Lob, zu Beginn dieser Woche aber verwandelte sich der erregende Akt des deutsch-deutschen Dramas in ein Fegefeuer für beteiligte Schüler und deren Eltern.

In der Privatschule wurde eine Gesamtkonferenz einberufen, bei der die Lehrer an Tischen in Hufeisenform rund um Schüler und Eltern saßen. Später sprachen empörte Eltern von einem „Tribunal", der Vor-

● Fortsetzung Seite 10

„Pastoren rufen zum Rechtsbruch auf"

Prominente evangelische Persönlichkeiten protestieren bei den nordelbischen Bischöfen

DW. Rendsburg

In einer bisher einmaligen Aktion haben jetzt führende evangelische Persönlichkeiten ihre Kirchenleitung scharf kritisiert. In einem „Nordelbischen Aufruf an unsere Bischöfe" beanstanden sie, daß in der 2,7 Millionen Mitglieder zählenden Landeskirche Amtsträger „öffentliche Staatshetze" betrieben sowie zum Rechtsbruch aufforderten. Dieser Schritt in die Öffentlichkeit dürfte auch auf der gestern in Rendsburg eröffneten nordelbischen Synode zur Sprache kommen.

Zu den Unterzeichnern des Aufrufs an die Bischöfe Karlheinz Stoll (Schleswig), Peter Krusche (Hamburg) und Ulrich Wilckens (Holstein-Lübeck) gehören der frühere schleswig-holsteinische Ministerpräsident Helmut Lemke, das Mitglied des EKD-Rates Otto Freiherr von Campenhausen, die Kieler Staatssekretärin Annemarie Schuster, der Chefarzt Professor Hans-Jürgen Ludwig aus Eutin, die nordelbischen Landessynodalen Gottfried Lauprecht (Kiel) und Pastor Jens Motschmann (Itzehoe), Oberst Udo Harms (Schleswig) und die CDU-Bundestagsabgeordnete Ingrid Roitzsch (Quickborn).

SEITE 2:
Der politisierende Pastor
SEITE 6
Aufruf an die Bischöfe

Der Appell wurde dem Informationsdienst der Evangelischen Allianz (idea) übergeben.

In der Erklärung wird kritisiert, daß die Landeskirche Publikationen verteile, in denen es heiße, der Bundestag und das Bundesverfassungsgericht „beteiligten sich am Amoklauf gegen die Verfassung". Außerdem werde behauptet, die Bundeswehr sei „durchsetzt mit unbelehrbaren Kriegstreibern" und diene der Vorbereitung auf „Angriffskriege für die NATO". Eine Gruppe von Pastoren „bekundet offensichtlich Sympathie für Terroristen, indem sie aufruft: Bedenkt, Schwestern und Brüder: Berge versetzen beginnt mit Steineschmeißen.".

Im Gespräch mit der WELT bezog sich Pastor Motschmann unter anderem auf die für Wehrdienstverweigerer herausgegebene Schrift „was uns betrifft" aus dem Jahre 1983 und die Zeitschrift „Gegen den Strom" (1982). In dem Appell an die Bischöfe wird auch an einen Brief von 27 Pastoren erinnert, in dem dazu aufgerufen wird, „jede Form des Kriegsdienstes zu verweigern" durch „bürgerlichen Ungehorsam" sowie durch die Besetzung von Straßen, die militärisch genutzt werden könnten, oder durch Verweigerung medizinischer Hilfe für den Notfall. Die bisherige Reaktion der Kirchenleitung wird als „nicht angemessen genug" bezeichnet.

Margaret Thatcher will in Bonn auch 8. Mai ansprechen

SAD, London

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher will bei ihrem Besuch morgen in Bonn mit Bundeskanzler Helmut Kohl auch über die britischen Pläne zur Gestaltung der Feiern anläßlich des 40. Jahrestages der deutschen Kapitulation sprechen. Entgegen ersten Überlegungen hat sich die britische Premierministerin gestern entschieden, eine offizielle Feier zum V-Day zu veranstalten. „Wir ziehen eine Zeremonie in Erwägung, mit der der Toten gedacht und auf die Versöhnung und den Wiederaufbau hingewiesen wird."

Auch Frankreich will den 40. Jahrestag der Kapitulation mit „bedeutenden Feierlichkeiten" begehen. Die Veranstaltungen sollen dem Thema Frieden und Versöhnung gewidmet sein. Schon am 28. April will Paris der Deportierten und Kriegsgefangenen gedenken.

Seite 10: Frau Thatcher beugt sich

Weizsäcker will auch Israel einen Besuch abstatten

DW. Bonn

Bundespräsident Richard von Weizsäcker wird nach seinen für Anfang Februar geplanten offiziellen Besuchen in Jordanien und Ägypten auch nach Israel reisen. Allerdings ist der genaue Termin noch nicht festgelegt. Der Bundespräsident war von Israels Präsident Herzog eingeladen worden.

Politische Beobachter in Bonn werteten die bevorstehenden Besuche als einen weiteren Ausdruck des Bonner Willens, gleich gute und ausgewogene Beziehungen zu den verhandlungsbereiten arabischen Staaten und Israel zu unterhalten. Dies akzentuierte ein Sprecher des Bundespräsidialamtes mit den Worten, diese ersten offiziellen Besuche eines deutschen Bundespräsidenten in Ländern dieser Region „unterstreichen die Bedeutung, die die Bundesrepublik dem Nahen Osten für den Frieden in der Welt zumißt".

Ausfuhrquote 1984 auf einem neuen Rekordstand

Mk. Bonn

Die deutsche Wirtschaft hat im vergangenen Jahr nicht nur alle Exportrekorde gebrochen, sondern auch ihre Ausfuhrquote, also den Anteil aller Ausfuhren am gesamten Bruttosozialprodukt, auf den bisherigen Höchststand von 34 Prozent gesteigert. Diese Erfolge widerlegten augenfällig das modische Gerede über eine vermeintlich geschwächte Wettbewerbsfähigkeit. Das stellte der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Otto Schlecht, gestern in Bonn fest. Deutsche Firmen haben 1984 Waren und Dienstleistungen von rund 485 Milliarden Mark im Ausland abgesetzt. Mit einer Steigerungsrate von rund zwölf Prozent knüpft die Bundesrepublik an Boomperioden der 60er und 70er Jahre an. Auch die Leistungsbilanz dürfte 1985 mit einem Überschuß von 20 bis 25 Milliarden Mark abschließen.

Seite 11: Auf neuem Höchststand

DER KOMMENTAR

Deutschstunde

HERBERT KREMP

Zahlreiche schicke Geister sanken bei der Frage in die Sessel: „Stell dir vor, es klopft nachts im Ho-Ho-Ho-Chi-Minh-Rhythmus an deine Tür und Ulrike Meinhof begehrt Einlaß. Was tust du?" Für eine positive Antwort wurden Kategorien der Ethik und Barmherzigkeit bemüht. Schriftsteller und Publizisten kauten an den Federn. Wer rechtweg sagte, die Ulrike ließe er draußen, wurde mangelnder Sensibilität oder noch schrecklicherer Dinge geziehen. Das liegt weit zurück.

Oder doch nicht? Rührt sich etwas in einem ganz anderen, brandaktuellen Fall? Da klopfte ein 25jähriger in der „DDR" bei einer jugendlichen Reisegruppe aus der Bundesrepublik an und wurde erhört. Die Schüler versteckten ihn im Bus und brachten ihn in den Westen. Man kann die Tat der 17- und 18jährigen als unüberlegt und gefährlich bezeichnen. Das Strafgesetzbuch der „DDR" enthält zwei Einmauerungs-Paragraphen, § 105: „Staatsfeindlicher Menschenhandel" und § 213: „Ungesetzlicher Grenzübertritt". Die erste Bestimmung bedroht den Fluchthelfer mit Freiheitsstrafen von zwei Jahren bis lebenslang. Wäre der Flüchtling im Bus entdeckt worden, hätten Lehrer, Schüler und Flüchtling mit Verfahren rechnen müssen.

Die Schüler der Marburger Privatschule Steinmühle haben also gegen die Disziplin verstoßen. Sie haben sich und andere gefährdet. Das mußte man ihnen deutlich und unter Hinweis auf die Unmenschlichkeit der „DDR"-Gesetzgebung sagen. Aber die 14 Jugendlichen handelten aus idealistischen Motiven. Sie sind insofern gut geraten, als sie in voller Naivität den Wert der Freiheit erkannt haben. Auf sie trifft die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 24. Juli 1978 zu, in dem es heißt, der Fluchthelfer sei im Interesse des Flüchtlings tätig, wenn er sich subjektiv verpflichtet fühle, diesem zu helfen „und sich wegen der Lage, in der sich der Flüchtling befindet ..., objektiv dazu verpflichtet fühlen darf".

Die Lehrer der Schule aber, offenbar von der Zwangsvorstellung knarrender Knasttüren verfolgt, wollten die positive Seite der Tat nicht erkennen. Sie veranstalteten vielmehr ein Tribunal, bedrohten die Schüler mit dem Verweis von der Schule und empfahlen den Eltern, „die Abmeldung zu erwägen". Ihr Gericht geriet zum Theaterstück „Deutschland, deine Lehrer". Ist das nicht eigentlich ein Fall, zu dem der Bundespräsident ein klärendes Wort sagen könnte?

Kampfpanzer Leo 2 bleibt optimales Waffensystem

Neue Konzeption erst nach der Jahrhundertwende nötig

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die Planungen des deutschen Heeres über das Jahr 2000 hinaus werden von der Erkenntnis bestimmt, daß auch dann noch der Kampfpanzer in der Kombination von Feuerkraft, Panzerung und Beweglichkeit das Optimum eines Waffensystems darstellen dürfte. Bis dahin erfüllt der „Leopard 2" die Leistungsanforderungen. Nach der Jahrhundertwende aber muß nach den Worten des neuen Heeresinspekteurs Hans-Henning von Sandrart ein völlig neuer „Panzerkampfwagen 2000" die Aufgaben des Vorgängers übernehmen und einen „technischen Sprung in die Zukunft bringen".

Der Generalleutnant, der nach seiner Amtseinführung im vergangenen Oktober jetzt erstmals über seine Arbeit mit Journalisten sprach, erläuterte, daß das Heer schon im nächsten Jahrzehnt mit der Einführung völlig neuer Gefechtsfahrzeuge um den „Leopard 2" herum beginnen werde. Daraus solle dann das „System Gepanzerte Kampftruppe 90" entstehen. Da die NATO in den neunziger Jahren die Einführung eines völlig neuen sowjetischen Panzers erwartet, will das deutsche Heer die Nutzung der neuen Systemfamilie von 1994 an mit der Einführung eines „Panzerabwehrkampfwagens" beginnen. Als Ersatz für die Panzerabwehrrakete „Milan" wird das neue Fahrzeug fest eingebaut eine 120 mm-Kanone tragen, so daß unter anderem die Panzergrenadiere in der Verteidigung gegen Panzer unabhängig von der Unterstützung durch eigene Kampfpanzer werden. Weiter wird das Heer als zusätzlichen Nachfolger für den Schützenpanzer „Marder" einen zweiten Wagentyp, den „Schützenkampfwagen", einführen, der lediglich eine Maschinenkanone tragen und vor allem die schnelle Beweglichkeit der Panzergrenadiere garantieren soll. Dazu kommen weiter im „System 90" ein Gefechtswagen zur Bekämpfung von Panzern und Hubschraubern sowie ein verbesserter Mörserkampfwagen. Das Fahrzeug „Giraffe" zum Kampf gegen die gepanzerten Hubschrauber der Sowjets soll von einer auf 12 bis 15 Meter hoch ausfahrbaren Plattform aus Raketen auf Entfernungen bis 5000 Meter verschießen können. Für die neuen Gefechtsfahrzeuge rechnet der Inspekteur über zwölf Jahre mit Kosten von 24 Milliarden Mark.

Neben der Waffenbeschaffung sieht der General als die entscheidende Herausforderung für das Heer dessen intensiv zu steigernde Fähigkeit, mit Hilfe von Reservisten mobil zu machen. Es braucht nach den Worten Sandrarts geradezu eine „Änderung der Mentalität", damit das Heer diese Aufgabe geistig und organisatorisch bewältigt.

Die Soldaten sollen während ihres Grundwehrdienstes, der nach der Bundeswehrplanung von 1989 an um drei auf 18 Monate verlängert wird, intensiver auf ihren Einsatz als Reservisten vorbereitet werden. Beim Territorialheer, das auch in der Vorneverteidigung zur Verstärkung eingesetzt werden soll, sollen bisher lediglich als sogenannte Geräteeinheiten ohne Personal bestehende Verbände teilaktiviert werden.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Auf dem Boden bleiben

Von Heinz Heck

Auch wenn es in den Weltraum geht – dorthin, wo die Freiheit bekanntlich grenzenlos ist – darf man die Verbindung zu den Realitäten nicht verlieren. Die gestrige Kabinettsentscheidung über die Beteiligung an zwei Großprojekten läßt Zweifel aufkommen, ob das der Bundesregierung gelungen ist.

Wer bei so hochfliegenden Plänen vom Geld spricht, macht sich des kleinen Karos verdächtig. Dennoch sei der Versuch gewagt. Finanzminister Stoltenberg soll den Forschungsetat wegen des verstärkten Weltraum-Engagements überdurchschnittlich dotieren. Das wird Riesenhubers Kabinettskollegen, die im aufkommenden Wahlkampffieber für 1986 ebenfalls um Etatsteigerungen kämpfen, kaum verborgen bleiben.

Also bedarf es einer stichhaltigen Begründung, warum Stoltenberg gerade bei diesen visionären Projekten mit seinem noch am Dienstag bekräftigten Grundsatz bricht, für Mehranforderungen müßten Deckungsvorschläge, etwa durch Umschichtung, nachgereicht werden.

Umschichtung im Forschungsetat? In diesem Ausmaß sei das nicht möglich, lautet die Antwort des Forschungsministers. Das kann – und wird – jeder andere Minister ebenfalls sagen. Bei dieser Antwort sollte jeder Minister unter Begründungszwang gesetzt werden, wenn man die seit zwei Jahren erfolgreiche Haushaltskonsolidierung nicht gefährden will.

Warum muß zum Beispiel der deutsche „Columbus"-Beitrag so exorbitant hoch ausfallen? Nur wegen der deutschen Führerschaft? Zwar soll jedes Land entsprechend seinem Beitrag zuliefern. Doch der Zuwachs an Erkenntnis dürfte in diesen Gemeinschaftsprojekten letztlich für alle gleich sein.

Dies ist kein Plädoyer für einen zum Beispiel nur fünfprozentigen Beitrag. Doch was spricht gegen eine Beteiligung in der Relation zur Wirtschaftskraft der Partnerstaaten? Das hätte den Vorteil, daß Riesenhuber die Anforderungen in seinem Etat verdauen und Stoltenberg (Konsolidierungs-)Kurs halten könnte. Daß angesichts dieser Belastungen auf eine Zustimmung zu „Hermes" verzichtet wurde, stimmt hoffnungsvoll, was den Etat betrifft: Die Kostenrechner hatten doch ein Wort mitzureden.

Er darf nichts entscheiden

Von Horst Stein

Der Franzose Jacques Delors, der neue Präsident der EG-Kommission, hat vor dem Europa-Parlament in Straßburg einen starken Eindruck hinterlassen. Wohl, weil er schonungslos aussprach, wie sehr das Einigungswerk in die Sackgasse geraten ist: „De facto geben sich alle Institutionen frustriert und spielen einander den Schwarzen Peter zu." Und, weil er es nicht bei dieser Feststellung bewenden ließ. Delors machte nämlich zugleich seine Entschlossenheit glaubhaft, „zu Kreativität und Offensivgeist zurückzufinden". Gegen das schleichende Gift der Resignation, das weiß der Mann mit Ministererfahrung, helfen in der Politik nur Mut und Zuversicht. Die Parlamentarier dankten ihm mit Beifall, froh, daß ihnen wieder mal einer Mut zugesprochen hat, denn der Gemeinschaftsalltag sieht trübe aus.

Da ist zum einen die faktische Machtlosigkeit der europäischen Institutionen, die bei allen Fortschritten, allen fälligen und überfälligen Entscheidungen vom Maße dessen abhängen, was die Mitgliedsregierungen bei ihren nationalen Parlamenten durchzusetzen vermögen. Delors' Amtsvorgänger Thorn sah sich deshalb als Chef einer „Pseudo-Regierung", die „alles vorschlägt, alles ausarbeitet, alles ausführen muß, aber nichts entscheiden darf".

Wen wundert es da, daß auch der Bürger die verblassende europäische Vision allmählich aus dem Auge verliert und den Blick statt dessen, täglich fassungsloser, auf die europäischen Absurditäten heftet: auf die Butter- und Papierberge, die Abschlachtprämien und die Hunderttausende von Tonnen zur Vernichtung bestimmten Obstes und Gemüses.

16 000 Eurokraten, das hat sich mittlerweile herumgesprochen, sind emsig dabei, fortwährend neuen Unfug zu erzeugen. Mehr als hundert Seiten verwendeten sie, beispielsweise, auf das Bemühen, die Überrollbügel für Kleintraktoren zur Weinernte zu standardisieren. Und zwei Millionen Mark war es ihnen wert zu untersuchen, in welchem Käfig welcher Größe das europäische Huhn am glücklichsten ist.

Zu befürchten bleibt allerdings, daß diese EG-Wirklichkeit auch Delors bald in die Frustration getrieben haben wird.

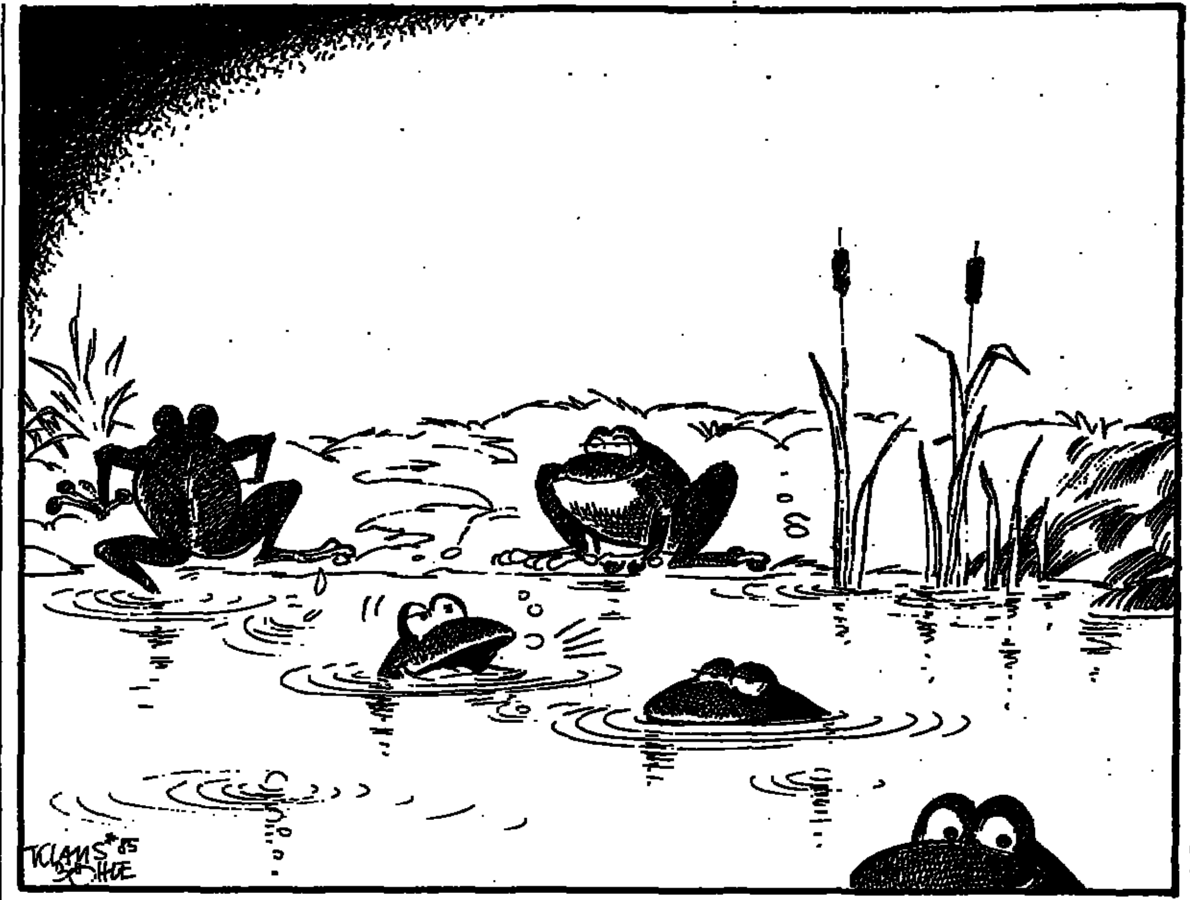
Der politisierende Pastor

Von Detlev Ahlers

In der engen Umgebung des Bischofs für Hamburg fiel der Satz: „Wir leben in einer postchristlichen Zeit." Eine Minderheit der evangelischen Pastoren hat sich dieser Mutmaßung angeschlossen; sie wendet sich dem politischen Diesseits zu, weil ihr das Jenseits nur noch wenig sagt. Sie will den Staat verändern, nicht die Menschen; sie läßt sich ein mit Extremisten, sie fordert zu Rechtsbrüchen auf und öffnet die Gemeindehäuser, vor allem die Studentengemeinden, denen, die gegen unser Wirtschaftssystem, gegen unsere Armee, gegen unseren Rechtsstaat kämpfen. Von einigen Bischöfen wird dies geduldet: Man müsse offen sein für alle Strömungen, dürfe niemanden ausschließen.

Daß dabei Andersdenkende sehr wohl ausgeschlossen werden, wird in Kauf genommen. So dürfen mit Genehmigung des Bischofs die Gastgruppen der Studentengemeinde in Hamburg jeden rauswerfen, der ihnen nicht paßt. So wird mancher aus der Kirche gedrängt, der einfach nicht will, daß mit seiner Kirchensteuer über den Weltkirchenrat die SWAPO, eine Untergrundorganisation in Namibia, unterstützt wird. So geraten viele protestantische Christen in Gewissensnot, wenn sie vor einer gewalttätigen Demonstration einen ihrer Pastroren im Talar die Schläger segnen sieht – ein Segen, so vermutet man, der auch ihrer Sache gilt. Und es packt einen ein Schauder, wenn, wie in Hamburg, vier Pastoren in einem Lutherschwank den Kirchenstifter in die Vulgärsprache ziehen und sich dann noch in der Anonymität verstecken, feige sind.

Doch es regt sich etwas, wohl auch auf der Synode der Nordelbischen Kirche, die gestern in Rendsburg begann. Einige Christen haben die drei nordelbischen Bischöfe aufgefordert, Position zu beziehen. Die evangelischen Bischöfe haben zwar, anders als die katholischen, keine Weisungsbefugnis. Aber ein klärendes Wort wäre angesichts einiger Fehlentwicklungen angebracht. In einer politisierenden Kirche fühlen sich nur noch die zuhause, die politisch das Gleiche denken wie der Pastor. Dann kann man auch in eine Partei eintreten – in die Kirche geht man, weil man das Wort Gottes und seine Auslegung hören will.



„Weitersagen: Hessen bleibt unser!" KLAUS BÖHLE

Wandel durch Annäherung

Von Joachim Neander

Eine große Koalition in Hessen, kurz vor der Kommunalwahl – das hätte bedeutet, politische Naturgesetze dieser Region außer Kraft zu setzen. So war der erschrockene Rückzieher der Sozialdemokraten keine Sensation.

Aber daß die Möglichkeit eines Bündnisses zwischen den beiden großen Parteien in der verfahrenen hessischen Situation auch weiterhin wie ein Gespenst im Raum zu schweben scheint, beleuchtet die kritische Situation der Partei Holger Börners, die da aufgebrochen war zu den Ufern der „neuen Mehrheit links von der Union" und sich nun sogar durch einen Kommunalwahltermin von dringend nötigen landespolitischen Entscheidungen zurückhalten läßt. Der Weg der SPD von Godesberg nach Wiesbaden war eine Sackgasse.

Das Koalitionsangebot, mit dem Walter Wallmann (CDU) in den letzten Wochen die politische Szene des Landes von Grund auf veränderte und endlich wieder eine regierungsfähige Regierung herstellen wollte, ist aus der besonderen Lage Hessens geboren und aus diesem Grunde in weiten Teilen der Bevölkerung auch wesentlich populärer, als viele glauben. Aber es ist darum mit anderen Bundesländern oder Bonn nur schwer vergleichbar. Das Angebot war in seiner Substanz weit mehr als eine wahlkampfnahe Geste. Es gibt heute namhafte hessische Sozialdemokraten, die unter vier Augen versichern, man hätte sich das ganze rot-grüne Debakel vielleicht sparen können, wäre Wallmann gleich nach der Wahl '83 mit einem solchen Angebot gekommen.

Vorbei ist vorbei. Wahrscheinlich wird bei dieser Theorie auch der fast erotisch getönte grün-rote Rauschzustand vergessen, der damals große Teile der SPD erfaßt hatte und partiell bis heute gefangenhält. Immerhin, der Gedanke ist charakteristisch ebenso wie die verblüffende Information, an der hessischen SPD-Basis sei die bei weitem häufigste Reaktion auf das Geraune von der großen Koalition der gewiß unpolitische Stoßseufzer: „Mein Gott, bloß nicht schon wieder was Neues!" Ein Gaul, den man mehrmals hin- und herreißt, bleibt stehen.

Noch etwas wird in Hessen beispielhaft sichtbar. Der Pakt mit denen, die offen heraus eine andere Republik ansteuern und ebenso offen heraus jede Zusammenarbeit nur dazu benutzen wollen, verschleißt in der SPD nicht die linken Ideologen, die diesen Pakt mit Beifallsgeschrei oder philosophischem Gemurmel begleiten – verschlissen werden die Pragmatiker.

Ende des Monats kehrt der erkrankte Kapitän Börner an Bord zurück. Aber nicht einmal er selber weiß, welchen Kurs er steuern soll. Der Wähler am 10. März bei den Kommunalwahlen wird ihn bestimmen. Börners politische Kehrtwendung hin zum rot-grünen Bündnis, das er mit der Zeit zu seiner ganz eigenen Sache machte, bedeutete für ihn höchstes persönliches Risiko. Der Erfolg hätte dies vielleicht gerechtfertigt. Der Mißerfolg stellt die ganze Widersprüchlichkeit seines Handelns bloß. Börner ist sicher von einer gewissen Tragik umgeben. Führung ist von ihm kaum noch zu erwarten. Wohin diesmal?

Auch sein Stellvertreter Hans Krollmann, der das rot-grüne Bündnis wie kein anderer bis ins letzte Detail mitgezimmert hat, steht beschädigt da. Auch er, der inzwischen die meisten Ministerressorts des Landes (jeweils als Nothelfer) durchlitten hat, ist kein Ideologe, sondern ein redlicher Mann, der glaubte, sein Bestes zu geben. Jetzt verdächtigt ihn ein Teil der Parteilinken öffentlich, im Verein mit dem Feinde (Wallmann) den Sturz seines Chefs und den Griff nach der Macht probiert zu haben. Die Falten im Gesicht dieses Mannes, das von Natur aus der Fröhlichkeit ausstrahlt, graben sich tiefer und tiefer. Ein Verwalter in der Sackgasse.



Das Haus macht einen unordentlichen Eindruck: Grüne im Hessischen Landtag FOTO: DPA

Fraktions- und Landesgeschäftsführer Paul Leo Giani schließlich, auch er einer der „Techniker" der rot-grünen Mehrheit, trifft mittelfristig Vorkehrungen zum Umsteigen in den Rechtsanwaltberuf. Neue Führungspersönlichkeiten sind nicht einmal auf dem linken Parteiflügel in Sicht, wenn man von den paar alternden, längst pensionsberechtigten Dauer-Jusos absieht, die es immer schon vorher und besser gewußt haben.

Die Lehren daraus werden andere zu ziehen haben, jene Sozialdemokraten im Bund und in anderen Bundesländern, die die vermeintlich historische Chance der rot-grünen Zusammenarbeit noch vor sich haben. Gleich, ob die hessische SPD nach den bevorstehenden Wahlterminen erneut den Grünen entgegendriftet (dafür spricht manches, nicht zuletzt das Gesetz der Trägheit) oder – vom Druck der breiten Publizität durch Vorgänger in anderen Bundesländern etwas entlastet – vielleicht doch zu einer Zusammenarbeit mit CDU oder FDP findet: Es ist nicht mehr die gleiche sozialdemokratische Partei Hessens, die zu neuen Ufern aufzubrechen meinte.

Wer sich zum Partner der kurzatmigen Angst- und Panikparolen macht, wird am Ende ihr Sklave. Wer sich mit im Grunde antiparlamentarischen Bewegungen einläßt, darf sich nicht wundern, wenn sein Haus einen unordentlichen Eindruck macht. Das rot-grüne Bündnis ist eben keine „normale" Option des parlamentarischen Systems, aus der man beliebig wieder aussteigen kann, wenn es nicht funktioniert.

Wandel durch Annäherung – dieses von Sozialdemokraten geprägte Wort sollte einst die Ost- und Deutschlandpolitik mit einer Perspektive versehen. Ins Parteipolitische und ins Ironische gewendet, schlägt es jetzt auf die SPD zurück. Nicht die Grünen, die SPD wandelt sich bei dieser Annäherung.

IM GESPRÄCH Lee Hsien Loong

Kronprinz in Singapur

Von Peter Hornung

Mit 32 Jahren, im Oktober, wurde Lee Hsien Loong Brigadegeneral und Generalstabschef der 42 000 Mann starken Armee der Inselrepublik Singapur, seine Uniformen ließ er bei Londoner Nobel-Ausstattern fertigen. Dann aber zog der älteste Sohn des seit 1958 regierenden Premierministers Lee Kuan Yew seine Uniform aus und ließ sich als Kandidat der „Peoples Action Party" (PAP) des Vaters ins Parlament wählen. Seit Anfang Januar ist er Staatsminister für Verteidigung (unter Verteidigungsminister Goh Chok Tong), Handel und Industrie. Im neuen Kabinett seines Vaters sitzen neben ihm sechs Minister (von insgesamt dreizehn), die jünger als fünfzig Jahre sind.

Lee Hsien Loongs rascher Aufstieg wurde in Singapur mit orientalischer Gelassenheit hingenommen. Auch in der schwachen Opposition kam es zu keiner Diskussion über die Frage, daß so der 61jährige Premier seine Nachfolge regelt, denn Lee Kuan Yew ließ bei Ansprachen mehrmals erkennen, daß er mit 65 Jahren zurücktreten wird. Bei politischen Diskussionen zeigt er keine Amtsmüdigkeit, aber die Freizeit widmet er fast ganz theologischen Gesprächen. Die Jesuiten des Kollegs vom Hl. Ignatius werden häufig vom Premier zum Abendessen eingeladen.

Das Szenario für die Parlamentskandidatur seines Sohnes Lee Hsien Loong wurde sorgfältig vorbereitet. Am Tag nach seinem Rücktritt als Generalstabschef wurde er nicht nur PAP-Kandidat in dem sicheren Wahlkreis Teck Ghee.

In der Staatspartei PAP gab es keine Stimme gegen die Nominierung. Im Wahlkreis hat sie für ihn eine Großkundgebung organisiert, es kamen mehr als 100 000 Menschen. Mühelos wechselte der Kandidat vom Englischen in das Mandarin und in das Malaysische. Seinem Wählervolk teilte er in einer Ansprache mit: „Ich bin hier, um mit euch zu arbeiten und nicht, um eure Stimmen zu erschleichen. Jeder Bürger Singapurs weiß, daß ein neuer Geschichtsabschnitt begonnen hat. Es gilt, diese neuen Forderungen zu erkennen, um nicht den Fortschritt zu verspielen." Zu verspielen hat Singapur vieles, denn die 2,4 Millionen Einwohner haben nach Japan das zweitgrößte Pro-Kopf-Einkommen in Asien.



Soldat und Mathematiker: Lee Hsien Loong FOTO: DIE WELT

Anspruchsvoll, aber ohne Extravaganzen, erzog Premier Lee seine drei Kinder, neben Lee Hsien Loong einen jüngeren Sohn und eine Tochter. Sie amüsierten sich nie in den Nobel-Diskotheken oder bei den rauschenden Partys auf den Luxusyachten. Mit zwanzig Jahren hatte der „Kronprinz" den ganzen Shakespeare gelesen. Schulkameraden bestätigen ihm Unauffälligkeit, beinahe Schüchternheit. Gleichzeitig besitzt er einen hintergründigen Humor. Er besuchte das katholische College und die National-Universität.

Nach der Absolvierung seines Grundwehrdienstes studierte er Mathematik in Cambridge. Dann trat er als Offiziersanwärter in die Armee ein und nahm an einem Generalstabskurs im amerikanischen Fort Leavenworth teil. Lee ist Witwer, Vater einer drei Jahre alten Tochter und eines zwei Jahre alten Sohns, seine Frau war Ärztin. Sie starb im Dezember 1982. Jetzt erzieht ihre Mutter die Kinder.

Die PAP-Parteileitung will den Vorwurf des „Nepotismus" nicht gelten lassen. Sie meint: „Soll er nur deshalb nicht die politische Laufbahn einschlagen, weil er der Sohn des Premiers ist?" Und Parlamentspräsident Rajaratnam ergänzte: „Es gibt eine Barriere in diesem Land, die auch der Herr Vater nicht überspringen kann: Die Stimme des Wählers."

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Allgemeine

Sie schreibt zu Tschernenkos Krankheit:

Dem sowjetischen Parteichef Tschernenko scheint es nicht gutzugehen. Er kann nicht nach Sofia reisen, und so muß das Treffen der Parteiführer des Warschauer Pakts dort ausfallen. Aber seine Gesundheit gestattete Tschernenko offenbar nicht einmal, an der Konferenz teilzunehmen, wenn er sie bei sich daheim abhielte. Krank werden kann jeder einmal; aber für Tschernenko ist Kranksein heute politisch gefährlich. Er hat das erste Amt im Sowjetstaat als alter Mann übernommen, und seither verfolgen ihn im Kreis der Führung argwöhnische Blicke. ... Bei so angegriffener Physis des Parteichefs können sich die ungewissen Führungsverhältnisse in Moskau schwer klären, und eindeutige Zeichen für die Innen- wie die Außenpolitik bleiben aus. Vorteil hat davon niemand, auch nicht der Westen.

NÜRNBERGER ZEITUNG

Sie macht sich Gedanken zu RAF-Aktivitäten:

Die Großmäuligkeit, mit der die schon totgesagte RAF in einem fünfseitigen Kommuniqué in moderner Kleinschreibung und bestem Politologendeutsch ihr Bündnis mit der französischen „Action Directe" verkündet, wird hoffentlich verhindern, daß es in der Bundesrepublik wieder zu hysterischen Reaktionen kommt. Dazu besteht kein Anlaß. Beiden Terrorgruppen ist es in langen Jahren und trotz (oder vielmehr wegen) ihrer heftigen Bemühungen nicht gelungen, Rückhalt in der Bevölkerung zu finden. Im Gegenteil: der Abscheu vor den Greueltaten der selbsternannten Heilsbringer hat mehr als alle Sicherheitsmaßnahmen staatlicher Behörden dazu geführt, daß Sympathisanten Abstand genommen haben.

WASHINGTON POST

Sie sieht israelische Risiken:

Endlich werden in der Angelegenheit des lange überfälligen israelischen Rückzugs aus Südlibanon Fortschritte gemacht. Die Israelis hatten Sicherheitsgarantien – ausgehandelte mit Libanon, stillschweigende von Syrien – gefordert, um den Abzug der etwa 12 000 Soldaten zu decken, die noch von der Invasion 1982 übrig sind. Bisher waren die Libanesen, beherrscht aus Damaskus, nicht in der Lage, solche Garantien anzubieten, und die Syrer, die um höhere Einsätze spielen, waren ebenfalls nicht willens. Im Endergebnis hat Israel unter der Last anhaltender Verluste sowie wirtschaftlicher und diplomatischer Kosten jetzt beschlossen, auf eigene Faust abzuziehen.

Wie man versucht, der Dollar-Hausse zu begegnen

Die Bundesbank wird wohl heute den Leitzins erhöhen / Von Claus Dertinger

Wirtschaft und Häuslebauer werden wohl ihre Hoffnungen auf einen baldigen weiteren Zinsrückgang begraben müssen, wenn die Bundesbank heute, wofür alle Indizien sprechen, die Leitzinsen erhöht. Der seit fast zwei Wochen am Geld- und Kapitalmarkt herrschende Zinsauftrieb signalisiert die Furcht der Bankiers, daß der Zentralbankrat zumindest den Lombardsatz, die Orientierungsmarke für die Geldeinstandskosten und Kreditzinsen der Banken, um einen halben Prozentpunkt auf sechs Prozent erhöhen will.

Anlaß zu den Leitzinsüberlegungen ist die Sorge der Frankfurter Währungshüter, die ungebrochene weltweite Dollarhausse werde unsere Importe so stark verteuern, daß darunter die Geldwertstabilität leiden müsse. Immerhin sind die Einfuhrpreise in den letzten Monaten mit einer Jahresrate von mehr als zehn Prozent gestiegen. Mit einer Zinserhöhung will die Bundesbank dokumentieren, daß sie einer Verschlechterung des Preisklimas nicht tatenlos zusehen wird; denn ist erst einmal das Vertrauen in die Geldwertstabilität erschüttert, hat die Inflation erfahrungsgemäß leichtes Spiel.

Zugleich sollen höhere Zinsen aber auch den Höhenflug des Dollars, oder, was die Kehrseite derselben Medaille ist, die Abwertung der Mark bremsen. Denn die Notenbankiers versprechen sich von einer Annäherung der deutschen Zinsen an die deutlich höheren amerikanischen, daß weniger Kapital aus der Bundesrepublik in die USA abfließt und damit weniger Mark in Dollar umgetauscht werden, woraus der Druck auf den Wechselkurs der Mark resultiert. Die Bundesbank peilt also eine Doppelstrategie an.

Die Frankfurter Währungshüter vernachlässigten ihre Hauptaufgabe der Preisstabilitätssicherung sträflich, wenn sie sich jetzt keine Gedanken machten, wie man der Dollarhausse und der von ihr ausgehenden Gefährdung der Geldwertstabilität begegnen kann. Doch stellt sich die Frage nach dem Erfolg des Drehens an der Zinsschraube. Denn es ist ja nicht allein das hohe Zinsniveau in den USA, das Dollaranlagen so begehrenswert macht.

Eine wohl ebenso bedeutsame Rolle spielt die Attraktivität der USA als politisch stabile und wieder Selbstbewußtsein ausstrahlende Weltmacht mit einer Wirtschaft, in der Unternehmer so hervorragende Rahmenbedingungen und Gewinnchancen finden wie sonst wohl in keinem großen Industrieland. Genau das ist es auch, was Offizielle in den USA ihren ausländischen Gesprächspartnern, die Kritik an den hohen amerikanischen Zinsen und ihrer Hauptursache, dem Superdefizit im Haushalt, üben, immer wieder entgegenhalten.

Gegen solche Ursachen der weltweiten Dollarhausse sind Zinserhöhungen in anderen Ländern eine stumpfe Waffe. Und wären es wirklich vor allem die hohen US-Zinsen, die internationale Kapitalströme in die Vereinigten Staaten lockten, müßten Zinserhöhungen im Ausland wohl um einiges höher ausfallen als der bescheidene halbe Prozentpunkt, über den in der Bundesbank diskutiert wird. Am Anleihemarkt bringen amerikanische Staatstitel immerhin fast viereinhalb Prozent mehr Zinsen ein als deutsche. Eine stärkere Zinserhöhung verbietet sich aber mit Rücksicht auf die deutsche Konjunktur, die – auch mit Blick auf die internationale Einschätzung der Mark – nicht abgewürgt werden darf.

Befürworter einer Leitzinserhöhung mögen jetzt auf den Schlag mit der Zinskeule in Großbritannien hinweisen. Doch da ist die Situation um einiges anders als in der Bundesrepublik. Die ausgeprägte Schwäche des Pfundes ist schließlich nicht nur die Folge der weltweiten Dollarkursrekorde, sondern auch eine Reaktion auf den Preisrückgang des Öls, Englands großem Devisenbringer, der das Pfund Sterling so lange gestärkt hatte. Im übrigen ist der am Wechselkurs des Pfundes ablesbare Erfolg der britischen Zinserhöhung nicht gerade ermutigend. Die Bundesbank wäre wohl besser beraten, wenn sie sich angesichts der geringen Erfolgschancen einer Leitzinserhöhung entschlösse, weiterhin einen gelassenen Kurs zu steuern, anstatt einem Aktionismus zu verfallen, der möglicherweise nur Schaden anrichtet.

Denn das Ziehen an der Notbremse einer Leitzinserhöhung könnte als Angstreaktion interpretiert werden, die mehr Mißtrauen in die Mark sät, als sie Vertrauen schafft. Ob wir es wollen oder nicht: Wir müssen uns wohl damit abfinden, daß der Dollar vorerst nicht von seinem Thron stürzt. Daran können Gewaltaktionen einzelner Notenbanken ebensowenig etwas ändern wie das Spitzengespräch der Finanzminister und Notenbankchefs der fünf größten Industrieländer, das gerade in Washington stattfindet. Hinter die Hoffnung, daß die USA selbst in Kürze einen Schwenk in der Geld- und Finanzpolitik vornehmen, die das weltweit störende Dollarproblem entschärfen, muß man leider einige Fragezeichen setzen.

„Zur Westverwendung“ – der Fall des Marschall O.

Monatelang wurde gerätselt: Was ist aus dem gestürzten Generalstabschef der Sowjets, Marschall Nikolai Ogarkow, geworden? Nun gibt es eine Antwort: Ogarkow befaßt sich in Minsk mit „neuen Formen“ des Krieges gegen den Westen.

Von MICHAEL VOSLENSKY

Unter den Geheimdokumenten des kommunistischen Regimes in Grenada befindet sich die am 10. März 1983 angefertigte Niederschrift eines Gesprächs zwischen zwei Generalstabschefs: dem grenadischen Major Louison und dem Marschall der Sowjetunion Ogarkow. Beide mußten inzwischen ihre Posten quittieren. Der Major ist jetzt Chef der winzigen und erfolglosen kommunistischen „Bishop-Bewegung“ in Grenada. Und was ist aus dem Marschall geworden?

Die Absetzung des zweiten Mannes in der sowjetischen Militär-Hierarchie kam abrupt und offensichtlich auch für ihn unerwartet. Noch am 5. September 1984 überreichte der Ahnungslose feierlich dem Chef des militärischen Geheimdienstes GRU, Armeegeneral Pjotr Iwaschutin, eine goldene Armbanduhr zu seinem 75. Geburtstag – und am nächsten Abend teilte Radio Moskau Ogarkows „Entbinden“ von seinem Führungsposten mit. Das war eine Sensation – vor allem im Westen, wo Ogarkow als Ustinows „Kronprinz“ betrachtet wurde. Es gab sogar Spekulationen, Ustinow würde zurücktreten und seinen Verteidigungsministerposten dem jüngeren Ogarkow überlassen. Nur war es schwer zu erklären, warum der Auserwählte bis dahin nicht in seiner komfortablen Position des ersten Stellvertreters des Verteidigungsministers und Chefs des Generalstabes der sowjetischen Streitkräfte ausharren konnte.

Bald wurde es klar, daß Ogarkow gestürzt worden war. Kein Wunder: *Der ehrgeizige Marschall hatte sich* international profiliert, und die Spitze der Nomenklatura witterte in ihm eine „bonapartistische“ Gefahr. So war es schon mit Trotzki, Tuchatschewski und Schukow. Zu Stalins Zeiten brachte einem dieser Verdacht den sicheren Tod, nach Stalin – eine sichere Absetzung.

Wie tief fiel Orgakow? Westliche Presseagenturen behaupteten zuerst, er sei zum Chef der Akademie des Generalstabes ernannt worden. Die Meldung basierte entweder auf einem Mißverständnis oder auf einer Moskauer Desinformation; auf jeden Fall stimmte sie nicht. Zur selben Zeit deutete der KGB-Journalist Viktor Louis an, der Marschall kommandiere von nun an die für den Einsatz im Westen bestimmten Streitkräfte. Mitte Oktober des vergangenen Jahres bestätigte der für das Militärwesen zuständige Sekretär des ZK der KPdSU und Mitglied des Politbüros, Romanow, diese Version. Die letzten Zweifel verschwanden, als Ogarkow bei der Beisetzung Ustinows einen Kranz niederlegte, auf dessen Band man die Worte lesen konnte: „sapadnogo nasnatschenija – zur Westverwendung“. Also leitet Marschall Ogarkow tatsächlich eine Kommandozentrale zum Westeinsatz bereitgestellter Sowjettruppen.

Wahrscheinlich werden nicht wenige im Westen daraus schließen, daß Ogarkows Sturz gar nicht tief war. Das wäre eine Fehleinschätzung. Der Realsozialismus ist bis ins Knochenmark ein bürokratisches System, seine byzantinische Rangordnung erweist sich manchmal sogar als stärker denn seine Geheimnistuerei.

Die Stunde der Wahrheit über den Abstieg Ogarkows schlug mit der Veröffentlichung des Nachrufes auf Ustinow. Die Unterschrift Ogarkows ist durch 32 Namen von seinem früheren, jetzt von Marschall Achromejew besetzten Platz getrennt. Marschall der Sowjetunion Ogarkow mußte seinen Namen unter dem des Leiters der Politischen Verwaltung der *Marine*, Admiral Medwedjew, schreiben. Also kein Vergleich mit der Stellung des Oberkommandierenden der Streitkräfte des Warschauer Paktes, Marschall Kulikow, der direkt hinter Achromejew unterschreiben durfte. Unterschiedlich reagierte auch die sowjetische Presse auf Besuche Ogarkows und vor kurzem – Kulikows bei Honecker: Über Kulikows Visite berichteten alle Zeitungen, über Ogarkow – nicht einmal das Organ des Verteidigungsministeriums.

Bisher wurde gerade Kulikow als der Oberkommandierende der zur Westverwendung gewählten Streitkräfte betrachtet – denn nur gegen den Westen richten sich die Armeen des Warschauer Paktes. Welche Rolle spielt dann der weit zurückgestufte Ogarkow? Als Marschall der Sowjetunion hat er einen wohlklingenden Posten inne – Titel ohne Mittel?

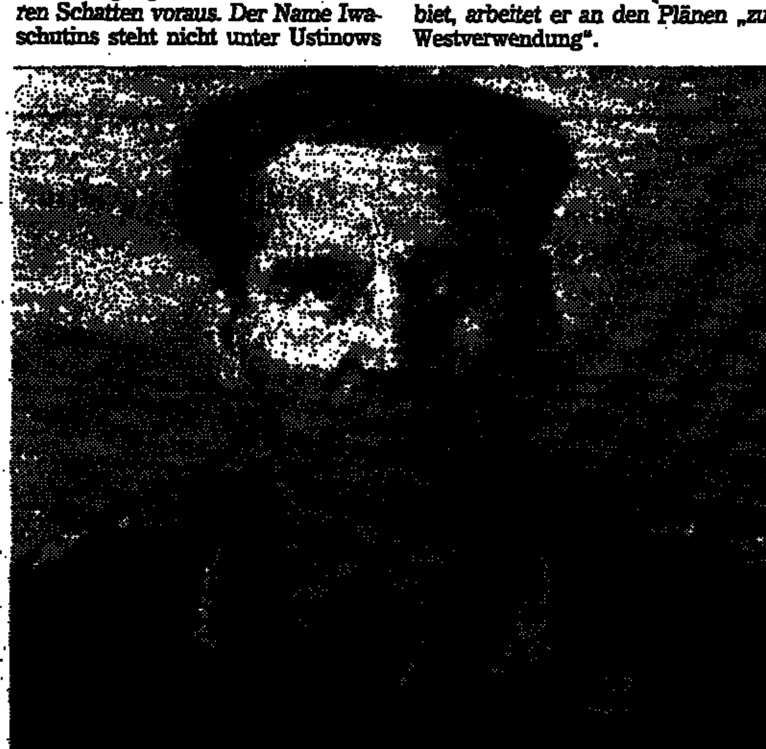
Sicher ist dieses Element in Ogarkows neuer Ernennung vorhanden. Die Nomenklatura, auch in ihrem Militärbereich, ist ein soziales Milieu, in dem nicht Einzelpersonen, sondern Gruppen handeln. In ihrem ständigen Streben nach oben und dem damit verbundenen Kampf gewinnen und verlieren nicht nur Menschen, sondern vor allem Gruppen. So gibt es Gerüchte, daß von Ogarkows Sturz auch die Leitung des militärischen Geheimdienstes GRU in Mitleidenschaft gezogen worden sei. Der eingangs erwähnte GRU-Chef Iwaschutin genoß eine kräftige Unterstützung Ogarkows. Auch die Auszeichnung mit der Golduhr war Ogarkows Freundesdienst: Der greise Jubilar erhielt nämlich keinen Orden. Die Absetzung Ogarkows warf schon ihren Schatten voraus. *Der Name Iwaschutins* steht nicht unter Ustinows Nekrolog: Vielleicht ist er schon pensioniert.

Der Rückschlag in Ogarkows Karriere läßt sich also nicht leugnen. Er gehört zu den Nachspielen der kurzlebigen Herrschaft Andropows. Damals, am Ende der Breschnew-Ära, hatte sich eine Koalition der bewaffneten Kräfte – des KGB und des Militärs – gebildet, die gegen den Willen der Breschnew-Gruppe die Wahl Andropows zum Generalsekretär durchsetzte. Nach Andropows Tod *kehrte man zur Normalität zurück*: Der Parteiapparat, das Herzstück der Nomenklatura, stellte sich wieder als der wichtigste Machtfaktor heraus: Die Koalitionäre der Andropow-Zeit wurden zurückgedrängt. Es ist kein Zufall, daß von den im April 1973 demonstrativ zu Politbüromitgliedern erhobenen drei Ministern – dem Außenminister, dem Verteidigungsminister und dem KGB-Vorsitzenden – *jetzt nur der erste in dieser hohen* Stellung bleibt: Gromyko.

Aber was macht der zurückgestufte Orgakow wirklich? Der neue Aufgabenbereich ist mit Gedankengängen verbunden, die der Marschall am 9. Mai 1984 in der zentralen sowjetischen Militärzeitung „Krasnaja swjesda“ publik machte: Schon in Friedenszeiten die „neuen Formen“ auszuarbeiten und zu erproben, die sich dann im Krieg bewähren würden. Ogarkow sitzt mit seiner Dienststelle, wie man hört, in Minsk und arbeitet als erfahrener Generalstabschef diese „Formen“ für den Krieg gegen den Westen aus.

Zwar hat er vermutlich keine Truppen in seiner Kommandogewalt, aber es gibt ja genug sowjetische Divisionen in westlichen Militärbezirken der UdSSR und in anderen Staaten des Warschauer Paktes. Kein appetitliches Bild für diejenigen, die nach der Wiederbelebung der Entspannung dürsten. Auch keine Ermunterung zur einseitigen Abrüstung des Westens aus lauter Freude über die Wiederaufnahme des sowjetisch-amerikanischen Dialogs.

Marschall Ogarkow beschäftigt sich nicht mehr mit Grenada und anderen exotischen Ländern. In Minsk, nicht weit vom westeuropäischen Gebiet, *arbeitet er an den Plänen „zur Westverwendung“*.



Neue Dienststelle Minsk: Marschall Nikolai Ogarkow FOTO: DPA



Hunderttausende feierten in den Straßen von Rio tanzend und singend den Wahlsieg Neves' FOTO: AP

Ein netter alter Herr macht den Rock-Stars Konkurrenz

Ein Land bejubelt das Ende von 20 Jahren Militärdiktatur. Einem 75jährigen, dem am Dienstag gewählten Präsidenten Tancredo Neves, gelang es, die Brasilianer ebenso zu begeistern wie die heiße Rock-Musik, die das Land gepackt hat.

Von WERNER THOMAS

Um 11.35 Uhr, die Sonne brannte erbarmungslos auf die Menschenmenge, zeigte das Fernsehen den Oppositionskandidaten João Cunha, der „gegen die Diktatur und für Tancredo Neves“ stimmte. Das Rennen war gelaufen. Neves hatte die entscheidende 344. Stimme erhalten, die ihn zum nächsten Präsidenten Brasiliens kürte. Rio de Janei*ro jubelte*.

Feuerwerkskörper explodierten. Aus den Büropalästen entlang der Avenida Rio Branco rieselte ein Konfetti-Regen. Die Autofahrer veranstalteten ein schrilles Hupkonzert. Einige Passanten schmetterten ergriffen die Nationalhymne: „Wir vernahmen den Ruf des Volkes, daß Brasilien unabhängig ist.“ Andere skandierten „Tancredo, Tancredo, Tancredo“ oder die Losung dieser neuen Ära: „Muda, Brasil“; verändere dich, Brasilien.

Es folgte ein Karnevalstrubel. Ein Musikwagen mit viel zu vielen Lautsprechern rollte durch die Straßen *und verbreitete ohrenbetäubenden* Samba-Lärm. Ein schwarzer Sänger schrie sich die Kehle heiser. Die Leute hüpften und tanzten. Die schweißgebadeten Burschen entledigten sich ihrer Hemden. Erst nachmittags, als die Thermometer 34 Grad zeigten, beruhigte sich das Zentrum wieder.

Reinigungsbrigaden fegten die Papierfetzen vom Asphalt. Zeitungsjungen verkauften die Extra-Ausgabe des „Jornal do Brasil“. Schlagzeile: „Tancredo 480, Maluf: 180“, die Zahlen bezogen sich auf die Stimmen, die beide Kandidaten erhielten. Das Blatt errechnete, daß die Wahlmänner in Brasilia gerade den ersten zivilen Prä*sidenten nach 20 Jahren, neun Mona*ten und 15 Tagen Militärherrschaft gewählt hatten.

Die malerische Metropole, die Seele des Landes, scheint nur noch zu feiern. Draußen im südlichen Vorort Barra da Tijuca läuft seit dem vergangenen Wochenende „das größte Rock-Festival aller Zeiten“ – so die Reklame. Die ersten vier Nächte brachten bereits 600 000 Besucher, *trotz gelegentlicher Regenfälle*. Wenn die Veranstaltung „Rock in Rio“ am kommenden Montag nach zehn Tagen ausklingt, hoffen die Organisatoren auf eine Endbilanz von eineinhalb Millionen.

Rio pulsiert unter dem Rock-Tourismus. Fast alle Hotels sind ausgebucht. Die Freiluft-Restaurants entlang der Strandbezirke Copacabana, Ipanema und Leblon machen Geschäfte bis in die frühen Morgenstunden. Neben Tancredo Neves beherrschen Namen wie Erasmo Carlos, Gilberto Gil und Rod Stewart die Schlagzeilen. Und Nina Hagen. Der Fernsehsender Rede Globo überträgt das Musikereignis täglich bis in die entferntesten Amazonas-Regionen.

Die berühmten Mädchen von Ipanema tragen T-Shirts, die „Rock in Rio“ annoncieren oder „Verändere dich, Brasilien – jetzt Tancredo“. Anfang dieser Woche wurde mehr über Tancredo gesprochen als über Rock.

Das Land mag diesen alten Herrn – er vollendet noch vor seiner Amtsübernahme am 15. März das 75. Lebensjahr –, der einen so klugen, weisen und menschlichen Eindruck hinterläßt. An den Zeitungsständen in Rio hängt kaum ein Magazin, das den kleinen, kahlköpfigen Politiker nicht auf dem Titelblatt zeigt. Das „Jornal *do Brasil“ und „O Globo“, die beiden* renommiertesten Zeitungen der Stadt, nahmen den Mann noch einmal unter die Lupe und verrieten ihren Lesern, daß er keinen Führerschein besitzt, seinen Reisekoffer immer selbst schleppt und selten vor Mitternacht schlafen geht.

Der Dienstag war ein schöner Tag in Rio. Schon am frühen Morgen füllte sich der Copacabana-Strand. Die meisten Bedegäste lauschten an Transistorradios den Nachrichten aus Brasilia: Um neun Uhr begann die historische Sitzung des Wahlkollegiums. In der ganzen Stadt flimmerten Fernsehgeräte. Rede Globo star*tete sein Marathon-Programm bereits* um sech Uhr. 300 Reporter berichteten so erregt, als ob die Nationalmannschaft wieder ein Endspiel um die Fußball-Weltmeisterschaft bestreiten würde. Dabei wußte jeder Brasilianer, wer dieses Rennen gewinnt. Paulo Maluf jedenfalls nicht, der unpopuläre Kandidat der regierenden Sozialdemokratischen Partei (PDS).

*In Cinelandia, dem Zentrumsbe*zirk, arrangierte die oppositionelle „Partei der demokratischen Bewegung Brasiliens“ (PMDB) eine Wahlparty fürs Volk. Kapellen musizierten, Fahnen und Transparente flatterten im Wind. Rote Fahnen der Kommunisten tauchten zwischen den gelben Bannern der PMDB auf. Die Kommunisten fordern bereits ihre Legalisierung. „Guten Morgen, Demokratie“, grüßte ein Plakat. Die Menge verfolgte den Verlauf der Abstimmung an Fernsehschirmen. Für jede Neves-Stimme wurde applaudiert, jede Maluf-Stimme mit Buh-Rufen quittiert.

Vor der Privatklinik São José im Botafogo-Distrikt lauerten den ganzen Tag Kamera-Teams. Der prominenteste Patient der Nation saß hier vor einem TV-Gerät: General João Baptista Figueiredo, der letzte Militärpräsident, der sich einer Rückenoperation unterziehen mußte. Er gratulierte seinem Nachfolger Neves per Telefon und versicherte ihm: „Wir unterstützen Sie alle.“ Tancredo Neves würdigte den General für die Rückkehr zur Demokratie: „Ich danke Ihnen, daß Sie das möglich gemacht haben.“ Auch ein Sieger also. Und noch einer: Maluf war mit sich zufrieden, „weil ich mit meiner Kandidatur einen *Beitrag zur Re-Demokratisie*rung des Landes leisten konnte“.

Die Ansprache des Triumphators Tancredo Neves vor dem Wahlkollegium dauerte 40 Minuten und war, wie erwartet, allgemein gehalten. Keine Einblicke in das bereits hinter den Kulissen erörterte Regierungsprogramm. Neves stellte dem Volk „Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden“ in Aussicht. Dies seien die letzten indirekten Wahlen gewesen. Er warnte vor einem Mißbrauch der neuen Freiheiten: „Je demokratischer ein Land ist, desto anfälliger wird es.“

Rio kann sich nun wieder voll dem Rock widmen. Die Gefahr, daß Tan*credo noch einmal dieses Ereignis* überstrahlt, besteht nicht. Er wird auch bestimmt keine Schlagzeilen suchen, indem er einem der letzten Konzerte beiwohnt. Brasiliens neuer Präsident liebt Brahms. (SAD)

Brandts neue Töne klingen nach Wehner

Von PETER PHILIPPS

Die Sozialdemokraten tun sich unverändert schwer damit, ihre Einstellung zur grünen Konkurrenz zu finden. Dies ist bis in die Spitze hinein nachvollziehbar: Während der Bonner Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel – auch aus der Erfahrung der Parlamentsarbeit – vor wenigen Tagen in einem Brief an die „lieben Freunde“ in der Fraktion die „*Existenz der Grünen*“ als „Chance zu System-Innovationen“ bezeichnete und davon schrieb, daß die SPD diese Chance auch mit den Grünen gemeinsam wahrnehmen könne, wenn sich diese „realitätsoffen, kompromiß-, abrede- und verantwortungsfähig zeigen“, wurde Parteichef Willy Brandt barsch. Gegenüber der „Bunten“ sagte er kurz und bündig: „Die Grünen sind überflüssig.“

In Vogels Zukunfts-Überlegungen kommt die Frage einer Zusammenarbeit mit der Union nicht vor, Brandt hingegen stellt als Richtung dar: „Man muß so miteinander reden und in Kontakt bleiben, daß dann, wenn es später einmal nötig wäre, man auch für begrenzte Zeit miteinander regieren könnte.“ Dabei legt er, dessen Partei 1966 über die von Wehner angesteuerte Große Koalition den Einstieg in die Regierungsmacht erreichte, indirekt auch die Meßlatte an: Die Probleme, die damals zu dem Bündnis geführt hätten, seien „Kleinigkeiten“ im Vergleich zu den aktuellen Schwierigkeiten.

Es ist die Summe unterschiedlicher Lebenserfahrungen und ihrer persönlichen Konsequenzen, die hier zum Ausdruck kommt. Vogel begann seinen Aufstieg in der Partei als unnachgiebiger Anführer der SPD-Rechten und wurde in der Endphase der sozialliberalen Koalition, stärker noch in seiner Berliner Zeit zum Integrator, zum nachdenklichen Öffner.

Brandt, der einst die SPD für einen *großen Teil der Apo-Generation* öffnete und sie so veränderte, will jetzt – in dieser Spätphase dem alten Fuhrmann Wehner gar nicht mehr so unähnlich – vor allem in der Gewinnung eines SPD-eigenen scharfen Profils erneut den Durchbruch zur Macht in Bonn schaffen. Es mag das Bewußtsein eine Rolle spielen, daß ihm das Leben voraussichtlich nicht mehr so viel Zeit läßt wie dem mehr als zwölf Jahre jüngeren Vogel. Auch sein aktives Drängen in der Programm-Arbeit gehört hierher.

Immer stärker scheint sein Denken auch aus der Erfahrung der Partei in den zwanziger Jahren geprägt zu werden und zu einer stärker kämpferisch eingestellten Grundhaltung zu führen. Erst gestern griff er – nachdem seine junge Frau in einem Buch über Ollenhauer das Thema bereits variiert hatte – diese Töne wieder auf. Bei einer Gedenkveranstaltung für seinen einstmals väterlichen Förderer in Lübeck, Julius Leber, sprach er „von unserer Lage“, die „Problembewußtsein und genauso Tatkraft und Mut verlangt“. Nicht wie einst dürfe „jene schreckliche Lust an der Ohnmacht“, die Leber an der SPD „geißelte, im Interesse unseres Landes und seiner Menschen, wieder zum Klotz am Bein werden“. Er schimpfte – und macht *so etwas eigentlich nie ohne aktuellen* Bezug – auf die „manchmal engstirnige Indolenz vermeintlicher Linker, zum Beispiel in der Reichstagsfraktion“ wie auf die „kleinlichen Spießer vor Ort“.

Englands Bergarbeiter stehen vor dem Bruch

Die Gewerkschaftspolitik Scargills stößt auf Widerstand

WILHELM FURLER, London

Alles sieht danach aus, als würde die traditionsreiche Nationale Bergleute-Gewerkschaft NUM (National Union of Mineworkers) auseinanderbrechen. Ein weiterer Schritt in Richtung von zwei rivalisierenden Bergleute-Gewerkschaften ist jetzt gemacht worden, nachdem sich die Führer der NUM-Sektion Süd-Derbyshire ebenfalls für einen Aufstand gegen die nationale Führung unter deren Präsident Arthur Scargill entschieden haben.

Bereits vor Weihnachten hatte das Kohle-Revier Nottinghamshire mit überwältigender Mehrheit für Satzungsänderungen gestimmt, wonach diese Region nicht mehr an Entscheidungen der nationalen Gewerkschaftsführung gebunden ist. Dieser Beschluß war von der NUM-Spitze als „satzungswidrig" bezeichnet worden. Ende dieses Monats wird eine spezielle Delegierten-Konferenz der NUM entscheiden, ob Nottinghamshire aus dem NUM-Verbund ausgestoßen wird.

Trotz dieser Drohung hat jetzt auch die NUM-Sektion des benachbarten Süd-Derbyshire exakt die gleichen Maßnahmen beschlossen und den 3100 Kumpels in diesem traditionell gemäßigten Kohle-Revier zur Abstimmung vorgelegt. Es git keinerlei Zweifel daran, daß das Ergebnis der am heutigen Donnerstag abgehaltenen Abstimmung mit großer Mehrheit für eine Änderung der Satzung auch dieses Regionalverbandes und damit für eine Autonomie von der Landesführung ausfallen wird.

Wie es derzeit aussieht, ist die NUM-Führung unter dem militanten und linksradikalen Scargill fest entschlossen, es zum Bruch mit den rebellierenden Regionalverbänden kommen zu lassen. Immerhin arbeiten von den rund 3100 Bergleuten in Süd-Derbyshire nahezu alle, und von den rund 30 000 Kumpels in Nottinghamshire sind gegenwärtig nur noch 1500 im Ausstand.

Während das Auseinanderbrechen der Bergarbeiter-Gewerkschaft zunächst in eine National-Gewerkschaft und eine moderate Bergarbeiter-Gewerkschaft Ost-Midlands nicht mehr aufzuhalten zu sein scheint, hält die Bewegung zurück zum Arbeitsplatz unter den Kumpels in überraschend starkem Ausmaß an. Nachdem schon in der ersten vollen Arbeitswoche im neuen Jahr fast 2000 Bergleute zum ersten Mal an ihre Arbeitsplätze zurückkehrten, waren es in den ersten drei Tagen dieser Woche bereits mehr als 2000. Damit sind seit Beginn der „Zurück-Bewegung", die Anfang November einsetzte, bis heute mehr als 21 000 streikende Bergleute wieder in *ihre Gruben eingefahren oder an ihre* Übertage-Plätze zurückgekehrt. Das sind gut 40 Prozent der von der staatlichen Kohlebehörde beschäftigten Bergleute.

Führende Manager der Kohlebehörde machen keinen Hehl aus der Meinung, daß die Bergleute-Gewerkschaft auseinanderbrechen werde, und zwar ziemlich rasch. Zunächst würden sich demnach Nottinghamshire und Süd-Derbyshire zu einer separaten Gewerkschaft vereinigen, die schon bald die Hälfte der gegenwärtig 189 000 Mitglieder der NUM anziehen könnte.

Während die Kohlebehörde eine neue Bergleute-Gewerkschaft ohne Frage anerkennen würde, auch wenn ihr dabei aufgrund des Kohleindustrie-Gesetzes aus dem Jahre 1947 eigentlich die Grundlage fehlt, würden sich der Dachverband der britischen Gewerkschaftsorganisation, TUC, sowie die Labour-Partei gemäß der Äußerungen führender Funktionäre vorerst weigern, die neue Gewerkschaft anzuerkennen.

Wie ernst es den „Rebellen" in Nottinghamshire mit ihrer Sache ist, zeigt die Entlassung ihres NUM-Gewerkschaftssekretärs Richardson am vergangenen Wochenende. Als nächster dürfte der Präsident des Regionalverbandes Nottinghamshire, Chadburn, seines Amtes enthoben werden. Beide weigern sich, ihre Loyalität zur NUM-Führung aufzugeben.

Wie das Verfahren nach einem Ausschluß der beiden Regionalverbände aus der NUM aussehen könnte, steht noch nicht fest. Es läßt sich allerdings absehen, daß alle Bergleute der beiden Regionen neue Mitglieds-Anträge an die NUM zu stellen hätten. Ob dann nur streikende Bergleute, oder auch arbeitende Kollegen wieder aufgenommen würden, falls sie überhaupt um eine solche Aufnahme nachsuchen würden, bliebe abzuwarten.

Zyperns Griechen sehen wieder eine Zukunft

Heute erster Gipfel seit sechs Jahren zwischen Denktasch und Kyprianou / Ankara wird die „Republik" zu teuer

Von PETER M. RANKE

„Wenn wir auch unser Hotel in Famagusta zurückbekommen, können wir vielleicht schon die Sommersaison mitmachen", schwärmt Hotelbesitzer Michael Liveranides in Limassol auf Zypern. Die Neustadt von Famagusta mit den Hotels wurde 1974 von türkischen Truppen erobert. Seitdem verfällt sie zusehends. Die Griechen hoffen, daß dieser Teil von Famagusta zurückgegeben wird, die Altstadt war dagegen immer türkisch.

Trotz der Warnungen der Politiker, daß noch vieles mit den Türken zu klären sei, sind die griechischen Zyprer optimistisch, daß es beim ersten „Gipfeltreffen" seit sechs Jahren zwischen *Rauf Denktasch und Spyros* Kyprianou heute in New York zu einer Einigung kommt. Denktasch vertritt die türkischen Zyprer, Kyprianou die griechischen. Beide Präsidenten des geteilten Inselstaats haben sich in Ankara und in Athen abgesichert, Vermittler ist UNO-Generalsekretär Pérez de Cuéllar.

Die Hoffnung auf Rückkehr nach Famagusta ist nicht die einzige der Griechen. Sie wünschen auch, daß der seit zehn Jahren stillgelegte Flugplatz von Nikosia seinen Betrieb wieder aufnimmt und daß die Sperren an den Mauern der Innenstadt von Nikosia endlich fallen. Dagegen sind sie sicher, daß sie den romantischen Hafenplatz Kyrenia mit der alten Abtei Bellapaix im Norden nicht zurückbekommen, auch wenn vielleicht griechische Familien dort in ihre Häuser heimkehren dürfen.

Eine neue Zypern-Lösung wurde zum Gesprächsthema, als die türkische Volksgruppe unter Denktasch und die Regierung in Ankara nach vermittelnden Gesprächen des UNO-Generalsekretärs endlich darauf eingingen, die von Ägypten und Israel erprobte Friedensformel „Frieden gegen Land" zu erörtern. Die Türken sind bereit, an einer neuen Verfassung für ein föderatives Zypern mitzuarbeiten und auf rund sieben Prozent des von den Türken 1974 besetzten Landes zu verzichten. Die Türken halten jetzt 37 Prozent der Insel und wollen auf 29 bis 30 zurückgehen, was eine teilweise Rückkehr der rund 200 000 *aus dem Norden und* aus Famagusta geflüchteten Griechen gestatten könnte. Wichtiger aber noch: Die Türken verzichten stillschweigend auf ihre im November 1983 ausgerufene „Türkische Republik Nordzypern" und die Griechen auf „Enosis", auf den Zusammenschluß Zyperns mit Griechenland.

Die Änderung der türkischen Haltung erfolgte aus zwei Gründen: Einmal soll US-Präsident Reagan dem *türkischen Präsidenten Evren im* Herbst einen scharfen Brief geschrieben und mit einer Kürzung der amerikanischen Hilfe gedroht haben. Zum anderen ist Ankara der Unterhalt der türkischen Inselrepublik, die von niemandem anerkannt wurde, zu teuer geworden. Während im griechischen Teil Wirtschaft und Tourismus florieren, ist das von den Türken besetzte und besiedelte Gebiet verarmt und trostlos. Nord-Zypern hemmt den türkischen Wirtschaftsaufbau.

In New York geht es nach griechischer Auffassung um den Beginn von Detailverhandlungen über die Zypern-Lösung. Dagegen braucht nach türkischer Meinung nur der Vorschlag von Denktasch abgesegnet zu werden, erst dann sollen Einzelheiten und Form der Verfassung ausgearbeitet werden. Schon an dieser Differenz könnte das Treffen in New York scheitern.

Grundsätzlich scheint man sich aber einig zu sein, daß Zypern ein neutraler Staat mit einer Staatsbürgerschaft – aber zwei Volksgruppen – und einer Währung und Wirtschaftsordnung sein soll, in dem die beiden britischen Stützpunktgebiete Dhekelia und Akrotiri weiterbestehen sollen. Die Religionsausübung sei frei, gegenseitige Missionsarbeit bei Christen und Moslems nicht erlaubt. Präsident Zyperns würde immer ein griechischer Zyprer sein, Vizepräsident ein türkischer, was auch in der Verfassung von 1960 niedergelegt war. Die Türken verlangen für sich auch das Außenministerium, was die Griechen ablehnen. Das Parlament soll sich im Verhältnis 70 zu 30 aus Griechen und Türken zusammensetzen, der Senat nach dem Schema 50 zu 50. Die jetzt im Norden der Insel stationierten *türkischen Truppen* sollen in Etappen in die Türkei zurückkehren.

Es ist sonnenklar, daß eine Zypern-Lösung nur zustande kommt, wenn ihr Athen und Ankara zustimmen, denn dafür ist die politische und *historische Verflechtung zu* eng. Der griechische Regierungschef Papandreou wiederum hat großes Interesse an einer Zypern-Lösung, die die umstrittene Insel wieder vereinigt, da im Oktober Parlamentswahlen in Griechenland bevorstehen. (SAD)

Hersant pflügt Frankreichs Medienlandschaft um

A. GRAF KAGENECK, Paris

Auch in die französische Medien*landschaft kommt Bewegung.* Ungeduldig pochen Anwärter auf ein freies, kommerziell abgesichertes Fernsehen an die Tür der „hohen Autorität", der von Präsident Mitterrand 1983 eingesetzten Überwachungskommission über Rundfunk und *Fernsehen unter Vorsitz der* Ex-Journalistin Michèle Cotta. Das deutsche Beispiel steckt an.

Stürmisch ist am Wochenende der französische „Zeitungskönig" Robert Hersant vorgestoßen. Im Flaggschiff seines Imperiums, dem völlig neu überholten Pariser „Figaro", kündigt er den Start eines privaten Fernsehens „nationalen und sogar europäischen Ausmaßes" an, das er zusammen mit anderen privaten Fernsehunternehmern in Europa betreiben will. Zwar geht das noch nicht. Denn *in Frankreich* gibt es keine gesetzliche Grundlage für ein solches Unternehmen, hält der Staat immer noch eifersüchtig die Hand über sein Fernseh-Monopol, obwohl Parteipolitiker, Bürgermeister, Minister und sogar Staatspräsidenten seit Jahren über dessen Beendigung philosophieren. Sie wissen, daß der Damm staatlicher Autorität die anstürmende Flut der Technik nicht mehr lange aufhalten kann.

Premierminister Fabius, ein der Moderne zugewandter Mann, der das Wort „Modernisierung" wie ein Credo auf den Lippen trägt, hatte schon bei Amtsantritt den lapidaren Satz getan: „Es wurden die nötigen Maßnahmen getroffen, damit dieses Programm unter den günstigsten Umständen starten kann." Gemeint war der Verkabelungsplan des Pariser Bürgermeisters Chirac für seine Hauptstadt, zu dem Fabius' Amtsvorgänger Mauroy schon Ende 1982 das Placet gegeben hatte, der aber immer noch in den Schubladen liegt. Jedenfalls hat Fa*bius jetzt den Medienfachmann* Jean-Denis Bredin mit der Vorlage eines „Berichts" über die Mediensituation beauftragt.

Robert Hersant glaubt offenbar nicht, daß die dem Untergang entgegenschlitternden Sozialisten noch die Kraft für einen solchen Befreiungsakt aufbringen. Er datiert den Beginn seines Fernsehens auf den 2. April 1986, den Tag, an dem die Nationalversammlung zusammentritt, die aus den nächsten Parlamentswahlen hervorgeht. Für Hersant ist diese Nationalversammlung wieder eine mit einer bürgerlichen Mehrheit, und sie wird als erstes über ein Gesetz abstimmen, das den Franzosen eine nie gekannte neue Meinungsvielfalt auf dem Bildschirm einräumt. Hersant kündigt seinen Plan im „Figaro" mit der fanfarenstoßartigen Überschrift an „Die Explosion der Freiheit", wobei er das Wort dem Vokabular der Linken vom Frühjahr 1981 entnimmt. Und er hat seinen Plan wahrscheinlich mit den beiden Oppositions*führern Chirac und Giscard* überlegt, die er vor einigen Tagen zu sich zum Essen eingeladen hatte. Da die Opposition unter der Fahne des Neo-Liberalismus in die Schlacht gegen die Sozialisten zieht, wird sie sich gerne eines so zugkräftigen Partners wie Hersant bedienen und entsprechend unterstützen wollen.

Beim Durchstarten in neue Medienräume aber hat der Großverleger eine der vielen Perlen verloren, die seine Krone schmücken: der traditionsträchtige Zeitungstitel „Aurore" ist aus der Pariser Zeitungslandschaft verschwunden. Die „paritätische Kommission", zuständige Behörde für die Genehmigung von Zeitungstiteln, hat ihn auf Antrag des Verlegers aus ihren Listen gestrichen. Das Wort „Aurore" wird nur noch zur Erinnerung weiter als Untertitel des „Figaro" geführt. In dem nach dem deutsch-französischen Krieg 1870/71 gegründeten Blatt hatte einst Emile Zola während der Dreyfus-Affäre sein berühmtes „J'Accuse" gegen die *anti-semitischen Kreise Frankreichs* geschrieben und hatte Ministerpräsident Clemenceau seine brillantesten Leitartikel veröffentlicht.

Todenhöfer: USA garantieren Frieden Europas

lim. Bonn

Der abrüstungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Todenhöfer, hat gestern in *Bonn die „große Geschlossenheit* innerhalb der amerikanischen Regierung in allen wichtigen Fragen der Rüstungskontrolle" hervorgehoben und sich beeindruckt gezeigt, „wie ernst die USA die Sicherheitsinteressen Europas und insbesondere der Bundesrepublik Deutschland nehmen und daß sie Europa ohne Einschränkung als gleichberechtigten Sicherheitspartner betrachten". Todenhöfer: „Diese Sicherheitspartnerschaft mit den USA ist die wertvollste Garantie für eine friedliche Zukunft Europas". Nie sei die „gegenseitige Information und Konsultation in allen Bereichen der Abrüstung so umfassend" gewesen wie heute.

Todenhöfer war auf seiner achttägigen USA-Reise unter anderem mit Verteidigungsminister Weinberger und dem Leiter des Projektes „Strategische Verteidigungsinitiative" (SDI), Abrahamson, zusammengetroffen. Die Gespräche hätten gezeigt, „daß die USA fest entschlossen sind, mit Hilfe ihres SDI-Programms Ost und West zu einer drastischen Reduzierung *aller ballistischen Atomraketen* zu veranlassen", um dadurch beiden Seiten ein für allemal jede Fähigkeit zu entscheidenden Erstschlägen zu nehmen und so unter Beibehaltung der gegenwärtigen Abschreckungsstrategie von einer „offensiven zu einer *defensiven Abschreckung*" zu kommen. Weinberger hätte erneut deutlich „für eine Beteiligung der Europäer am Weltraum-Forschungsprogramm der USA" geworben, sagte Todenhöfer zur WELT.

Nach Meinung des Abrüstungsexperten sei die SPD „sicherheitspolitisch völlig in die internationale Isolation abgedriftet". Ihre Forderungen und Verhandlungsvorschläge würden „jeden Verhandlungsanreiz von den Sowjets nehmen und die nukleare Überlegenheit der Sowjetunion gegenüber Westeuropa zementieren".

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.





Großversuch testet alle Varianten des Fahrens

Von H. HORRMANN

Fast auf den Tag genau, zehn Jahre nach dem der von der SPD/FDP-Koalition beschlossene und dann heimlich beendete Großversuch auf Autobahnen mit Geschwindigkeitsbegrenzung zu den Akten gelegt wurde, starteten gestern TÜV-Ingenieure auf der Autobahn A 1 zwischen der Anschlußstelle Sittensen und dem Bremer Kreuz zu den ersten Testfahrten für den „Großversuch Tempo 100". Mit diesem 14 Millionen Mark-Projekt will die Bundesregierung feststellen, ob eine Tempobegrenzung auf deutschen Schnellstraßen eine spürbare Schadstoff-Reduzierung bringt.

Im Gegensatz zum Großversuch von 1974 nach dem Ölschock, der keine stichhaltigen Werte über Benzinreduzierung durch Langsamfahren bringen konnte, weil ein exakt vergleichbares Gegenmodell fehlte und er von der Planung her zu konfus angelegt war, steht der jetzige Test, der bis Ende Oktober dauern wird, vom Ansatz her auf einer soliden Basis.

Ingenieure der Technischen Überwachungsvereine werden einmal das Verhalten von Kraftfahrzeugen im normalen Verkehr ermitteln, außerdem rollen 200 speziell für den Versuch angeschaffte Neu- und Gebrauchtfahrzeuge aller gängigen Typen für Zusatztests auf den Autobahnen. Um eine Verzerrung der Werte durch besondere Witterungseinflüsse auszuschließen, sind die Fahrer im Winter wie im Sommer unterwegs. Sie legen dabei eine Gesamtstrecke von 600 000 Kilometern zurück.

Eingebaut in die TÜV-Autos sind umfangreiche Meßanlagen, die alle technischen Vorgänge während der Fahrt aufzeichnen. Dazu gehören Geschwindigkeit, Drehzahl des Motors, die einzelnen Beschleunigungs-, Brems- und Schaltvorgänge und sogar das Gewicht des Wagens. Um das allgemeine Verhalten auf Autobahnen zu ermitteln, sollen sich darüber hinaus TÜV-Wagen an Fahrzeuge „anhängen" und alle Fahrmanöver wie diese ausführen. Sämtliche Daten werden in zentrale Großrechner eingegeben.

TÜV-Rheinland-Sprecher Weihönig: „Der Verfolgte darf das Begleitfahrzeug nicht bemerken, damit sein Fahrverhalten nicht beeinflußt wird und es auf dem Meßstreifen korrekt ausgewertet werden kann. Bei anschließenden Prüfstand-Fahrten läßt sich genau ermitteln, wie hoch der Schadstoffausstoß bei welchen Geschwindigkeiten ist." Die Teststrecken bestehen aus zehn „Normalbereichen", auf denen zunächst der Schadstoffausstoß bei Richtgeschwindigkeit von 100 Stundenkilometer untersucht wird. Anschließend wird das Tempo auf diesen Autobahnen zirka zwei Monate lang auf 100 km/h begrenzt. Zu Normal-, Kontroll- und Saisonstrecken nahmen die Ingenieure ebenfalls einige sogenannte Sonderstrecken ins Programm, wie die Avus vom Berliner Funkturm nach Zehlendorf.

Ursprünglich sollte der Großversuch schon im August abgeschlossen sein. Doch in einer vertraulichen Vorstudie wies der TÜV darauf hin, daß bis zu diesem Termin höchstens eine Trendaussage möglich und der Anspruch einer umfassenden Untersuchung nicht aufrecht zu erhalten sei. Der Autobahnversuch wurde deshalb bis Ende Oktober ausgeweitet (die Kosten stiegen von 12,5 Millionen auf 14 Millionen).

Damit bei allem Aufwand letztendlich nicht doch ein „schiefes Bild durch Ideologie" (ein Sprecher des Innenministeriums) entsteht, sammeln die TÜV-Ingenieure, denen man zum Teil eine grüne Überzeugung nachsagt, nur Zahlen und Ergebnisse, die dann von einem Experten-Beirat aus dem Verkehrs- und Innenministerium ausgewertet werden.

Die Raumfahrtindustrie in Deutschland erhält durch die europäische Beteiligung an der ständigen Raumstation der Amerikaner im Weltall neuen Auftrieb. Außerdem wird langfristig der Zugang zu Produkten gesichert, über die nur das Universum verfügt. Bis zum Jahr 2000 soll das Projekt „Columbus" in vier Schritten verwirklicht werden.

Der europäische Beitrag zur amerikanischen Raumstation ist eine Idee deutscher Ingenieure

Von A. BÄRWOLF

James Montgomery Beggs, der Chef der US-Raumfahrtbehörde Nasa, kann den kleinen weißen Zylinder mit der deutschen Flagge, den er im letzten Frühjahr vor der Abreise aus Bonn von der amerikanischen Raumstation erst mal abgeschraubt hatte, wieder anschrauben. Bonn hat den politischen Beschluß gefaßt, sich mit Milliarden an einer permanenten amerikanischen Raumstation zu beteiligen (Siehe dazu auch Seite 1).

Das Engagement der Bundesrepublik im Weltall sichert langfristig den Zugang zu den Produkten, über die nur der „neue Kontinent" Space verfügt. Wie breit dabei die Beteiligung der Europäer insgesamt sein wird, entscheidet sich Ende dieses Monats auf einem Ministertreffen in Rom.

Mit seiner schnellen Entscheidung sicherte sich Bonn nun den Führungsanspruch im Rahmen einer europäischen Beteiligung, der den deutschen Partnern von Beggs zugesichert worden war. Amerika erwartet, *daß die Europäer in der nächsten* Dekade rund zwei von den zehn Milliarden Dollar aufbringen, die das Projekt der ständigen Erd-Außenstation verschlingen wird.

Das anvisierte europäische Element der amerikanischen Raumstation trägt die Projektbezeichnung „Columbus". Es ist ein Konzept, das in seiner ersten Stufe frühestens *1993* beginnen könnte und erst um das Jahr 2000 vollendet wäre. „Columbus" ist nicht, wie oft dargestellt, der Name der gesamten amerikanischen Raumstation. Sie hat noch keinen Namen. „Columbus" ist vielmehr ein von deutschen Ingenieuren vorgeschlagenes System zusammengekoppelter Raumstations-Elemente, ein eigenständig operierendes Orbitalsystem ohne Rückkehrfähigkeit zur Erde. Dies ist auch die Schwäche von „Columbus". Das System ist davon abhängig, daß amerikanische Raumflugzeuge (Space-Shuttle) die Einzelelemente von „Columbus" und deren Inhalt hin- und herbefördern.



Bei der Präsentation eines Modells von „Columbus" strahlt Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber vor Optimismus FOTO: DPA

Das Projekt „Columbus" besteht nach den deutschen Vorstellungen aus vier Elementen: Im Zeitraum um 1993 soll ein bemannbares Laboratorium gestartet und an die amerikanische Station angekoppelt werden.

Das Labor fußt im wesentlichen auf der Spacelab-Technik, die von den Europäern mit einem finanziellen Aufwand von einer Milliarde Dollar entwickelt wurde. Im Rückblick auf das Spacelab-Programm fühlen sich die Europäer heute von den Amerikanern „übers Ohr gehauen". Diesmal wollen die USA ihnen an der Station vertraglich volle Rechte einräumen.

In einem zweiten Schritt soll um 1995 eine freifliegende Plattform und eine Gerätekammer hinzugefügt werden. Damit erhält das Labor Freiflugfähigkeit und wird von der Raumstation weitgehend unabhängig.

1997 soll in einem dritten Schritt ein Transportfahrzeug hinzukommen. Dieses würde zwischen dem amerikanischen Raumtransporter, der Raumstation und der freifliegenden Plattform hin- und herpendeln. Auch dieses Transportfahrzeug kann nur in einer Erdkreisbahn operieren und besitzt keine Rückkehrfähigkeit.

Nur ein eigenes Rückkehr-System macht die Europäer langfristig unabhängig von den Amerikanern. Dies ist nach einem Memorandum der deutschen Luft- und Raumfahrt-Industrie zur Zukunft der Raumfahrt auch der Trend. Eine begrenzte eigene unabhängige Startkapazität hat sich Europa mit der *Ariane-Rakete, an deren* Entwicklung die Bundesrepublik bisher zu 19 Prozent beteiligt war, geschaffen. Mit der geplanten Super-Ariane könnten unbemannte Elemente des Projektes „Columbus" zu der amerikanischen Station geschossen werden. Bei der Frage der Rückkehr kommt das Projekt „Hermes" ins Spiel.

Die Franzosen werden auf der Ministertagung in Rom „Hermes" wieder auftischen. Aber „Hermes" hat nur langfristig eine Chance, nicht kurzfristig. Es ist in seiner Konzeption eine Miniaturausführung des Space-Shuttle, also ein Raumfahrzeug mit Flügeln, das auf der Erde horizontal auf Pisten landen kann. „Hermes" würde mit einer Ariane-5 gestartet werden. Da sich an Bord von „Hermes" wahrscheinlich zwei Piloten und zwei Spezialisten befänden, müßte die Rakete zunächst für die Beförderung von Menschen zugelassen werden.

Das Raumflugzeug „Hermes" ist nicht nur wesentlich kleiner als der US-Shuttle und kann demnach auch viel weniger schleppen, es hat auch keine eigenen wiederverwendbaren Triebwerke, wie sie die drei US-Raumflugzeuge „Columbia", „Challenger" und „Discovery" besitzen. „Hermes" gleicht mehr dem sowjetischen Mini-Shuttle, dessen Erprobung mit Besatzung bevorsteht. Aber „Hermes" könnte „Columbus" anfliegen und Menschen und Material zur Erde zurückbringen.

„Columbus" ist ohne eigene Erdrückkehrfähigkeit sicher nicht das Ei des Kolumbus. Aber die Bonner Initiative hat die internationale Raumfahrt in Bewegung versetzt.

NOTIZEN

Test mit Dosenpfand

Frankfurt (dpa) – Führende Aluminiumhersteller und eine Einzelhandelskette wollen herausfinden, ob die Verbraucher bereit sind, leere Getränkedosen zurückzubringen. Ein entsprechender Feldversuch von drei bis vier Monaten wurde in sechs Verkaufsstellen der Einzelhandelskette gestartet. Umweltbewußte Verbraucher, die leere Dosen abgeben, erhalten drei Pfennige für Aluminiumdosen und einen Pfennig für Weißblechdosen. Die beteiligten Unternehmen hoben hervor, aus den leeren Dosen könnten mit sehr geringem Energieaufwand wieder neue Dosen hergestellt werden.

Neues Monatsmagazin

Frankfurt (dpa) – Ein ökologisch orientiertes Monatsmagazin mit dem Namen „ökotest" wird ab März an den Kiosken verkauft. Das Magazin will nach Darstellung eines Redaktionssprechers in Frankfurt vorrangig „alltagsökologische" Fragen behandeln. Darunter versteht das in Frankfurt ansässige „Redaktionskollektiv" zum Beispiel Untersuchungen von Lebensmitteln unter ökologischen Kriterien, Tests von Medikamenten und Auseinandersetzungen mit gesundheitspolitischen Themen.

Bleifreies Normalbenzin

Wien (dpa) – Österreich soll ab Oktober das erste europäische Land werden, in dem Autofahrer nur noch bleifreies Normalbenzin tanken können. Das hat die Regierung in Wien als Maßnahme gegen das Waldsterben beschlossen. Dadurch werden in Österreich nach der Hauptsaison 1985 für Personenwagen die strengen amerikanischen Abgasbestimmungen gelten. Die Umstellung auf bleifreies Normalbenzin bedeutet, daß Autofahrer, die einen Wagen ohne Katalysator fahren, dort nur noch das verbleite Superbenzin tanken können. Bleifreies Normalbenzin soll bereits ab April an allen Tankstellen neben dem bisher üblichen bleihaltigen Kraftstoff angeboten werden. Das bleifreie Normalbenzin soll etwa 1,4 Pfennig teurer sein als der herkömmliche Kraftstoff. Der Preis für das verbleite Superbenzin soll um denselben Betrag angehoben werden.

„Bildungswesen, ein Prügelknabe der Nation"

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Diagnose läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: „Nachdem der Glaube an die Allmacht von Bildungspolitik als Hebel gesellschaftlicher Veränderung scheitern mußte, wird jetzt das Bildungswesen als Prügelknabe der Nation gehandelt." Die Berliner Senatoren Hanna-Renate Laurien (Schule) und Wilhelm Kewenig (Wissenschaft) haben dies jetzt an ihren Düsseldorfer Mitkämpfer Hans Schwier geschrieben – mit Kopie an alle anderen Länder-Kollegen –, um ein Zeichen zu setzen. Schwier, der am kommenden Montag turnusgemäß die Präsidentschaft der Kultusminister-Konferenz übernimmt, solle mithelfen, „die Bildungspolitik aus ihrer Ecke zu holen".

Daß sie in diese Ecke gedrängt worden ist, hat viele Ursachen – die falschen und dadurch zwangsläufig enttäuschten Erwartungen an ihre Allgewalt genauso wie eine immer mehr bürokratisch-verkrustete und durch unbeweglich gewordene Gremien in die Sackgasse geratene Politik. Wer mit den verantwortlichen Politikern spricht, kommt regelmäßig zu der Diagnose, die von der WELT bereits vor längerer Zeit gestellt wurde: Auf unzähligen, parteiunabhängigen Querschienen sind von einer beharrenden Beamtenschaft so viele Stränge festgeschraubt worden, daß politische Ideen kaum noch umzusetzen sind.

Die Bund-Länder-Kommission, in der der Bund Sitz und Stimme hat, ist nach ihrer gewollten Amputation zu einem Schattendasein verurteilt und wird nicht mehr gehört. Die Kultusminister-Konferenz, in der zu jedem Tagesordnungspunkt über eine eventuelle Teilnahme-Bitte der Bundes*bildungsministerin abgestimmt* werden muß – bei anderen Punkten wird sie dann hinauskomplimentiert –, ist praktisch gelähmt, seitdem sich die Minister und Senatoren über eine gemeinsame Empfehlung zur Friedenserziehung in den Schulen zerstritten hatten.

In dem Brief heißt es dazu: „Es ist nicht überraschend, aber auch nicht unabänderlich, daß die KMK in den letzten Jahren an politischer Substanz verloren hat." Schärfer kann man kaum die Existenz eines politischen Gremiums in Frage stellen. „Die KMK wußte sich zu helfen", heißt es ironisierend weiter, „sie degradierte sich teilweise zu ihrem eigenen Sekretariat, ganz zu schweigen von der Mentalität bildungspolitischer Kleinreparaturen, die jenseits einer gemeinsamen großen Linie vorgenommen werden."

Angesichts leerer öffentlicher Kassen, der mangelnden Möglichkeit, durch Geldspritzen inhaltliche Defizite zu übertünchen, wird diese Selbstkritik verständlich. Die verantwortlichen Bildungspolitiker in Bund und Ländern haben, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit, erkannt, daß *nur ein gemeinsamer starker politischer* Willen helfen könne, „der Bildungspolitik ihre angemessene politische Bedeutung zurückzuerobern". Von den überkommenen Gremien – vielleicht mit Ausnahme einer wiederbelebten KMK – sowie aus den Bürokratien von Ministerien und Wissenschaftsorganisationen ist, wenn überhaupt, nur bedingt Hilfe für dieses große Vorhaben zu gewinnen.

Dorothee Wilms hat in diesem Zusammenhang die Idee der „Royal Commissions" in die Debatte eingebracht. Laurien und Kewenig formen diesen Gedanken aus: „Die Kultusminister und Senatoren der Länder sollten sich in der KMK darauf verständigen, auch zusammen mit Fachleuten unterschiedlicher Couleur Grundsatzgespräche in Gang zu bringen, *um Entwicklungsschneisen offenzulegen.* Wir müssen zu antworten versuchen, mit welchem Wissen, mit welchen Grundhaltungen und Lebensstrategien unsere jungen Leute in einer freiheitlichen Gesellschaft voller Widersprüche konfrontiert werden sollen." Dazu gehöre auch die Suche nach der Antwort auf die Frage: „Wie können Schule und Hochschule auf die neuen Arbeitsformen, das veränderte Verhältnis von Arbeitszeit und verfügbarer Zeit vorbereiten? Das ist nicht mit dem Hinweis auf Informatik-Unterricht erledigt."

Stuttgart: Entwurf für Landesmediengesetz

xhk. Stuttgart

Die baden-württembergische Landesregierung hat den Entwurf eines Landesmediengesetzes verabschiedet. Wie *Regierungssprecher Kleinert* mitteilte, soll mit ihm „ein Ordnungsrahmen für den Rundfunk sowie für neue rundfunkähnliche Kommunikationsdienste geschaffen, der Bestand des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gewährleistet und neuen privaten Anbietern eine angemessene Start- und Entwicklungschance" ermöglicht werden. Die vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk als Ganzes verbreiteten Programme sollen „auf dem Stand 31. Dezember garantiert und beschränkt werden", sagte Kleinert. Im lokalen Bereich hingegen seien öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten als neue Veranstalter „ausgeschlossen", außer bei Kooperationen mit privaten Veranstaltern.

Besorgte Christen der nordelbischen Kirche schreiben einen Aufruf an ihre Bischöfe:

„Ist diese Kirche noch unsere lutherische Kirche?"

DW. Bonn

Folgenden „nordelbischen Aufruf an unsere Bischöfe" haben führende Christen der 2,7 Millionen Mitglieder zählenden Nordelbischen evangelisch-lutherischen Kirche an die drei Bischöfe der Hamburg und Schleswig-Holstein umfassenden Landeskirche, Karlheinz Stoll (Schleswig), Peter Krusche (Hamburg) und Ulrich Wilckens (Holstein-Lübeck), gesandt. Zu den Unterzeichnern zählen der langjährige *schleswig-holsteinische* Ministerpräsident Helmut Lemke (Lübeck), Staatssekretärin Annemarie Schuster (Lübeck), die Bundestagsabgeordnete Ingrid Roitzsch (Quickborn), das Mitglied des Rates der EKD, Otto Freiherr von Campenhausen (Itzehoe) und die Landessynodalen Gottfried Lauprecht (Kiel) sowie Pastor Jens Motschmann (Itzehoe). Der Informationsdienst der Evangelischen Allianz (Idea) veröffentlicht im folgenden den Wortlaut des Aufrufes:

Sorge erfüllt uns im Blick auf den geistlichen Zustand der Nordelbischen Kirche. Es vergeht kaum eine Woche, wo wir nicht Meldungen hören, die uns fragen lassen, ob diese Kirche noch unsere evangelisch-lutherische Kirche ist.

Wir lieben unsere Kirche und wissen, daß viele Menschen in ihr treu und aufopfernd ihren Dienst versehen. Wir sind davon überzeugt, daß in ihr der Reichtum des Wortes Gottes über Jahrhunderte hinweg bewahrt worden und unzähligen Menschen zum Segen geworden ist. Wir verkennen auch nicht, daß sich im Laufe der Zeit Formen und Ausdrucksweise der Verkündigung wandeln müssen, um den Menschen die alte biblische Botschaft jeweils neu zu sagen.

Bestürzt sind wir jedoch über die Tatsache, daß solche Aktualisierungen teilweise zu neuen Inhalten der Verkündigung und des kirchlichen Handelns geführt haben. Viele Äußerungen aus dem Bereich unserer Landeskirche stehen nicht mit ihrem Bekenntnis im Einklang.

Es geht hier um die Fragen, die die christliche Lehre betreffen und das daraus folgende Verständnis von christlicher Lebensgestaltung in Familie, Staat und Gesellschaft. Stichwortartig seien in diesem Zusammenhang nur einige Beispiele genannt:

- Amtsträger der Kirche betreiben öffentliche Staatshetze. Unsere Landeskirche verteilt – trotz wiederholten Einspruchs – Publikationen, insbesondere an junge Menschen, in denen unser demokratisches Gemeinwesen verächtlich gemacht wird. Darin wird unter anderem behauptet: Der Deutsche Bundestag und das Bundesverfassungsgericht beteiligten sich am Amoklauf gegen die Verfassung. Oder: Die Bundeswehr sei durchsetzt mit unbelehrbaren Kriegstreibern und diene der Vorbereitung auf ‚Angriffskriege für die NATO'. Eine Gruppe von Pastoren bekundet offensichtlich Sympathie für Terroristen, indem sie aufruft: ‚Bedenkt, Schwestern und Brüder: Berge versetzen beginnt mit Steine schmeißen.' Diese publizistischen Vorgänge sind kirchenleitenden Organen unserer Landeskirche bekannt. Wir erwarten, daß sich unsere Bischöfe klar und eindeutig von solchen Agitationen distanzieren und ihre Sicht des Staates geistlich vertreten.

- Amtsträger der Kirche fordern zum Rechtsbruch auf. 27 Pastoren aus Nordelbien appellieren in einem Brief an die evangelischen Christen. ‚Jede Form des Kriegsdienstes zu verweigern' durch ‚bürgerlichen Ungehorsam', durch ‚Besetzung von Straßen, die für eventuelle militärische Zwecke benutzt werden *könnten*', durch Proteste gegen Jugendoffiziere in Schulen, durch Verweigerung von Hilfe von Ärzten und Pflegepersonal. Wir erwarten, daß unsere Bischöfe diese Pastoren auf ihre seelsorgerliche Verantwortung hinweisen und solchen Verkehrungen geistlich entgegentreten. Die bisherige Reaktion der Kirchenleitung zu

DOKUMENT

diesem Vorgang erscheint uns nicht angemessen genug.

- Die Kirche duldet Angriffe auf Ehe und Familie. Familie und Ehe werden einer radikalen Umwertung unterzogen. So kann man in Publikationen unserer Landeskirche zur Erwachsenenbildung lesen, daß die Erziehung zu den traditionellen Wertvorstellungen unseres christlichen Kulturkreises (was zum Beispiel Nächstenliebe, Gehorsam, Ordnung) angeblich zu zerstörerischen oder selbstzerstörerischen Konsequenzen führt (wie zum Beispiel Depressionen, Drogenabhängigkeit, Selbstmord, Sadismus, Mord, Faschismus). Es heißt sogar: das Christentum halte die Frauen in Ehe und Familie in einem Zustand unerträglicher Unfreiheit. Wir bitten, daß die Bischöfe ihrem leitenden geistlichen Dienst gerecht werden und dafür sorgen, daß Ehe und Familie von der Kirche gefördert und nicht verächtlich gemacht werden.

- Die Kirche duldet und fördert mit der sogenannten feministischen Theologie das Eindringen von Irrlehren und Neuheidentum. Feministische Theologie fordert zum Beispiel Hinwendung zu neuen Gottesbildern, insbesondere zu den Göttinnen. Damit verbunden ist – unausgesprochen – ein Nein zum ersten der zehn Gebote. Die Heilsbedeutung Jesu Christi wird herabgesetzt und die Bibel als letztgültige Offenbarungsquelle der göttlichen Wahrheit in Frage gestellt. Buße und Sündenvergebung werden dadurch überflüssig, da angeblich der Mensch in einer ganz umfassenden Weise gut sei. Wir erwarten, daß die Bischöfe zu dieser neuen und unchristlichen Theologie nicht länger schweigen. Wir fragen – und mit uns viele engagierte, besorgte Christen:

– Ist der Staat nicht mehr gnädige, göttliche Ordnung, in dem auch Rechtsgehorsam geschuldet wird?

– Sind Ehe und Familie nicht mehr göttliche Stiftung, denen eine Verheißung gegeben ist?

– Soll nicht die Kirche in allen ihren Einrichtungen Gottes Wort als Evangelium lauter und rein verkündigen?

– Wie ist es dann möglich, daß die feministische ‚Theologie' seit Jahren von maßgeblichen Persönlichkeiten und Einrichtungen unserer Kirche (wie zum Beispiel: evangelisches Frauenwerk Neumünster, evangelische Akademie Bad Segeberg) unwidersprochen in die Gemeinden getragen wird?

Daher wenden wir uns mit diesem Aufruf und unseren Fragen an sie, weil ihnen nach dem Wortlaut der Verfassung der Nordelbischen evangelisch-lutherischen Kirche in besonderer Weise der leitende geistliche Dienst in unserer Kirche übetragen ist. Artikel 88 Abs. 1 dieser *Verfassung bestimmt ja:*

‚Die Bischöfe sind Pastoren, denen der leitende geistliche Dienst in der Nordelbischen Kirche übertragen ist. Ihnen ist die Sorge um die Einheit und für das Wachstum der Kirche im Glauben und in der Liebe besonders aufgetragen. Sie stehen für das Bekenntnis der evangelisch-lutherischen Kirche ein und wachen über die rechte Verbindung von lebendiger Verkündigung, dem Dienst der Liebe und theologischer Arbeit.'

Deswegen hoffen wir, daß sie unser Anliegen verstehen und bereit sind, zu einer Klärung der angeschnittenen Fragen durch Wahrnehmung ihres geistlichen Amtes beizutragen. Wir Unterzeichner, und viele mit uns verbundene Gemeindemitglieder warten auf eine deutliche Stellungnahme von ihnen.

gez.

Otto Freiherr von Campenhausen (Itzehoe), Oberst Udo Harms (Schleswig), Dr. Gottfried Lauprecht (Kiel), Dr. Helmut Lemke (Lübeck), Prof. Dr. Hans-Jürgen Ludwig (Eutin), Pastor Jens Motschmann und Elisabeth Motschmann (Itzehoe), Otto Graf zu Rantzau (Breitenburg), Ingrid Roitzsch MdB (Quickborn), Annemarie Schuster MdL (Lübeck) und Inge Titzck (Kiel).

Stoiber: Frist für die SPD

rtr, München

Bayern hat den SPD-regierten Bundesländern ein bis März befristetes Ultimatum gesetzt, um in dem Streit über einen Staatsvertrag zur Neuordnung des Rundfunkwesens zu *einem Kompromiß zu kommen.* Der Leiter der bayerischen Staatskanzlei, Edmund Stoiber, schrieb gestern im CSU-Organ „Bayernkurier", bis zum März bestehe für die SPD-Länder die Möglichkeit, doch noch ein gemeinsames Ergebnis zu erreichen. „Dann allerdings kann es eine gemeinsame Lösung nur zu den von den Unionsparteien beschlossenen Bedingungen geben." Nach Ansicht Stoibers können Forderungen der SPD, die Werbung auszuweiten, so nicht mehr hingenommen werden.

Grüne: „DDR" ist souveräner Staat

AP, Bonn

Eine Frauendelegation der Grünen im Bundestag wird am 21. Januar zu einem fünftägigen Informationsbesuch in die „DDR" reisen. Wie die Pressestelle der Grünen gestern in Bonn *ferner* bekanntgab, folgt die Delegation unter Leitung der Abgeordneten Waltraut Schoppe einer Einladung der Vorsitzenden des „Demokratischen Frauenbundes Deutschland", Ilse Thiele.

In der Erklärung betonten die Grünen erneut, daß sie die „DDR" als souveränen Staat betrachten. Die Parlamentarierinnen wollen mit führenden Politikern der SED sowie Vertretern der Gewerkschaft und weiblichen Abgeordneten der „Volkskammer" zusammentreffen.

Ein Mann des Mittelstandes und der neuen Technologien

Hermann-Otto Solms ist der Nachfolger von Cronenberg

STEFAN HEYDECK, Bonn

Einen Monat nach dem Rücktritt von Bundestagsvizepräsident Richard Wurbs und der Wahl des bisherigen stellvertretenden FDP-Fraktionsvorsitzenden Dieter-Julius Cronenberg zu dessen Nachfolger ist die Spitze FDP-Bundesfraktion wieder komplett. In einer Kampfabstimmung wurde Hermann-Otto Solms zu einem der drei Stellvertreter von Fraktionschef Wolfgang Mischnick. Dr. Hermann-Otto Prinz zu Solms-Hohensolms-Lich, so sein voller Name, *ist wie sein Vorgänger* Cronenberg Eigentümer eines mittelständischen Unternehmens und gilt wie dieser als Finanz- und Wirtschaftsexperte.

Für seine Nominierung hatten sich vor allem rechtsliberale Abgeordnete ausgesprochen. Später wurde dann auch die Kandidatur des ehemaligen „Wende"-Kritikers Burkhard Hirsch unter anderem mit Hinweis auf dessen innen- und rechtspolitische Sachkompetenz angemeldet. Allerdings werden diese Gebiete in der Fraktionsspitze schon von den Parlamentarischen Geschäftsführern Klaus Beckmann und Torsten Wolfgramm abgedeckt. Als Dritter bewarb sich der frühere hessische Wirtschaftsminister Klaus-Jürgen Hoffie. In ihm sahen einige Abgeordnete einen Kandidaten der Mitte.

Nach Gesprächen zwischen Mischnick und den Kandidaten fand die geheime Wahl ohne Aussprache statt. Zunächst erhielt Solms 13, Hoffie zehn und Hirsch neun Stimme. In der folgenden Stichwahl setzte sich Solms klar mit 23 zu neun Stimmen gegen Hoffie durch. Der 44jährige soll jetzt die Außendarstellung der Fraktion noch besser als bisher deutlich machen. Allerdings wird im April die gesamte Fraktionsführung turnusgemäß neu gewählt.

Hermann-Otto Solms gehört der FDP seit 1971 an, ist Kreisvorsitzender in Gießen und gehört seit 1975 dem hessischen Landesvorstand an. Er war wegen der damals von der *sozial-liberalen Koalition eingeleiteten* Deutschland- und Ostpolitik zu den Liberalen gestoßen. Außerdem ist er ein ausdrücklicher Befürworter der mittelständischen und marktwirtschaftlichen Ordnungspolitik der FDP. So hatte er bereits Anfang 1981 wegen des Kurses der SPD in der Sicherheitspolitik, insbesondere aber in der Haushalts- und Finanzpolitik seinem Kreisverband erklärt, die Koalition sei „nicht auf Dauer haltbar".

Der gelernte Bankkaufmann kam nach Studien in Frankfurt, Gießen und den USA als Diplomökonom und



Hermann-Otto Solms

promovierter Landwirt 1973 als Persönlicher Referent der Bundestagsvizepräsidentin und Vorsitzende des Finanzausschusses, Liselotte Funcke, nach Bonn. Von 1977 an war Solms ein Jahr lang Steuer- und Finanzreferent der FDP-Fraktion. Ein Jahr vorher eröffnete Solms, der einen Schwerpunkt seiner politischen Arbeit in Fragen wie Unternehmensgründungen und der Neuen Technologien sieht, zusammen mit einem Elektronikingenieur in einer Garage in Lich ein Unternehmen. Innerhalb von vier Jahren wuchs der Umsatz des Betriebes von 20 000 Mark auf 20 Millionen Mark. Um den Anschluß an den technologischen Fortschritt nicht zu verpassen, wurde die GmbH zunächst von Video-Spielen auf Video-Technik umgestellt. Jetzt steht auch auf dem Gebiet der Computer-Graphik *die Expansion in den US-Markt* bevor.

Von seiner Wahl in den Bundestag 1980 wurde er auf einer Japan-Reise überrascht. Der „Zählkandidat" hatte *das Mandat aufgrund des 10,6-Prozent-Ergebnisses* erhalten. Solms gehört neben Gerhart Rudolf Baum auch dem Flick-Ausschuß an.

Beamte sollen Pension mitfinanzieren

Forderung des SPD-Sozialexperten Glombig / CDU sieht Angriff auf Berufsbeamtentum

PETER JENTSCH, Bonn

Um die Rentenversicherung finanzierbar zu erhalten, sollen nach Auffassung der SPD auch die Beamten zur Kasse gebeten werden. Der SPD-Sozialexperte Eugen Glombig forderte gestern, auch die Beamten sollen einen Teil ihrer Pension durch Beiträge mitfinanzieren. Der WELT sagte Glombig: „Ich finde es unmöglich, daß die Beamten ihre Altersversorgung aus Steuermitteln ohne eigenen Beitrag finanziert bekommen." Er machte aber zugleich deutlich, daß für bestimmte Beamtengruppen mit niedrigen Einkommen ein sozialer *Ausgleich geschaffen werden müsse.*

Der Politiker verwies auf die angespannte Finanzlage der gesetzlichen Rentenversicherung. Aufgrund der demoskopischen Entwicklung und „angesichts der Rentenpolitik dieser Regierung" sei es fraglich, ob die Beitragszahler langfristig „überhaupt noch eine Chance haben, ihre Rente zu bekommen". Leisteten aber die Beamten Beiträge zu ihrer Pension, würden dadurch automatisch Mittel frei für einen höheren Bundeszuschuß an die Rentenversicherung.

Glombig rechnet in dieser Frage durchaus mit Kritik aus den eigenen Reihen. „Wir sind auch eine Beamtenpartei, da gibt es Widerstände," sagte er. Er verwies aber darauf, daß diese Forderung bereits durch den Dortmunder Parteitag 1983 beschlossen worden sei. Zugleich machte er deutlich, daß bereits die Sachverständigen-Kommission zur Harmonisierung der Alterssicherungssysteme entsprechende Vorschläge gemacht habe.

Diese Kommission war 1981 von der sozial-liberalen Koalition eingesetzt worden, um unter anderem zu untersuchen, inwieweit die bestehenden Alterssicherungssysteme in ihren Einzelregelungen besser aufeinander abgestimmt werden können. Das Gutachten wurde 1982 abgeschlossen und 1983 nach Überarbeitung aufgrund von Änderungen im Rentenversicherungsrecht Bundesarbeitsminister Norbert Blüm überreicht.

Das Gutachten kommt unter ande*rem zu dem Schluß, daß die* „Verfassung der Einführung ‚positiver' Beiträge der Beamten für ihre Versorgung nicht entgegensteht". Sollte sich der Gesetzgeber dazu entschließen, habe er zu beachten, daß die „Beitragsbelastung der Beamten die Belastung der Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes mit Rentenversicherungsbeiträgen nicht übersteigen und die Nettobesoldung der Beamten die Mindestgrenze des Angemessenen nicht unterschreiten" darf.

Die Bundesregierung hat sich in dieser Frage noch nicht entschieden. Der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Karl Miltner erklärte aber, der Vorschlag Glombigs ziele auf die „Abschaffung des Berufsbeamtentums durch die Hintertür". Er plädierte für die weitere eigenständige Versorgung der Beamten. Aus dem Bundesarbeitsministerium verlautete, zur Zeit prüfe man die Überlegung der Sachverständigen noch. Bundesarbeitsminister Norbert Blüm hat aber schon deutlich gemacht, daß er einen „Harmonisierungsbedarf" bei den unterschiedlichen Alterssicherungssystemen sehe. So etwa in der Tatsache, daß Beamte bereits nach 30 Berufsjahren die Anwartschaft auf die Höchstrente erfüllen, während in der gesetzlichen Rentenversicherung *diese Anwartschaft* erst nach 45 Versicherungsjahren erfüllt ist. Im Bundesinnenministerium betrachtet man Glombigs Vorschlag als systemfremd und nicht verfassungskonform.

Auch der Deutsche Beamtenbund lehnt Glombigs Forderung aus diesen Gründen strikt ab. Der Verband beruft sich dabei auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1967, das zu dem Schluß kommt, daß ein Vergleich der Beamtenversorgung mit der Sozialversicherung von vornherein an der Zweckbestimmung und der Grundlage der beamtenrechtlichen Versorgung scheitere. Im übrigen, so der Beamtenbund, sei das System der Alterssicherung der Beamten nicht dazu da, die Mittel zur Finanzierung der gesetzlichen Rentenfinanzierung bereitzustellen.

Der Geschäftsführer des Verbandes der Kriegs- und Wehrdienstopfer (VdK), Waldemar Brümmendorf, warf Glombig vor, während der „Regierungsverantwortung der Sozial-liberalen mit dieser Forderung auf den Bauch gefallen" zu sein.

Der Minister wurde nicht belastet

Untersuchungsausschuß in Mainz: Gaddum folgte Linie seiner Finanzbeamten

JOACHIM NEANDER, Mainz

Arglosigkeit, gelegentlich auch Schlamperei und unübliche Verzögerungen durch Finanzbehörden und Finanzministerium hat der parlamentarische Untersuchungsausschuß des Rheinland-Pfälzischen Landtages, der sich mit der steuerlichen Behandlung von Parteispenden Anfang der 70er Jahre beschäftigt, in seiner ersten Vernehmungsrunde feststellen können. Doch ihrem erklärten politischen Ziel, das Land als regelrechte „Steueroase" zu entlarven und den damaligen Finanzminister Johann Wilhelm Gaddum (CDU) bei pflicht- oder gesetzwidrigen Eingriffen in Entscheidungen seiner Untergebenen zu ertappen, ist die SPD-Opposition keinen Schritt nähergekommen.

Vom Oberfinanzpräsidenten Willi Alt über seine Mitarbeiter bis hinunter zu den Leitern und Beamten der Finanzämter Koblenz, Mainz und Neuwied zeichneten die Zeugen im wesentlichen das gleiche Bild. Weder bei der „Staatsbürgerlichen Vereinigung Köln-Koblenz", noch bei der „Gemeinschaft zur Erschließung unterentwickelter Märkte Mainz-Duisburg" oder der „Gesellschaft für europäische Wirtschaftspolitik Neuwied" war man sich von Anfang an über die politische und steuerrechtliche Brisanz dieser Vorgänge im klaren.

Die Rechtslage war umstritten. Teilweise wurde auf ein Gutachten des Bundesfinanzhofs über die Behandlung der sogenannten Berufsverbände aus dem Jahre 1952 zurückgegriffen. Präsident Alt bestätigte, *daß diese Unsicherheit für alle 16* deutschen Oberfinanzdirektionen galt und eine gesetzliche Grundlage bis heute nicht bestehe. So waren die Finanzämter froh, die neuen gemeinnützigen Vereine dort einreihen zu können, wo man sich – wie etwa im Falle von Gewerkschaften, karikativen Einrichtungen oder Sportvereinen – die Mühe der Betriebsprüfung zu sparen pflegt.

Auch über der Frage, wie Minister Gaddum persönlich beteiligt war, lichtete sich das Dunkel. In den beiden ersten Fällen, wo es um Spenden für die CDU ging, hat er – wohlweislich – nie persönlich eingegriffen. Im Falle Neuwied, wo Spenden an die FDP gesammelt wurden, hat er von dem Vorgang offenbar erst im Dezember 1973 erfahren. Der aus dem Ministerium kommende Wink, 1971 die Betriebsprüfung zu unterbrechen, weil Lambsdorff (damals weder Bundesminister, noch etwa Koalitionspartner der Union) in Neuwied und Mainz vorstellig geworden war, es doch bei der Neuwieder Zuständigkeit zu belassen, geht nicht auf den Minister zurück.

Die nach 1973 verfolgte Linie wurde dann vom Minister persönlich bestimmt. Der Gesellschaft wurde zunächst Zeit gelassen, die Voraussetzungen für die Zuständigkeit in Neuwied *zu schaffen. Dies freilich,* sagten die Zeugen, sei durchaus kein Ausnahmefall.

Dann wurde die Betriebsprüfung fortgesetzt. Auf Grund des Resultats *verlor die Gesellschaft endgültig* ihr Steuerprivileg, allerdings unter Verzicht auf rückwirkende Besteuerung, weil man ihr Vertrauensschutz zubilligte.

In der (negativen) Grundentscheidung ist Gaddum nach allen Zeugenaussagen der Linie seiner zuständigen Finanzbeamten gefolgt. Was den Vertrauensschutz betrifft, äußerte Präsident Alt bis zum Schluß Zweifel, hielt die Ministerentscheidung jedoch für „noch vertretbar". Ein (vergeblicher) Versuch, auch in der Sache eine für die Gesellschaft positivere Entscheidung herbeizuführen, geht genau wie eine etwas seltsame Verschiebung der Schlußbesprechung im Juni 1975 auf einen leitenden Beamten des Ministeriums zurück, der noch gehört werden soll. Gaddum selbst, wurde übereinstimmend berichtet, habe seine Entscheidung ausdrücklich von der Zustimmung des OFD-Präsidenten und des Neuwieder Finanzamts-Vorstehers abhängig gemacht.

Die drei zwischen Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz pendelnden Vereine, *die nach den Ermittlungen* der Bonner Staatsanwaltschaft teilweise Parteispenden in Millionenhöhe unter Umgehung der Steuerpflicht gesammelt und verteilt haben sollen, scheinen in der Tat der Ansicht gewesen zu sein, in den südlicheren Gefilden des CDU-regierten Landes besser zu fahren.

Hungerstreik der RAF „Teilaspekt einer Strategie"

dpa/W.K. Bonn

Der von Terroranschlägen begleitete Hungerstreik von Häftlingen aus dem Bereich der „Rote Armee Fraktion" (RAF) ist nach Ansicht des Bundeskriminalamtes nur Teilaspekt eines „antiimperialistischen Kampfes" linksgerichteter Terroristen.

Der Präsident des Bundeskriminalamtes, Heinrich Boge, erklärte gestern, es gebe neben den Hungerstreikenden die Ebene des Kommandobereiches der aus dem Untergrund handelnden Terroristen und die Ebene regionaler RAF-Anhänger *mit* Brand- und Sprengstoffanschlägen. Dazu kämen die Unterstützer, die mit „massiven Propaganda-Aktionen" die Aktionen der RAF zu rechtfertigen versuchten (WELT v. 10. 1.).

Die Forderung nach Zusammenlegung der RAF-Häftlinge nannte Boge eine vordergründige Argumentation. Selbst bei einer Erfüllung würde dies nur als erster Erfolg auf dem Weg zu dem angestrebten Ziel gewertet, die Ohnmacht des Staates offenzulegen.

Nach der schwachen Resonanz in der linksgerichteten Szene auf den Hungerstreik hat jetzt zum erstenmal die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) dazu aufgefordert, die RAF-Häftlinge zu unterstützen. Das DKP-Zentralorgan „UZ" schrieb, „es dreht sich einem Marxisten der Magen um, wenn er ... sieht, wie in den Gefäng*nissen Menschen im Todeskampf* liegen". RAF-Anwälte hatten dagegen in den vergangenen Tagen betont, es sei kein Fall von akuter Todesgefahr bekannt. Häftlinge wie Christian Klar gingen täglich zu Besuchern in die Sprechzelle.

Albrecht nimmt an Schlesier-Treffen teil

rtr, Hannover

Der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht hat seine Teilnahme an dem im Juni in Hannover geplanten Schlesier-Treffen angekündigt, zugleich aber Kritik an dem Motto „40 Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unser" geübt. In einer Erklärung bezeichnete er es gestern als mißverständlich. Die Landesregierung wünsche ebenso wie die Bundesregierung, daß die Landsmannschaft das Motto ändere. Albrecht sagte, daß er an dem Treffen teilnehmen, dort aber seine Haltung unmißverständlich darlegen werde.

Auch Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen wandte sich gestern gegen das Motto des Schlesier-Treffens und setzte sich für eine Änderung ein. Das Leitwort gebe „Anlaß für Kampagnen und Attacken gegen uns". Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai sprach Diepgen von Überlegungen im Berliner Senat, eine Verbindung dieses Tages zum 5. Mai 1955, dem Abschluß der Pariser Verträge, herzustellen, die die Einbeziehung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Verteidigungsgemeinschaft brachten.

Abtreibungs-Studie unter Verschluß

dpa, Bonn

Bundesfamilienminister Heiner Geißler (CDU) weigert sich, eine Studie über die unterschiedliche Handhabung des Abtreibungsparagraphen 218 in Süd- und Norddeutschland zu veröffentlichen. Die noch von der sozialliberalen Bundesregierung in Auftrag gegebene Studie kam 1983 zu dem Schluß, daß im Süden Deutschlands alles darauf gerichtet sei, Schwangerschaftsabbrüche so schwer wie möglich zu machen. Das Ministerium erklärte dazu gestern, die Studie gehe von Voraussetzungen aus, die mit der Wertordnung des Grundgesetzes nicht übereinstimmten. *Sie beruhe auf einer einseitigen* Sicht des Problems.

Neuer chinesischer Botschafter für Bonn

AP/DW. Peking

Die Volksrepublik China wird nach einer Mitteilung von Außenminister Wu Xueqian *„in einigen Monaten"* einen neuen Botschafter in die Bundesrepublik Deutschland entsenden. Wie der Minister gestern bei einem Gespräch mit dem holländischen Außenminister *Hans van den Broek* bekannt gab, soll es sich bei dem Diplomaten um den Leiter der Westeuropa-Abteilung im chinesischen Außenministerium, Guo Fengming handeln. *Er soll den derzeitigen* Botschafter An Zhiyuan ablösen, der seinen Posten in Bonn im März 1983 antrat.

Über den zukünftigen Bonner Botschafter, der aus Schanghai stammen und sehr gut deutsch sprechen soll, ist bislang im Ausland wenig bekannt. Guo soll aber bereits 1954 als Mitglied der chinesischen Delegation an der Genfer Indochina-Konferenz teilgenommen haben. Bevor er 1984 die Westeuropaabteilung übernahm, war er Vizedirektor des Pekinger Institutes für Internationale Beziehungen. 1983 besuchte er Bonn als Teilnehmer eines internationalen wissenschaftlichen Symposiums über vertrauensbildende Maßnahmen.

Der Einstieg ins Geschäftsleben.



Das Kriterium, an dem Geschäftsreisende eine Fluglinie messen, ist nicht etwa der Champagner, sondern der Flugplan. Lufthansa bietet allein in Deutschland ca. 2000 Verbindungen pro Woche. Auf 31 Strecken. Und Flugzeiten, die auf die Anforderungen der Geschäftsreisenden zugeschnitten sind. Auf den wichtigsten Strecken fliegen wir sogar im Intervallverkehr. Das heißt zum Beispiel für Hamburg – Frankfurt von 07.00 bis 19.00 Uhr im Stundentakt. Auch wenn der Flugplan heute noch so durchdacht und ausgeklügelt ist, wir arbeiten ständig weiter daran. Wir versuchen, Kundenwünschen nachzukommen und eventuelle Lücken zu schließen. Damit das Streckennetz immer dichter wird und der Flugplan Ihnen noch besser bei der Terminplanung hilft.

Lufthansa

Fragen Sie Ihr Reisebüro mit Lufthansa-Agentur.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Kein Mandat für Verzicht

Es ist bedrückend und beschämend, in welch würdeloser Form zur Zeit seitens Teilen der SPD (Brandt, Glotz, Bahr und Genossen) und FDP (Genscher) über Deutschlands Osten verfügt wird.

Was sollen wir da anerkennen? Die Zwangsgrenzen von 1945 – so einfach? Es wird schlicht von den betroffenen Deutschen verlangt, die Ermordung von 2,3 Millionen Säuglingen, Männern, Frauen, Greisen und Kindern einfach als gerecht hinzunehmen. Wie die Opfer zu Tode kamen – teilweise viehisch hingeschlachtet – wird nicht erwähnt. Der in der Geschichte *einmalige Landraub* in der Größenordnung von 120 000 Quadratkilometern und die Vertreibung von über 17 Millionen Deutschen sollen Rechtsstatus erhalten. Mit welcher Dreistheit reden die so Fordernden von Frieden, Völkerversöhnung und Selbstbestimmungsrecht der Völker?

Ich empfehle dieser Bundesregierung dringend, die Dokumentation der Deutschen Vertreibung zu publizieren. Zehn Jahre Aufklärung über die Tatbestände in Buch, Presse, Rundfunk, Fernsehen und Geschichtsunterricht, dazu Dokumentar- und Spielfilme, Recherchen nach den noch lebenden Mördern im Osten – danach erst Diskussion über die tatsächlich noch offene deutsche Frage. Nur die schonungslose Wahrheit führt zu Frieden.

Von deutscher Seite ist gottlob auf eine Vergeltungspolitik ein für allemal – selbst von den Opfern – verzichtet worden. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker wird in aller Welt anerkannt, offensichtlich wohl aber *nicht für uns Deutsche von obigen* Politikern.

Das Stimmkreuz bei den nächsten Wahlen in der Bundesrepublik sollte auch unter diesem Aspekt vergeben werden.

Dr. G. Burmeister,
Bad Zwischenahn

*

Herr Boenisch irrt, wenn er den Schlesiern bedeutet, „daß ihre Parole mißverstanden wurde. Nicht das Motto der Landsmannschaft Schlesien: „Vierzig Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unser", beinhaltet ein Mißverständnis. Nur diejenigen, die es angreifen und als revanchistisch bekämpfen, legen es darauf an, daß Mißdeutungen erzeugt werden.

Der ständige Hinweis von Oppositionspolitikern und auch einigen Stimmen aus der Regierungskoalition, daß die Bundesrepublik keinerlei Gebietsforderungen an Polen habe, ist völlig illusorisch. Denn Deutschland hat 1945 nicht aufgehört zu existieren, sondern besteht weiterhin in den Grenzen von 1937. Daran ändert auch der Warschauer Vertrag nichts, der in seinem Artikel IV besagt, daß der Vertrag „nicht die von den Parteien früher geschlossenen oder sie betreffenden zweiseitigen oder mehrseitigen internationalen Vereinbarungen" berührt. Zu diesen Vereinbarungen zählt Artikel 7 des Deutschlandvertrages, der die endgültige Regelung der Grenzen Deutschlands einem Friedensvertrag vorbehält. Dies kommt auch im Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVG) vom 31. 7. 1973 zum Ausdruck.

Nur ein Friedensvertrag unter Beteiligung *ganz* Deutschlands kann schließlich die Rechtsgrundlage für die Grenzregelung sein. Daher ist es also eine Doppeldeutigkeit, wenn SPD und einige FDP-Politiker sich hartnäckig für die völkerrechtliche Anerkennung der Annexion Ostdeutschlands durch Polen verwenden. Kein Politiker ist angesichts dieser rechtlichen Situation berechtigt noch ermächtigt, die deutsche Ostgrenze in Frage zu stellen. Er hat nicht das Mandat, die Oder-Neiße-Linie vor Abschluß eines Friedensvertrages als endgültige Westgrenze Polens zu akzeptieren. Statt somit ihre Glaubwürdigkeit zu verlieren, sollten sich die Abgeordneten der Verpflichtung unterziehen, einen Friedensvertrag für Gesamtdeutschland bei den Siegern des Zweiten Weltkrieges zu fordern.

*Das Leitmotiv der Schlesier zu ih*rem Deutschlandtreffen 1985 ist also völlig in Ordnung, da Schlesien der Auftrag für ganz Deutschland bleibt.

Karlheinz Bruns,
Krefeld

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Mit Lautstärke

„Von der Unsterblichkeit eines verkorksten Idols"; WELT vom 7. Januar

Wie können Sie nur, und das ausgerechnet zum beginnenden „Jahr der Jugend", so bitterböse über Elvis Presley schreiben? Ist Elvis nicht auch heute noch das Idol der jungen Generation? Und ist er nicht vor allem König der Rock- und Pop-Musik? Also der modischen Musikrichtung, die es verstanden hat, Solidarität unter der jungen Generation, wenn auch auf unterstem geistigen Nenner, zu schaffen? Und ist er nicht Schöpfer jener Musik, die Geist – und Geist ist doch nun wirklich nicht mehr in! – durch Lautstärke, seelisch-subtiles Empfinden durch kollektiven Massenwahn und nicht zuletzt den Zauber des Eros – welch altmodische Vorstellungen! – durch monotone Körpersprache ersetzt hat.

Wie dankbar müssen doch daher alle jugendlichen Anhänger ihrem Idol sein, daß er sie von allem kulturellen Erbe befreit hat und sie so richtig wie Nashörner (Ionesco hat das in seinem Schauspiel „Die Nashörner" vorgeführt) *stampfen* läßt. Da *muß* man doch schon recht altmodisch und jahrtausend altem kulturellen Erbe hoffnungslos verfallen sein, wenn man hier, im modischen Zeitgeist verhaftet, nicht mitstampfen will.

Mit freundlichen Grüßen
G. Heydt,
Eschweiler

Wort des Tages

„Die Gefahr, uns in Menschenverachtung hineintreiben zu lassen, ist sehr groß. Mit der Menschenverachtung verfallen wir gerade dem Hauptfehler unserer Gegner. Wer einen Menschen verachtet, wird niemals etwas aus ihm machen können. Nichts von dem, was wir im anderen verachten, ist uns selbst ganz fremd."

Dietrich Bonhoeffer; deutscher *Theologe (1906–1945)*

Der Unterschied

„Das Fernsehgericht tagt"; WELT vom 7. Januar

Der Standpunkt des Herrn von Loewenstern unter der Überschrift „Das Fernsehgericht tagt" stellt die Tatsache auf den Kopf. Frau Papperitz hat den Eishockeyspieler Roy Roedger fair und sachkundig mit den Bildern eines üblen Fouls konfrontiert – und mit den Aussagen des Betroffenen. Herr Roedger war darüber informiert und konnte sich selbst ausführlich zum Vorgefallenen äußern. Die Öffentlichkeit, der die Rundfunkanstalten in besonderem Maße – auch in der Sportberichterstattung – verpflichtet sind, konnte sich selbst ein Bild machen.

Daraus zu folgern, im Falle einer Verhandlung vor Gericht sei „die Sache des Beschuldigten schwer belastet", ist eine Geringschätzung deutscher Richter. So simpel geht's nun wirklich nicht.

Freundliche Grüße
Dieter Kürten,
Hauptredaktionsleiter Sport, ZDF

*

Der Öffentlichkeit wurde ein Bild gemacht durch die Kommentierung der Frau Papperitz. So simpel geht's beim Fernsehgericht. Zwischen der legitimen und notwendigen Kritik an Fouls und der angemaßt quasirichterlichen „Überführung" eines Beschuldigten besteht ein Unterschied. Die Redaktion.

Fehlkonstruktion

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu dem in Ihrer Ausgabe vom 8. Januar unter der Überschrift „Fehlkonstruktion" abgedruckten Leserbrief bitte ich folgende Entgegnung zu veröffentlichen:

A. v. Kalm hat in dem Leserbrief zum Thema „Verjüngung des Offizierskorps" angeregt, einen Vorschlag aufzugreifen, der darauf abzielt, *ausscheidende Offiziere in der* Bundeswehrverwaltung zu beschäftigen. Beispielhaft wird festgestellt, ein Oberstleutnant, insbesondere wenn er mit Personalführung zu tun gehabt hat, sei als Leiter eines Kreiswehrersatzamtes mindestens so geeignet wie ein ungedienter Jurist, der Angehöriger der weißen Jahrgänge ist.

Bei dem Vorschlag wird übersehen, daß Offiziere und Beamte für ihren Beruf sehr unterschiedlich ausgebildet werden und anschließend Aufgaben wahrnehmen, die nicht miteinander vergleichbar sind. Der Leiter eines Kreiswehrersatzamtes hat nicht nur seine Mitarbeiter zu führen; er muß zur Wahrnehmung seiner Fachaufgaben über fundiertes juristisches Wissen verfügen. Im übrigen müssen Inhaber von Beförderungsdienstposten für Beamte – und nur solche kämen für die vorzeitig ausscheidenden Offiziere in Frage – nicht nur über hohe Leistungsfähigkeit sondern auch über langjährige einschlägige Berufserfahrung verfügen.

Schon aus diesen Gründen scheidet ein solcher „Wechsel" aus. Abgesehen davon würde eine Übernahme der Offiziere in die Bundeswehrverwaltung das berechtigte Interesse der zivilen Mitarbeiter am beruflichen Aufstieg zwangsläufig und in unzulässiger Weise beschränken.

Der nur auf den ersten Blick überzeugende Vorschlag stellt bei genauer Betrachtung also keine Lösung dar.

Mit freundlichen Grüßen,
Im Auftrag
Fritz Boller, Oberregierungsrat,
Bundesministerium
für Verteidigung

Schmutzwasser

„Mit der Qualität des Wassers geht es schon seit Jahren bergauf"; WELT vom 10. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Gegensatz zu Ihrer Darstellung muß leider festgestellt werden, daß in den herkömmlichen (biologisch-mechanischen) Kläranlagen die Pflanzennährstoffe Phosphat und Nitrat nur zum kleinsten Teil aus dem Abwasser entfernt werden (Phosphat zu ca. 30 Prozent, Nitrat zu einem noch geringeren Prozentsatz). Dies führt dazu, daß gewaltige Phosphat- und Nitratfrachten über Elbe, Weser, Ems und Rhein in die Nordsee geschwemmt werden. Die Folge ist eine zunehmende Überdüngung (Eutrophierung) der Nordsee und ein *damit* verbundener Sauerstoffschwund („Sauerstofflöcher") in Teilbereichen dieses Randmeeres.

Eine im Frühjahr 1984 vom Bundesminister des Innern eingesetzte Arbeitsgruppe unter Leitung von Professor Dr. Gerlach vom Institut für Meereskunde in Kiel hat deshalb vor kurzem in einem ersten Zwischenbericht vorgeschlagen, aus *Gründen der Vorsorge die* Kläranlagen im Einzugsbereich der Nordsee mit Einrichtungen zur Entfernung der Phosphate auszustatten. Mit diesen „Phosphat-Eliminierungs-Anlagen" können gleichzeitig viele anorganische und organische Belastungsstoffe aus dem Abwasser ausgefällt werden.

Mit freundlichen Grüßen
Sonja Knospe-Kleinmann,
Bonn 1

Personalien

AUSWÄRTIGES AMT

Auch Ärzte, die dem Gesundheitsdienst des Auswärtigen Amtes angehören, werden wie Diplomaten ins Ausland versetzt: In diesen Tagen ging Medizinaldirektor Dr. **Wolfgang Wehnert** an die deutsche Botschaft nach Nairobi. Der Arzt wird von Nairobi aus alle deutschen Botschaftsangehörigen im gesamten ostafrikanischen Raum betreuen. Im Mittelpunkt seiner Arbeit stehen die Probleme der Hygiene in den Tropen, Vorsorgemaßnahmen und natürlich die Beratung in allen Fragen von Tropenkrankheiten. Das Auswärtige Amt besitzt zur Zeit fünf Regionalärzte. Weitere Kollegen von Wehnert sind an den Botschaften in Dakar, Senegal, in Kairo, in Djakarta, Indonesien und in Indiens Hauptstadt Neu-Delhi. Sie betreuen alle durchweg 15 bis 20 Botschaften und in den Botschaften unter anderem auch die Ortskräfte, also die dort beschäftigten Angehörigen des jeweiligen Landes. In Lateinamerika gibt es keine Regionalärzte, weil in den verschiedenen Staaten eine Vielzahl deutschsprechender Ärzte zur Verfügung steht.

KIRCHE

Papst **Johannes Paul II.** hat Professor Dr. **Aloys Klein,** den leitenden Direktor des Johann-Adam-Möhler-Instituts für Ökumenik in Paderborn, zum Berater des Vatikanischen Einheitssekretariats ernannt. Klein war bis zu seiner Berufung nach Paderborn im vergangenen Oktober mehrere Jahre als Mitarbeiter im Einheitssekretariat in Rom tätig.

AUSZEICHNUNGEN

Der in München lebende Dirigent, Professor **Eugen Jochum** (82), erhält in diesem Jahr den „Romano-Guardini-Preis" der Katholischen Akademie in Bayern. Der mit 10 000 Mark und einer von dem Münchner Bildhauer **Max Faller** gestalteten Silbermedaille mit dem Porträt **Guardinis** dotierte Preis, wird am 3. Februar in München übergeben. *Mit der* Verleihung des 1970 gestifteten Preises ehrt die Akademie im 100. Geburtsjahr Romano Guardinis einen der „bedeutendsten Künstler aus dem Bereich des Musiklebens unseres Jahrhunderts". Der im schwäbisch-bayerischen Babenhausen geborene Dirigent ist vor allem als Bruckner-Interpret bekanntgeworden. In den 30er Jahren war er Chefdirigent des Philharmonischen Orchesters Hamburg und Generalmusikdirektor der dortigen Staatsoper. 1949 gründete er das Symphonieorchester des Bayerischen Rundfunks, *das* unter *seiner Leitung internatio*nale Geltung erlangt hat. 1951 rief er das „Mozart-Fest" in Würzburg wieder ins Leben.

*

Am Freitag verleiht der Saarländische Kultusminister Professor Dr. **Gerhard Zeitel** in der modernen Galerie des Saarland-Museums den Kunstpreis des Saarlandes 1984 an den Bildhauer **Leo Kornbrust**. Der Preis ist mit 15 000 Mark dotiert. Der 1929 in St. Wendel geborene und aufgewachsene Künstler hat im Laufe der Zeit ein großes weitgefächertes künstlerisches Werk geschaffen. Kornbrust war Meisterschüler von Professor **Toni Stadler** an der Akademie der Bildenden Künste in München, an der er selbst seit 1978 eine Professur hat.

GEBURTSTAG

Einer der engagiertesten Vertreter der Aussöhnung zwischen Großbritannien und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg und Wahlbonner, **Eddie Grenfell**, feiert heute seinen 65. Geburtstag. Grenfell, ehemaliger stellvertretender Marine-Attaché an der Britischen Botschaft in Bonn, gehörte 26 Jahre seines Lebens der Royal Navy an. Auf Kreuzern, Zerstörern und U-Booten nahm er am Seekrieg im Mittelmeer, Atlantik und Eismeer teil. *Grenfell* überlebte *1944* die Versenkung seines Schiffes durch deutsche Tiefflieger. Nach 1945 trat er für die Aussöhnung mit den Deutschen ein. 1964 war er vielleicht der erste britische Offizier der öffentlich in Uniform eine Lanze für die deutschen U-Boot-Fahrer des Zweiten Weltkriegs brach. 1966, nach einer Karriere, von Admirälen und Kapitänen hoch geschätzt, *wurde er unerwartet in den Ruhe*stand versetzt. Seither organisiert er deutsch-britische Sängerfeste und Marinetreffen. Er ist längst zu einer Art „zweiter britischer Botschafter in Bonn" geworden.

SCHACH-WM / Spannend – aber wieder remis

Übersah Karpow die ganz große Chance für den entscheidenden Gewinn?

LUDEK PACHMAN, Bonn

Zum Verlauf der am Montag in Moskau gespielten 41. Partie verbreiteten die Presseagenturen eine sensationelle Nachricht: Weltmeister Karpow hatte im 33. Zug dieser Partie eine zum Gewinn – und damit zur Beendigung des Wettkampfes – führende Fortsetzung verpaßt.

Die Deutsche Presseagentur (dpa) berichtete aus Moskau: „In einer bis zum Abbruch im 41. Zug streckenweise ungewöhnlich spannenden und sogar dramatischen Partie ... bot sich Karpow sogar die große, heiß ersehnte Chance zum sechsten und damit alles entscheidenden Sieg. Doch das Unfaßbare wurde Wirklichkeit: Ausgerechnet der Routinier Karpow übersah im 33. Zug den greifbar nahen Triumph. Karpow verschlief den Sieg. Statt dessen gab es das Remis Nr. 35."

War also Kasparows Bauernopfer in dieser Partie falsch und mein gestriges Lob an seine Konzeption unberechtigt? Mitnichten, denn nur mit diesen Komplikationen konnte der Herausforderer einen klaren positionellen Nachteil vermeiden, und er hatte dann stärker fortsetzen können – noch im 30. Zug hatte er gute Remis-Chancen! Zweitens war auch die mögliche Gewinnführung von Karpow sehr kompliziert und während der Partie keineswegs leicht zu entdecken. Schauen wir uns die kritische Position noch einmal an:

Karpow (Weiß): Kg1 Te1, Lb4 Sc5, *ba3 f2, g2 h3.* **Kasparow (Schwarz):** Kg8 Td5, Lb2, d1, bf5, g7, h6. Noch in dieser Position hätte Schwarz nach 30. ... Le5! gute *Rettungschancen,* zum Beispiel 31.a4? Ld6! oder 31.Sd3! Txd3, 32.Txe5 Lc2! – bei ungleichen Läufern ist der Freibauer schwer zu verwerten. Statt dessen zog Kasparow **30. ... f4?** und nach **31.a4 Td4, 32.a5 Txb4** schlug Karpow die Figur zurück mit **33.Txd1?** Man kann einen solchen Zug (wie es in Agenturberichten stand) kaum als „schockierend" bezeichnen. Immerhin hatte Karpow statt dessen eine starke Fortsetzung, und zwar 33.a6! In meinen Kommentaren habe ich diesen Zug gar nicht beachtet, da 33. ... La4, den a-Bauern abfängt – dies stimmt je*doch nicht: Zwar erreicht nun* 34.Te6? (um Lc6 zu verhindern) nicht zum Sieg, wegen Tb8! 35.Sxa4 Ld4! Wonach der Springer gefangen ist und Schwarz die Drohungen Tb1+ oder Tb4 hat, aber es gibt eine verblüffende Wendung: 34.a7! Lc6, 35.Te6 Ld5, 36.Td6 und nun ist wieder der Ld5 gefangen (La8, 37.Td8+ u.g.). Die einzige Verteidigung ist deshalb 36. ... Lf6, 37.Txd5 Tb1+, 38.Kh2 Ta1, aber nach 39.Td7 Kh7, 40.Sd3 gewinnt Weiß doch.

Schwarz hat noch eine andere Verteidigungsmöglichkeit: Nach 33.a6 spielt er sofort Tb8. Es folgt 34.Txd1 und nun zählt dem nachziehenden die Möglichkeit des rettenden Zugs Ld4. Es folgt 34. ... Ta8, 35.Td3! (35.Td6? La3) Lf6, 36.Td7! (36.Td6? Le7) nebst 37.a7. Schwarz hat eine weitere von Kommentatoren außer acht gelassene Möglichkeit: 33. ... Lb3(!?), 34.Sxb3 Ta4, 35.Sc5 Ta2(!). Nur ein schmaler Weg führt *nun zum Ziel: 36.Td1(!) Lf6, 37.Td7(!)* oder 36. ... La3, 37.Sa4(!) usw. Also recht kompliziert – Kommentatoren haben es immer in voller Ruhe leichter als Spieler in der begrenzten Zeit.

Nach 33. **Txd1? Ld4, 34.Se6 La7, 35.Td7 Tb1+, 36.Kh2 Lxf2, 37.Sxf4 Ta1, 38.Se6 Txa5, 39.Txg7+ Kh8, 40.Tf7 Le3, 41.Kg3** wurde die Partie – wie gestern berichtet – in einer Remis-Stellung abgebrochen. Der Weltmeister setzte jedoch ohne reale Chancen seine Gewinnversuche bis zum 71. Zug fort:

41. ... Kg3 Ld2, 42.Kg3 Ld2, 43.Kf3 Kg8, 44.Sf4 Tf5, 45.Ke4 Tf7, 46.Td8+ Kh7, 47.*Td3* Te7+, 48.Kf3 *Lb2,* 49.Tb3 Lc1, 50.Sd5 Te5, 51.Sf6+ Kg6, 52.Se4 Tf5+, 53.Ke2 Te5, 54.Tb4 Te7, 55.Tc4 Te8, 56.g3 Lb2, 57.Kf3 Te6, 58.Tc5 Ld4, 59.Td5 Le5, 60.Tb5 Lc7, 61.Tc5 Lb6, 62.Tc8 Ld4, 63.Tg8 Lg7, 64.h4 Ta6, 65.Kf4 Ta5, 66.Te8 Tf5+, 67.Ke3 Te5, 68.Tg8 Te7, 69.Kf4 Tf7, 70.Kg4 h5+, 71.Kh3 Remis

So dramatisch also die ersten 40 Züge verliefen, so langweilig wurde dann die Fortsetzung. So trennten sich Karpow und Kasparow nach 71 Zügen zum 35. Mal mit einem Remis, das Karpow anbot. Damit führt er weiterhin mit 5:1 Punkten. Zum Sieg benötigt er sechs Punkte. Seinen letzten Siegespunkt holte sich der Weltmeister übrigens am 24. November *1984 – das war vor siebeneinhalb* Wochen.

MOTORSPORT / Erben stoppen ein Formel-1-Team

Endgültig: ATS gibt nun auf

KLAUS BLUME, Bonn

Was war Dichtung, was war Wahrheit beim deutschen Formel-1-Team ATS? Das wußte wohl in der Vergangenheit sogar Teamchef Günter Schmid nicht immer auseinanderzuhalten. Nun hat Schmid in der SWF-Sportsendung „Flutlicht" den Rückzug aus der höchsten Automobilsport-Kategorie bekanntgegeben. Aber eben nur da, ansonsten gibt es keine offiziellen Verlautbarungen – auch nicht auf Anfrage. Es gibt nur Hinweise darauf, daß der 1977 ins Formel-1-Geschäft eingestiegene Günter Schmid das Handtuch geworfen hat und daß es vorerst kein deutsches Grand-Prix-Team mehr gibt.

Das sind die Hinweise: Schon vor Monaten bat Günter Schmid seinen ehemaligen Chefmechaniker Günter Richter aus Düsseldorf: „Sieh dich bitte nach einer neuen Position um, hier geht es nicht weiter." Richter kam inzwischen bei einem Autohaus in Düsseldorf unter. Die „ATS-Engineering" in Bicester (England) befindet sich indes bereits in der Auflösung. Zuletzt hat auch die Sekretärin *gekündigt. Nur ein Student aus Aa*chen hält in der ehemaligen Formel-1-Schmiede noch die Stellung und versucht zu verkaufen, was noch vorhanden ist. Die beiden letzten ATS-Fahrer bemühten und bemühen sich, bei anderen Teams unterzukommen. Manfred Winkelhock (Waiblingen) hat es inzwischen bei RAM in England geschafft, der junge Österreicher Gerhard Berger verhandelt mit dem englischen Team Arrows. Er soll dort anstelle des Schweizers Marc Surer neben dem Belgier Thierry Boutsen fahren.

Günter Schmid hat in der SWF-Sportsendung „Flutlicht" erneut das Haus BMW für sein Scheitern in der Formel 1 verantwortlich gemacht. BMW hatte im Herbst – im Vorfeld des Großen Preises von Europa auf dem neuen Nürburgring – die Öffentlichkeit von der Beendigung der Zusammenarbeit mit ATS unterrichtet. Auch wenn Schmid im nachhinein versucht hat, diese Entscheidung als ein „Nein mit Fragezeichen" hinzustellen – die Entscheidung von BMW war *unumstößlich.*

Aber es war nicht die Entscheidung von BMW, die Schmid, den Mit*eigner des Bad Dürkheimer Felgen*produzenten ATS, veranlaßte, aus der Formel 1 auszuscheiden. Als Schmids Firmen-Partner, Erich Stahlschmitt, starb, übernahm eine Erbengemeinschaft zu 50 Prozent die ATS-Anteile. Diese Erbengemeinschaft war von den millionenschweren Formel-1-Abenteuern des Mitgesellschafters Günter Schmid nicht allzu begeistert. Sie habe, so heißt es in der Branche, Schmid einen Riegel vorgeschoben.

Hinzu kam, daß das Finanzamt Neustadt an der Weinstraße die wohl etwas verschlungenen Pfade zwischen der Firma „ATS GmbH" in Deutschland und der „ATS Engineering" in Bicester unter die Lupe nahm. Denn die deutsche Muttergesellschaft trat aus Kostengründen als Sponsor der Firma in England auf.

Wie wird es weitergehen? Günter Schmid hat erst einmal das Flugzeug des früheren finnischen Formel-1-Weltmeisters Keke Rosberg (geschätzter Preis um 2,3 Millionen Mark) gekauft und sich auch gleich eine neue Hochsee-Jacht zugelegt, mit der er kürzlich schon vor Malta kreuzte. Und künftig will Schmid mit *einer neu zu gründenden Firma* in Nordamerika Felgen herstellen.

STAND ● PUNKT / *Das galoppierende Konzept*

Der deutsche Galopprennsport dümpelt in einer Flaute. Als die Umsätze an den Wettschaltern in den 70er Jahren stets steil nach oben schnellten, investierte man in höhere Prämien für die Besitzer und Züchter der Pferde und unterließ es, die teilweise völlig veralteten Rennbahnen für das Publikum attraktiv zu gestalten.

Die Folgen blieben in den letzten Jahren: Im Zuge der allgemeinen wirtschaftlichen Probleme wurde auch der Galopprennsport hart getroffen. Hohe Arbeitslosenquoten in einigen Städten mit Rennbahnen (Gelsenkirchen, Dortmund, Mülheim), immer mehr Konkurrenz im Glücksspielbereich, Probleme mit der Steuerrückvergütung, schwindende Umsätze der Volkswette Rennquintett und allzu amateurhaftes Denken und Handeln in vielen Rennvereinen sorgten für die wirt*schaftliche Talfahrt dieses Sports.*

Im Galopperverband in Köln scheint man nun aufgewacht zu sein. Deshalb präsentierten Präsident Walter Scheel und sein Generalsekretär Hans-Heinrich von Loeper nun ein neues Werbe- und Marketingkonzept. Eine angeblich einflußreiche Werbeagentur hat ein in vielen *Punkten bemerkenswertes Konzept* erarbeitet, der Unternehmensberater Wolfgang Hamma stellte Untersu*chungen an, wie man Effizienz* und Ertragskräfte erhöhen kann, und schließlich wurde ein nicht mit dem allerbesten Ruf behafteter Manager angeheuert, der sich professionell um mehr Sponsoren-Engagements kümmern soll.

Dieser Herr heißt Klaus Waver und gilt als Manager der ehedem hochspringenden *Ulrike Meyfarth.* Als Beispiele für Erfolge der von ihm in Deutschland vertretenen Welt-Firma *Advantage erzählte er von Wimble*don. Er wird sich auf andere Größenordnungen einstellen müssen, wenn er dem deutschen Galopprennsport neue Finanzquellen erschließen will.

Um die Pläne zur Wende zu realisieren, ist vor allem innerhalb der Rennvereine ein Umdenkungsprozeß nötig. Der Verband in Köln hat keine Befehlsgewalt über die örtlichen Veranstalter. Er kann nur empfehlen. In Sitzungen brav nickende Präsidenten und Geschäftsführer nützen wenig. Die Herren müssen vor Ort tätig werden. Mitunter schei*tert aber der vorhandene gute Wille* schon am mangelnden Bargeld in der Vereinskasse. Deshalb muß man sich bei aller Freude über die neuen Konzepte die Frage stellen, ob sie wirklich über diesen Status hinauskommen. Denn Konzepte sind nur dann gut, wenn sich aus ihnen auch etwas machen läßt.

KLAUS GÖNTZSCHE

SPORT-NACHRICHTEN

Berthold berufen

Frankfurt (dpa) – Mit dem Frankfurter Neuling Thomas Berthold, mit Pierre Littbarski (Köln) und den beiden zuletzt gegen Malta fehlenden Felix Magath (Hamburg) und Michael Frontzeck (Mönchengladbach) benannte DFB-Teamchef Franz Beckenbauer sein 20köpfiges Aufgebot für das Fußball-Länderspiel am 29. Januar in Hamburg gegen Ungarn. – Das Aufgebot: Tor: Schumacher (Köln), Stein (Hamburg); Abwehr: Berthold (Frankfurt), Brehme (Kaiserslautern), K.-H. Förster (Stuttgart), Frontzeck (Mönchengladbach), Hergeth (Uerdingen), Jakobs (Hamburg); Mittelfeld: Briegel (Verona), Falkenmayer, Kroth (beide Frankfurt), Magath (Hamburg), Matthäus (München), Rahn (Mönchengladbach), Thon (Schalke); Angriff: Allofs, Littbarski (beide Köln), Mill (Mönchengladbach), Völler (Bremen), Rummenigge (Mailand).

Ehrung für Klimke

Berlin (dpa) – Das Goldene Band der Sportpresse wird in diesem Jahr an Reiner Klimke verliehen. Der Doppel-Olympiasieger im Dressurreiten erhält diese seit 1927 vergebene Auszeichnung der Sportpresse am 26. *Januar in Berlin.*

Eisschnellauf-WM in Inzell

Hamburg (dpa) – *Inzell, Den Haag* und Karuizawa sind 1986 Schauplätze der Eisschnellauf-Weltmeisterschaften. In Inzell findet am 15./16. Februar 1986 die Vierkampf-Weltmeisterschaft der Herren statt.

Diebstahl bei Paris–Dakar

Algier (dpa) – Drei französische Teilnehmer der Rallye Paris–Dakar sind in Algerien wegen Diebstahls zu zwei Monaten Haft verurteilt worden. Die drei hatten mit ihrem Geländewagen am 9. Januar bei Tamanrasset in der algerischen Sahara eine Panne. Sie fanden die erforderlichen Ersatzteile bei einem verunglückten gleichen Fahrzeug eines in Algerien lebenden Franzosen. Der Besitzer war *zuvor ums Leben gekommen.*

Leichtathletik-Gagen

New York (sid) – Der Hallen-Grand-Prix der Leichtathleten mit insgesamt 14 Veranstaltungen in den USA (12) und Kanada (2) ist in diesem Jahr mit 150 000 Dollar notiert. Die beiden Sieger der Punktwertung erhalten jeweils 10 000 Dollar.

Tennis: Verbandsrüge

New York (sid) – Wimbledon-Sieger *John McEnroe und sein Vorgän*ger Jimmy Connors sind wegen ihres Verhaltens bei der 1:4-Niederlage im *Daviscup-Finale in Göteborg gegen* Schweden vom amerikanischen Tennis-Verband (USTA) gerügt worden. *USTA-Präsident Hunter Delatour* gab bekannt, daß sich die Spieler künftig an neue Richtlinien, ihr Auf*treten betreffend, zu halten haben.*

Bedenken gegen Skipool

Berlin (dpa) – Bedenken gegen die Aufnahmestatuten des Skipools des Deutschen Skiverbandes (DSV) hat das Bundeskartellamt in Berlin. Dem Skipool gehören rund 85 Firmen an.

Segler des Jahres

Hamburg (dpa) – Zur Segler-Mannschaft des Jahres wurden Achim Griese/Michael Marcour (Hamburg/Möhnesee) gewählt. Mit großer Mehrheit entschied sich die Jury für die Silbermedaillen-Gewinner der Olympischen Spiele in Los Angeles im Starboot. Sie waren die einzige deutsche *Crew,* die eine *Olympia-Me*daille gewann.

„Völlig schockiert"

Los Angeles (dpa) – Weniger als zwei Minuten dauerte in Los Angeles eine *Pressekonferenz, die Edwin Mo*ses zur Erklärung der Umstände seiner Verhaftung wegen angeblicher Begünstigung der Prostitution einberufen hatte. Vor rund 150 Pressevertretern sagte der mit seiner Frau Myrella und seinem Rechtsanwalt Lipton erschienene 29jährige Olympia-Sieger, er sei von den Ereignissen „völlig schockiert", aber habe nichts zu sagen. Die offizielle Klageerhebung ist auf den 29. Januar angesetzt.

ZAHLEN

FUSSBALL

Freundschaftsspiele: Honduras – 1. FC Köln 0:3, Leverkusen – Lüttich 1:1.

TENNIS

Kingscup, zweiter Spieltag, gelbe Gruppe: Schweden – Irland 2:1.

RADSPORT

Stuttgarter Sechstagerennen, Gesamtstand: 1. Rinklin/Kristen (Deutschland) 296 Punkte, 2. Thurau/Fritz (Deutschland) 205, eine Rd. zur.: 3. Frank/Marcussen (Dänemark) 80, 4. Pijnen/Schröpfer (Holland/Deutschland) 50, zwei Rd. zur.: 5. Knetemans/Herrmann (Holland/Liechtenstein) 79.

Kornwestheim im Januar 1985, Weimarstraße 14

Gott sprach das große Amen.

Jacob Ernst Sigle

* 4. 2. 1898 † 12. 1. 1985

In stiller Trauer
Lore Sigle geb. Stauder
Christa Haug geb. Sigle
und Wolfgang Haug
Dr. Claus Sigle und
Frau Renate geb. Scheffler
und Enkelkinder

Die Beisetzung hat im engsten Familienkreis stattgefunden.

Am 12. Januar 1985 verstarb im 87. Lebensjahr Herr

Jacob Ernst Sigle

Er entstammte der Gründerfamilie unseres Unternehmens, dem er von 1930 bis 1967 als Mitglied und zuletzt als stellvertretender Vorsitzender des Vorstands angehörte.

In der schweren Kriegs- und Nachkriegszeit hat der Verstorbene durch sein großes fachliches Können, seine unternehmerischen Impulse und sein leidenschaftliches Engagement das Bild unseres Hauses mit geprägt.

Wir schulden ihm Dank.

Aufsichtsrat, Vorstand
Gesamtbetriebsrat und Belegschaft
SALAMANDER AG

Gewässerschutz: Bonn mahnt die Bundesländer

EBERHARD NITSCHKE, **Bonn**

Etwa 50 Prozent des gewerblichen Abwassers in der Bundesrepublik Deutschland werden noch über die öffentliche Kanalisation abgeleitet. Künftig sollen die Länder sicherstellen, daß die Einleitung von gefährlichen Stoffen in Gewässer „nach dem Stand der Technik" vor sich geht, das heißt, daß jeweils die modernsten verfügbaren Filter- und Kläreinrichtungen vorhanden sein müssen, wobei der Einleiter einen „ökonomischen Anreiz" für deren Installation erhält.

Dies geht aus einem Bericht hervor, den Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann gestern dem Kabinett vorlegte. Der Deutsche Bundestag hatte am 9. Februar 1984 die Bundesregierung um Vorlage mehrerer solcher Berichte über umweltpolitisch notwendige Vorhaben gebeten. Zimmermanns Denkschrift, die als Vorbote einer kommenden Verschärfung des Abwasserabgabengesetzes und der Novellierung des Wasserhaushaltsgesetzes gilt, geht auch auf das Verbot der Verklappung von Abfällen in der Nordsee ein. Die Bundesregierung verfolgt das Ziel, „diese Form der Entsorgung zum frühestmöglichen Zeitpunkt noch in diesem Jahrzehnt" zu beenden. In diesem Zusammenhang betonte Zimmermann, daß die bei der Internationalen Nordsee-Konferenz 1984 von der Bundesregierung erhobene und von Großbritannien abgelehnte Forderung, die Nordsee zum „Sondergebiet" zu erklären, „auf dem Tisch" bleibe.

Als Erfolge zur Reinhaltung der Nordsee bezeichnet der Bundesinnenminister das schon 1982 erlassene Verbot der Einbringung organisch belasteter Dünnsäure, das Ende der Verklappung von Klärschlamm im April 1983 und das seit Anfang des Jahres geltende Verbot des Einbringens von Grünsalz aus der Titandioxid-Produktion. Für die nicht organisch belastete Dünnsäure, die weiterhin in einem Seegebiet bei Helgoland verklappt wird, werden nach Angaben von Zimmermann „Anlagen zur Verwertung dieses Abfalls errichtet". Die Bundesregierung dränge auf baldigen Abschluß dieser Umstellungsmaßnahmen, damit die Verklappung von Dünnsäure unverzüglich eingestellt werden kann.

Koalition einig über niedrigere Kfz-Steuer

dpa, **Bonn**

Die Experten der Koalition von CDU/CSU und FDP haben sich gestern bei ihrer zweiten Sitzung auf ein umfangreiches Steuerentlastungspaket für umweltfreundliche Autos geeinigt. Es enthält auch Kfz-Steuererleichterungen für nachgerüstete Wagen, deren Umfang davon abhängt, ob mindestens 30 Prozent der scharfen US-Abgasgrenzwerte erreicht werden oder mindestens 50 Prozent. Die Vorschläge an Koalition und Kabinett sollen am kommenden Dienstag in der Koalitionsrunde unter Leitung von Bundeskanzler Helmut Kohl behandelt werden.

Für alle nachgerüsteten Wagen soll der jetzige Steuersatz von 14,40 Mark je 100 Kubikzentimeter Hubraum auf 13,20 Mark gesenkt werden. Bei Autos, die dabei mindestens 50 Prozent der US-Grenzwerte ereichen, soll dieser Steuersatz voraussichtlich mindestens sieben Jahre gelten. Bei Grenzwerten unterhalb, die aber 30 Prozent und mehr erreichen, ist dieser Steuersatz auf drei Jahre befristet. Für nicht umgerüstete Altfahrzeuge wird der Kfz-Steuersatz auf 18,80 Mark erhöht. Neuwagen, die nach dem 1. Oktober 1986 ohne Systeme zur Verminderung der Schadstoffe gekauft werden, sollen von diesem Zeitpunkt an mit 21,60 Mark belastet werden. Überlegt wird noch, ob der Stichtag auf den 1. Januar 1986 vorgezogen wird.

Arbeitgeber warnen IG Druck

dpa, **Wiesbaden**

Eine Flexibilisierung der Arbeitszeit nach Einführung der 38,5-Stunden-Woche zum 1. April 1985 in der Druckindustrie hält der Bundesverband Druck für unverzichtbar. Der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes, Hubertus Loss, bezeichnete die Haltung der IG Druck und Papier in dieser Frage als den untauglichen Versuch, sich im Nachhinein von vereinbarten Tarifregelungen zu distanzieren. Der Vorsitzende der IG Druck und Papier, Erwin Ferlemann, hatte sich am Dienstag in Stuttgart entschieden gegen die Absicht des Bundesverbandes Druck ausgesprochen, die Arbeitszeitverkürzung „als Einfalltor" für flexible Arbeitzeiten zu mißbrauchen.

Frau Thatcher beugt sich öffentlichem Druck

REINER GATERMANN, **London**

Nun werden die Briten doch noch Gelegenheit bekommen, am 8. Mai national veranstaltet von der Regierung und vielleicht unter Teilnahme der Königin, des 40. Jahrestages des Sieges über Hitler-Deutschland zu gedenken. Premierministerin Margaret Thatcher hat in dieser Frage ganz offenbar unter Druck von Parteien und Öffentlichkeit ihren früheren Standpunkt aufgegeben, der Ende vergangener Woche von der Staatssekretärin im Außenministerium, Baronin Young, verkündet worden war. (WELT v. 12./13. 1.) Danach wollte die Regierung offiziell nicht als Veranstalter von Gedenkfeiern des VE-Day (Victory in Europe) auftreten, weil sie in einer offiziellen britischen Feier mit Beteiligung der ehemaligen Kriegsverbündeten die Gefahr sah, daß sie „bestenfalls zur Nostalgie wird und schlimmstenfalls antideutsch, unausgewogen und von der Sowjetunion zur Geschichtsfälschung nutzbar".

Jetzt teilte Margaret Thatcher dem Unterhaus mit: „Ich bin auch der Auffassung, daß wir eine nationale Feier haben sollten. Ich habe das Gefühl, wir sollten die Tatsache feiern, daß wir nun vierzig Jahre lang Frieden mit Freiheit gehabt haben." Ungewißheit herrscht dagegen weiterhin darüber, ob und, falls ja, in welcher Form Großbritannien an internationalen Gedenkveranstaltungen teilzunehmen gedenkt.

Mit ihrer negativen Einstellung zum nationalen Gedenken des 8. Mai hatte das Thatcher-Kabinett einen empfindlichen Nerv der Bevölkerung getroffen. Die Erwägung der Regierung, ob nicht die Gefahr bestehe, den früheren Gegner und heutigen Freund, die Deutschen, zu kränken, traf auf wenig Verständnis. In der Hauptsache wurden zwei Argumente dagegengestellt: Einmal seien mit dem Sieg über die Nazis auch die Deutschen befreit worden, weshalb es ihnen in angemessenem Rahmen nicht schwerfallen sollte, in positivem Geist ebenfalls dieses Tages zu gedenken; zum anderen: wenn man 1984 des D-Days (Landung der Westalliierten in der Normandie) gedacht habe, warum man dann nicht den V-Day feiern dürfe?

Kritiker beruhigt

Dazu hieß es in einem Leserbrief im „Daily Telegraf": „Wenn der VE-Day ignoriert wird, bedeutet dies, daß das, was an den Stränden der Normandie begann, in irgendeiner Weise unvollendet ist?"

Margaret Thatcher beruhigte nun die Kritiker und versicherte vor dem Unterhaus: „Wir planen eine Form des nationalen Gedenkens zu Ehren der Toten und des Zeitpunktes der Versöhnung und des Wiederaufbaus. Wir werden einige Vorschläge machen, in deren Mittelpunkt das Feiern der Befreiung von der Tyrannei und gleichzeitig die vierzig Jahre Frieden in Freiheit stehen werden."

Einzelheiten über die Gestaltung des Tages – ob eine einzige offizielle Großveranstaltung oder mehrere kleinere über das Land verstreut – liegen bisher nicht vor. Bei der Royal British Legion (Verband der Kriegsveteranen) ist man zwar erfreut über das Einschwenken der Regierung, hält den 8. Mai jedoch nicht für den optimalen Gedenktag. Ihr Generalsekretär Major Bob Tomlins erklärte gegenüber der WELT, seine Organisation würde einen Tag zwischen dem VE-Day und dem VJ-Day (Victory in Japan) am 15. August vorziehen. Im übrigen sollte der Gedenktag als das Ende der Feindschaft und der Wiederherstellung des Friedens sowie als Gelegenheit der Aussöhnung zwischen allen Nationen, aber auf keinen Fall als Siegesfeier gesehen werden. Als geeignete Städte für eine Gedenkveranstaltung könne sich Major Tomlins eine der großen Kathedralen Englands vorstellen, zu der Vertreter aller beteiligten Nationen kommen sollten. Im übrigen müsse es möglich sein, dieses Tages zu gedenken, ohne ihm einen politischen Anstrich zu geben.

Laut Major Tomlins hat die Royal British Legion in dieser Frage bisher keinen Kontakt mit deutschen Kriegsveteranenorganisationen aufgenommen. „Ich war jedoch in der vorigen Woche in Berlin und habe den dortigen Verband der Kriegsteilnehmer besucht. Ich hörte dabei auch, daß der Verband in Berlin eine Gedenkfeier plant. Werden wir dazu eingeladen, nehmen wir daran teil."

Stolz oder Scham?

In den in englischen Morgenzeitungen veröffentlichten Leserbriefen gehen die Auffassungen über die Art des V-Day-Gedenkens auseinander. In einem Brief heißt es: „Von der Verneinung einer Gelegenheit, nationalen Stolz zu zeigen, ist der Schritt nur kurz bis zur Erzeugung eines Schamgefühls, daß wir überhaupt an diesem Konflikt teilgenommen haben." In welchem Licht stünden dann die Kriegsopfer? Ein anderer Leser sieht die Situation in einer europäischen Perspektive: „Mit dem Jahr 1945 begann in Europa eine Periode der friedlichen Kooperation, wie es sie in der jüngeren Geschichte nicht gegeben hat. Das ist etwas, was Europa gemeinsam feiern sollte".

KOR-Aktivist will nach Polen zurückkehren

AP, **Paris**

Der frühere Aktivist des polnischen Komitees für gesellschaftliche Selbstverteidigung (KOR), Seweryn Blumsztajn, will nach Polen zurückkehren, nachdem er drei Jahre im französischen Exil verbracht hat. Das gab er in einem Schreiben an französische Gewerkschafter bekannt.

Blumsztajn, der auch in der Gewerkschaft „Solidarität" tätig war, hatte sich bei Verhängung des Kriegsrechts in Polen im Dezember 1981 zu Besuch in Frankreich aufgehalten und beschlossen, die Arbeit für „Solidarność" dort weiterzuführen. Er schrieb, er mache sich keine Illusionen über die Absichten der polnischen Regierung und rechne mit einer Inhaftierung; er habe jedoch nie die Absicht gehabt zu emigrieren.

Schulverweis nach Fluchthilfe?

● Fortsetzung von Seite 1

sitzende des Elternbeirats gar vom „schlimmsten Erlebnis meines ganzen Lebens". Das Lehrerkollegium habe beim Versuch, die Hauptverantwortlichen zu ermitteln, zu inquisitorischen Mitteln gegriffen.

Den Eltern sei keine Gelegenheit gegeben worden, sich zu äußern. Kein einziger Lehrer habe Solidarität und Verständnis mit den Schülern gezeigt. Dem Marburger Lokalblatt gegenüber klagte eine Mutter: „Ich hatte das Gefühl, den Schülern sollte unterschoben werden, daß sie der DDR etwas Böses antun wollten. Doch die Kinder sind völlig unpolitisch. Sie haben im Grunde nur mit Herz gehandelt." Ein Vater stellte zum Verlauf der Konferenz fest: „Es war wie im Boxring." Eine weitere Mutter empörte sich: „Natürlich muß das Verhalten der Kinder diskutiert werden. Doch sie deswegen zu Kriminellen abzustempeln, die sie doch nur im Sinne der DDR-Gesetze sind, ist der Gipfel der Unverschämtheit."

Gegen die Lehrer will die von einem gemeinnützigen Verein getragene Schule keine disziplinarischen Maßnahmen einleiten – obwohl nach übereinstimmenden Aussagen versäumt worden war, Schülerinnen und Schüler auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die Fluchthelfern und Flüchtlingen drohen.

Nach Angaben der Marburger Eltern will kein Schüler die Schule freiwillig verlassen. Nur einer der Fluchthelfer wurde von der Schule verwiesen – allerdings war er bereits vorher mehrfach wegen Disziplinlosigkeit aufgefallen und mit der Verweisung bedroht worden. Seit zwei Tagen aber hängt am Schwarzen Brett ein Aushang, in dem Lehrer Speith verrät, daß er eine neue Arbeitsstelle suche. Er wolle seine Klasse so lange nicht unterrichten, wie darin Fluchthelfer säßen ... Im Rathaus von Marburg sagte dazu ein hoher Beamter: „Speith ist ein extremer Linker."

Der Marburger CDU-Landtagsabgeordnete Dietrich Möller äußerte sich besorgt bezüglich der Folgen der Fluchthilfe. „Die Konsequenzen werden folgen: Klassenreisen in die DDR werden von den Behörden drüben restriktiv behandelt. Man hätte die Schüler vorher besser aufklären müssen." Im hessischen Kultusministerium sagte die Sprecherin auf die Frage, ob hier nicht ein Fall von Überreaktion der Schulleitung vorliege: „Es handelt sich um eine Privatschule. Sie hat Gestaltungfreiheit und mit den Eltern der Schüler einen Beschulungsvertrag abgeschlossen, in dem niedergelegt ist, was zur Relegation führen kann. Bei Privatschulen sind die Einwirkungsmöglichkeiten des Staates begrenzt."

Andreotti: Eine Chance für Europa

WILHELM HADLER, **Straßburg**

Die italienische Regierung will alles in ihren Kräften Stehende tun, um bis zum Juni eine Vereinbarung über den Termin einer Regierungskonferenz über den Vertrag für eine Europäische Union zustande zu bringen. Dies hat Außenminister Giulio Andreotti gestern dem Straßburger Europa-Parlament versprochen.

In seinem „Arbeitsprogramm" als Präsident des Ministerrates bezeichnete Andreotti die Bemühungen um neue Ansätze zur institutionellen Stärkung der Gemeinschaft als eine „historische Gelegenheit", die nicht versäumt werden darf. Gleichzeitig ließ er jedoch keinen Zweifel daran, daß bis zur Einigung über einen neuen Vertrag noch ein langer und schwieriger Weg zurückzulegen sei.

Im außenpolitischen Teil seiner Rede begrüßte Andreotti die Wiederaufnahme des amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsdialogs. In dieser neuen Phase müßten die EG-Staaten die grundlegenden Interessen Europas zur Geltung bringen und selbst entsprechende Vorschläge unterbreiten, „damit der Friede und der Dialog sich auf ein möglichst stabiles Gleichgewicht stützen können".

Im Bereich der wirtschaftlichen Integration will sich Italien um Fortschritte bei der Schaffung eines einheitlichen europäischen Binnenmarktes bemühen. Das Spektrum reiche von der Einbeziehung des britischen Pfundes in das Europäische Währungssystem (EWS) über die schrittweise Liberalisierung des Kapitalverkehrs bis zur allgemeinen Anerkennung der Europäischen Währungseinheit (Ecu) als Devise.

Zur Überwindung der akuten Finanzkrise der EG hält Andreotti eine vorzeitige Anhebung der Mehrwertsteuereinnahmen der Gemeinschaft um einige Monate für notwendig. Es könne aber auch sein, meinte er mit Blick auf die Bundesrepublik, daß dieser Lösungsansatz auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoße. Bonn verknüpft die Aufstockung der EG-Mittel mit dem Zeitpunkt des spanischen und portugiesischen Beitritts. Da das Europa-Parlament den Haushaltsplan für 1985 abgelehnt hat, muß die Brüsseler Kommission seit dem 1. Januar mit provisorischen Zahlungen auskommen.

Falsche Diskussion

Mk. – Die Bundesrepublik wird immer stärker von dem abhängig, was auf den Weltmärkten geschieht. Die Exportquote erreicht neue Rekordmarken. Dieses ist für manche schon Anlaß zur Kritik. Nicht nur die Grünen fordern eine binnenorientierte Wirtschaftspolitik, womit sie den Arbeitslosen bestimmt keine Hoffnungen machen. Immerhin zeigt sich, wie rasch sich der Wind dreht. Noch vor einigen Monaten beherrschte die angeblich mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft die Diskussion. Man sollte nicht von einem Fehler in den nächsten fallen.

Zunächst einmal muß konstatiert werden, *daß sich im vergangenen* Jahr die Exportwirtschaft unerwartet günstig entwickelt hat, während der Motor Investitionen nicht auf die Touren gekommen ist, die man ihm zugetraut hat. Damit steigt zwangsläufig die Exportquote. Daß dies Probleme mit sich bringt, zeigt allein schon der um sich greifende Protektionismus. Auch die starken Kursschwankungen des Dollar erschweren die Kalkulation.

Daraus kann aber nur der Schluß gezogen werden, daß sich die Wirtschaftspolitik auch im internationalen Rahmen um günstigere Rahmenbedingungen bemühen muß, aber nicht, daß jetzt Maßnahmen zur Steigerung der Binnennachfrage ergriffen werden müßten. Der Export ist kein Wasserhahn, der einfach auf- und zugedreht werden kann. Die Erfolge fallen den Firmen nicht in den Schoß. Und schließlich ist die deutsche Volkswirtschaft damit bisher recht gut gefahren. Es sollte keine falsche Diskussion vom Zaun gebrochen werden.

2,2 Milliarden

HH – Eine Panne wirft einen langen Schatten auf die bisher strahlende Amtsführung des Finanzministers. Es hat sich bestätigt, daß bei den Beratungen des Gesetzentwurfs über den Vorruhestand die mutmaßlichen Ausfälle bei der Lohn- und Einkommensteuer schlicht übersehen worden sind. Stoltenberg hat das am Dienstag in der Fraktionssitzung auf Fragen von Abgeordneten eingeräumt. Es geht um keine Kleinigkeit. Im Anlaufjahr 1984 wurden die auf Bund, Länder und Gemeinden zukommenden Mindereinnahmen auf 300 Millionen, für dieses Jahr sogar auf 2,2 Milliarden Mark geschätzt. Es ist das gute Recht der Opposition, nach den Gründen zu fragen. Der SPD-Abgeordnete Sieler hat das getan. Die darauf erteilte sibyllinisch anmutende Antwort kann nicht befriedigen – weder den Abgeordneten, noch den Finanzminister selbst. Eine Panne dieses Ausmaßes muß Ursachen haben, die zum Beispiel in fehlender Abstimmung in seinem Haus liegen. So ein Fall darf sich nicht wiederholen.

AUSSENHANDEL / Exportquote auf neuem Höchststand – Diskussion beim DIHT

Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft hat sich weiter verbessert

HANS-JÜRGEN MAHNKE, **Bonn**

Die deutsche Ausfuhrquote kletterte auf einen neuen Höchststand. Nach Angaben des Staatssekretärs im Bundeswirtschaftsministerium, Otto Schlecht, erreichte der Anteil der Exporte (*einschließlich* der Dienstleistungen) am Bruttosozialprodukt im vergangenen Jahr rund 34 Prozent. Die Dynamik der Exportwirtschaft hält an. Der Leistungsbilanzüberschuß dürfte 1985 von 15 auf 20 bis 25 Milliarden klettern. Der bisherige Rekord wurde 1974 mit 25,5 Milliarden erreicht.

Dies zeige, daß von einer mangelnden Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf den Weltmärkten, einem Modethema der vergangenen Jahre, keine Rede sein könne. Dieser Ansicht Schlechts stimmten auf einer Podiumsdiskussion des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) auch Herbert Gassert, Vorstandsvorsitzender der BBC, und Peter Jungen, Vorstandsvorsitzender der PHB, Weserhütte AG, uneingeschränkt zu.

Schlecht: „Alle Indikatoren weisen darauf hin, daß sich generell die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft einmal infolge einer relativ günstigen Kostenentwicklung, dann aber auch infolge deutlich gestiegener technischer Leistungsfähigkeit weiter verbessert hat." Die Abwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar und gleichbleibende Wechselkurse gegenüber wichtigen anderen Währungen seien nicht der Haupt- oder gar der alleinige Grund für diese günstige Entwicklung. Dadurch sei der Kostenvorteil jedoch verstärkt worden.

Auf das ganze Jahr gerechnet dürfte der Export 1984, verglichen mit dem Vorjahr, um zwölf Prozent auf 485 Milliarden Mark gestiegen sein. Real bedeute dies ein Plus von neun Prozent. Damit habe die Bundesrepublik voll an der kräftigen Ausweitung des Welthandels – vor allem aufgrund der stark gestiegenen nordamerikani*schen Importe – partizipiert.*

Für 1985 rechnet die Bundesregierung in ihrem Jahreswirtschaftsbericht mit weiteren Anteilsgewinnen am Weltmarkt. Denn die Hälfte der deutschen Exporte entfalle auf Investitionsgüter. „Hier liegen noch Chancen in Reserve, sobald die Investitionskonjunktur in den europäischen Partnerländern stärker anspringt." Bemerkenswert seien die Exporterfolge umso mehr, als sie in einem zunehmend protektionistischen Umfeld realisiert wurden.

Der Vorwurf, die deutsche Wirtschaft bleibe speziell bei hochtechnologischen Gütern zurück, greift nach Ansicht der Diskussionsteilnehmer nicht. Schlecht verwies darauf, daß der deutsche Maschinenbau in den *ersten elf Monaten 1984 immerhin* 27 Prozent mehr Aufträge hereinholen konnte. Überdies sei, so Gassert, ein breites Exportangebot entscheidend. Er appellierte an die Unternehmen, mit „Mut und Phantasie" neue Produkte und Märkte zu gestalten, statt *Spitzenreitern etwa bei der Unterhal*tungselektronik „nachzuhinken". Diese Produkte könnten auf dem Weltmarkt zugekauft werden.

Auch nach Ansicht Jungens sei die deutsche Wirtschaft in der Industrie*produktion Weltspitze. Wenn es über*haupt einen Rückstand gebe, dann bei der Umsetzung technischer Kenntnisse. Auch die anderen Diskussionsteilnehmer betonten, daß es hier noch Verzögerungen gebe.

Einhellig wurden protektionistische Schutzwälle für Zukunftsindustrien, wie von Frankreich in der EG gefordert, abgelehnt. Das in Japan hoch im Kurs stehende „industrial targeting", bei dem ausgehend von bestimmten industriespezifischen Zielvorgaben unter administrativer Anleitung und finanzieller Unterstützung konzentriert sektor- und produktbezogene Innovationen herbeigeführt werden, stieß bei Schlecht auf Ablehnung. Er kündigte an, daß sich die Bundesregierung weiter gegen diese Form des Protektionismus wenden werde.

Jungen forderte die Regierung auf, alle Barrieren zu beseitigen, die der Anwendung neuer Technologien entgegenstünden. Auch das wirt*schaftspolitische Umfeld für Neu-* und Umgründungen müsse verbessert werden, um die Umstrukturierung zu erleichtern.

MITTELSTAND

Unternehmer fühlen sich von Bonn vernachlässigt

DANKWARD SEITZ, **München**

Nachdem sich die Wirtschaftslage in der Bundesrepublik in den vergangenen Monaten weiter stabilisiert hat, blicken die mittelständischen Unternehmen „mit gedämpftem Optimismus" in die nähere Zukunft. Im Vergleich zu den Jahren 1981 bis 1983 läßt sich sogar sagen, daß sich die Stimmung wesentlich verbessert hat. *Zu diesem Ergebnis kommt eine* Umfrage der Vereinigung Mittelständischer Unternehmer, München, unter 2000 Unternehmen des industriellen Mittelstandes (50 bis 1000 Beschäftigte) in neun Bundesländern.

In vielen Bereichen (Ausnahme: Baubranche und Kfz-Sektor) wird die gegenwärtige Situation, so Verbandspräsident Walter Bergerhof, um einiges positiver gesehen. 33,2 (15,9) Prozent der befragten Unternehmer bewerten sie als „gut" – nur 2,9 Prozent waren es *1982. Mehr als die Hälfte* aller Befragten (50,9 Prozent) erwartet für die kommenden neun Monate eine weitere Verbesserung; mit einem Rückgang rechnet 32,9 Prozent.

Zum Ausdruck kommt diese Beurteilung auch in der sehr hohen Investitionsneigung: Über 73,8 (73,0) Prozent wollen 1985 investieren, wobei sich bei den Erweiterungsinvestitionen eine starke Steigerung auf 50,9 (25,6) Prozent ergibt. Keine Veränderungen ergaben sich bei Ersatz- und *Rationalisierungsvorhaben.*

Hoffnungsvoll wird auch die Beschäftigungssituation gesehen. Zwar rechnen 58,8 (64,0) Prozent mit einer gleichbleibenden, 16,6 (16,0) Prozent mit einer steigenden und 23,0 (19,5) Prozent mit einer fallenden Beschäftigung. Dennoch ist die Zahl derer, die *Neueinstellungen planen,* deutlich auf 15,9 (9,3) Prozent gestiegen. Einschränkungen planen 22,9 (24,8) Prozent. Beklagt wird von 65,1 Prozent, daß qualifizierte Kräfte nicht zu bekommen sind.

*Sehr kritisch beurteilen die Mittel*ständler allerdings die bisherige Arbeit der Bundesregierung. 83,1 Prozent aller befragten Unternehmer sind der Meinung, daß ihre Interessen nicht ausreichend berücksichtigt worden sind und man bei den verantwortlichen Politikern „in Vergessenheit geraten" ist. Inzwischen mache sich eine „zunehmende Frustration" darüber breit, so Bergerhof, weil nicht zu erkennen sei, daß die Bundesregierung selbst Forderungen, die *seit Jahren im Programm der CDU/-* CSU standen, verwirklicht werden.

Die wichtigen Bestandteile der Mittelstandspolitik, so Bergerhof, müßten endlich auf die Tagesordnung gesetzt werden. Hierzu gehörten die Verabschiedung eines Bundesmittelstandsförderungsgesetzes ebenso wie eine verbindliche Festlegung, daß mittelständische Unternehmen zu mindestens 25 Prozent an öffentlichen Aufträgen beteiligt werden. Für den Steuerbereich fordert man eine *Anhebung der Grenzen für gering*wertige Wirtschaftsgüter sowie die Einführung einer steuerstundenden Investitionsrücklage.

Vertrauens-Krise

Von WILHELM FURLER, London

Hat die Währungs- und Zinsstrategie der Regierung Thatcher versagt? Hat sie eine solche überhaupt besessen? Und hat sie sich schließlich in Panik-Stimmung versetzen lassen, als das Pfund Sterling vor allem gegenüber dem unaufhaltsam stärker werdenden US-Dollar, aber auch gegenüber den Währungen nahezu aller führenden Industrieländer immer mehr an Wert verlor?

Um es vorwegzunehmen: Es handelt sich zwar um eine Pfund-Krise, wenn man bedenkt, daß die britische Währung in einem Jahr gegenüber einem handelsgewichteten ausländischen Währungskorb zehn Prozent an Wert eingebüßt hat. Aber die Re*gierung* Thatcher kann nicht allein verantwortlich gemacht werden.

Es sind neben der außergewöhnlichen Dollar-Stärke vor allem zwei Dinge, die dem Pfund zusetzen: sinkende Preise an den Welt-Ölmärkten mit der zunehmenden Gefahr eines Ölpreiskrieges sowie ein nachlassendes Vertrauen in die britische Wirtschaft aufgrund des nun schon mehr als zehn Monate andauernden Arbeitskampfes im Steinkohle-Bergbau.

Dabei ist die Logik der Devisenmärkte und Währungs-Spekulanten ziemlich unverständlich, die immer wieder auf das Pfund als „Nordseeöl-Währung" verweisen. Anders als die Opec-Länder stellt Großbritannien nicht vornehmlich eine Ölmacht, sondern vielmehr eine bedeutende Industrie- und Wirtschaftsmacht dar, deren Position durch fallende Ölpreise nicht nennenswert geschwächt wird, auch wenn sich die Einnahmen des Schatzkanzlers aus der Besteuerung von Nordseeöl verringern; aber auch dies trifft im vorliegenden Fall nicht zu, da der steigende Dollarkurs den Rückgang des in Dollar notierten Ölpreises mehr als ausgleicht.

Es mag sein, daß sich die heftige *Spekulation gegen das Pfund* Sterling wenigstens zum Teil auch aus der Erwartung erklären läßt, die britische Regierung würde ihre Geldmengen- und Fiskal-Disziplin in der nächsten Zeit etwas lockern. Doch so einfach ließe sich eine solche Lockerung angesichts des innerhalb von nur zwei Tagen gleich zweimal angehobenen Basis-Ausleihezinssatzes um insgesamt 2,5 auf zwölf Prozent in absehbarer Zeit kaum realisieren.

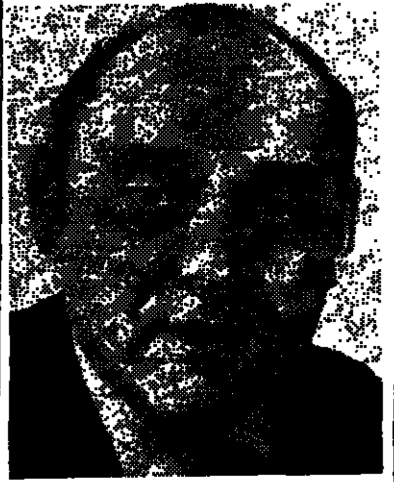
Es stimmt, daß die Regierung Thatcher in der Tat keine wirkliche Währungs- und Zinspolitik besitzt oder besessen hat. Sie ist zu Recht der Ansicht, daß sich die richtigen Währungsrelationen durch freie Marktkräfte zunächst selbst zu bilden haben, und daß das richtige Zinsniveau ebenfalls dem Markt überlassen bleiben sollte – als Ausdruck der monetären Situation. Das Problem besteht aber darin, daß die Thatcher-Administration zu *lauthals* möglichst niedrige Zinsen als das wirtschaftliche Heilmittel propagiert hat.

Trotz allen Krisen-Geredes in Großbritannien bleibt vor allem festzuhalten: Eine Abwertung des Pfundes war aufgrund der schlechteren Wettbewerbsfähigkeit der britischen Wirtschaft höchst erstrebenswert. Daß diese Kurs-Korrektur – einmal in Gang gesetzt – jetzt in einem hoch spekulativen und weitgehend irrationalen Währungsmarkt weit über jedes vernünftige Ziel hinausschießen würde, war nach allen bisherigen Erfahrungen vorauszusagen.

Und daß schließlich die Schußfahrt durch eine kleine Zinskorrektur nicht aufzuhalten war, kam gleichfalls nicht überraschend. Es bedurfte eines massiven Schrittes, um die Markt-Psychologie zu verändern. Auch deshalb ist die Entscheidung des Schatzkanzlers, nach vier Jahren den Mindest-Ausleihesatz, der dem deutschen Diskont entspricht, zu reaktivieren und ihn für einen Tag auf zwölf Prozent zu setzen, nur gutzuheißen, und nicht als Panik-Reaktion zu verurteilen.

Der Vorwurf, den man der Regierung machen muß, gilt ihrer geradezu erbärmlich schwachen Öffentlichkeits-Arbeit im Zusammenhang mit der Pfund-Krise. Widersprüchliche Aussagen, was als nächstes zu tun oder zu lassen sei, haben zusätzliche *Unsicherheit* gebracht. *London* sollte daraus lernen, und vor allem zwei Dinge tun: Unmißverständlicher als in den letzten Wochen auf die Fortsetzung ihres kompromißlosen Antiinflationskurses verweisen und weniger Währungs-Kommentare abgeben, sondern gelegentlich von der Möglichkeit Gebrauch machen, am Devisenmarkt im Frankfurter und Zürcher Stil zu intervenieren, um die Baisse-Spekulanten zu verunsichern.

AUF EIN WORT



„Kein anderes europäisches Land hat eine so große Sortimentsbreite und Sortimentstiefe an Ernährungsgütern anzubieten wie die Bundesrepublik Deutschland. Darüber hinaus gelten deutsche Exporteure als zuverlässig und vertragstreu – dies gibt ihnen einen außerordentlichen Wettbewerbsvorsprung vor anderen Konkurrenten."

Helmut Fahrnschon, Geschäftsführer der Centrale Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft mbH (CMA), Bonn. FOTO: SVEN SIMON

Kein Platin-Engpaß in den EG-Ländern

dpa/VWD, **Berlin**

Die mit der Katalysator-Einführung in den EG-Ländern vorhersehbare *Platinnachfrage ist angesichts* der bereits vorhandenen Förder- und Weiterverarbeitungskapazitäten ohne Schwierigkeiten zu decken. Wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, in seinem jüngsten Wochenbericht schreibt, sei dies umso eher zu erwarten, als der Ausbau der Bergwerkskapazitäten Südafrikas, des weltgrößten Produzenten, offenbar in Zusammenhang mit dem zusätzlichen Platinbedarf stehe.

STROM

RWE: Starke Preiserhöhung für Mitte des Jahres geplant

HANS BAUMANN, **Essen**

Das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk wird seine Strompreise für Tarifabnehmer vom 1. Juli an kräftig anheben. Der Aufschlag wird nach Auskunft der Verwaltung „deutlich über der Strompreiserhöhung zum 1. Juli 1984" von 3,9 Prozent liegen. In dieser Strompreiserhöhung spiegeln sich die allgemein gestiegenen Kosten und zum erstenmal „ein kleiner Teil" der Milliardenaufwendungen aus der gesetzlich vorgeschriebenen Entschwefelung der Rauchgase bis 1988 wider. Allein der Kostenschub aus dieser Umweltmaßnahme wird auf zwei bis drei Pfennig je Kilowattstunde geschätzt.

Zur Kältewelle sagt das RWE, daß am 10. Januar eine Höchstbelastung von fast 24 000 Megawatt erreicht worden sei, also nur noch 1380 MW zur freien Verfügung gestanden hätten. Da aber in absehbarer Zeit neue Kapazitäten von 3500 MW ans Netz gingen, sei dann der Strombedarf bei jährlichen Steigerungsraten von zwei Prozent bis in die neunziger Jahre gedeckt. Im zweiten Halbjahr 1984 betrug der Mehrabruf 3,3 Prozent. Im Januar aber seien bis zu 20 Prozent mehr Strom abgenommen worden.

Diskutiert wird zur Zeit, ob man dem Ruf nach monatlicher Abschlagszahlung auf den Strompreis folgen soll, oder ob es auch künftig bei dem für den Verbraucher günstigeren zweimonatlichen Abschlag bleiben soll.

Bei der geplanten Wiederaufbereitungsanlage wird nach Auskunft des RWE die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufbereitung von Kernelementen am 4. Februar über Standort und Angebot entscheiden. Angebote liegen von Lurgi und KWU vor.

ZENTRALBANKRAT

Märkte sind auf Anhebung der Leitzinsen eingestellt

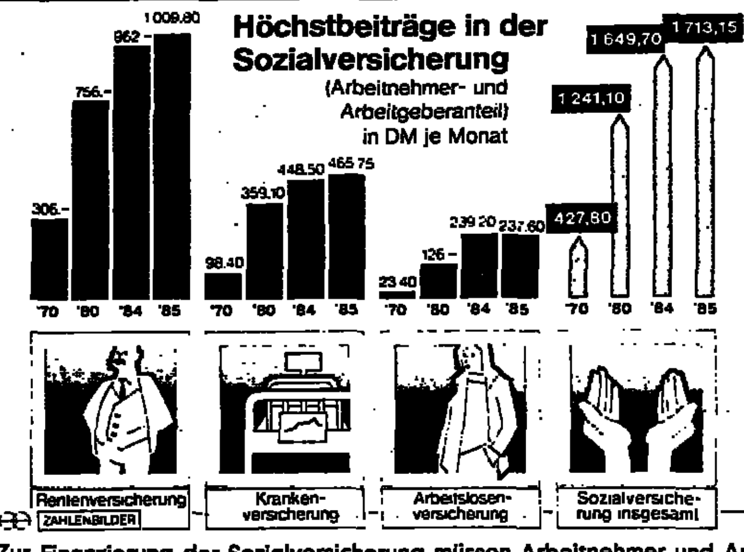
CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

In Bank- und Börsenkreisen haben sich gestern die Erwartungen verstärkt, daß der Zentralbankrat heute eine Leitzinserhöhung beschließen werde, die einen weiteren Höhenflug des Dollars und eine davon ausgehende Importverteuerung, die auf die Inlandspreise durchschlägt, bremsen soll. Allgemein rechnet man mit einer Erhöhung des Lombardsatzes von 5,5 auf sechs Prozent.

*Auch eine Anhebung des Diskon*satzes von 4,5 auf fünf Prozent wird nicht ganz ausgeschlossen, obwohl es in der Bundesbank seit längerer Zeit Bestrebungen gibt, eine größre Spanne zwischen Diskont- und Lombardsatz zu schaffen, innerhalb derer die Bundesbank die Geldmarktzinsen flexibler steuern kann. Viele Bankiers lassen in Gesprächen keinen Zweifel daran, daß sie eine Leitzinserhöhung als unwirksame Waffe gegen die weltweite Dollarhausse betrachten.

Die Märkte haben sich schon seit einigen Tagen auf eine Erhöhung des Lombardsatzes eingestellt. Am Euromarkt sind die D-Mark-Zinsen um etwa 0,375 Prozentpunkte gestiegen, und die Kapitalmarktzinsen in der Bundesrepublik zogen um etwa 0,15 Prozentpunkte an. Kursverluste erlitten vor allem ausländische D-Mark-Anleihen, die aus dem Ausland an *den Markt geworfen* wurden. Auch an der Aktienbörse ist Verunsicherung zu spüren. Spurlos ist der jüngste Zinsanstieg am Devisenmarkt vorübergegangen. Die Tatsache, daß sich die D-Mark in Erwartung einer Leitzinserhöhung und trotz bereits etwas gestiegener Zinsen nicht befestigt hat, spricht nach Meinung vieler Experten dagegen, daß eine Lombardsatzerhöhung die von der Bundesbank erhoffte Wirkung zeigt.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Zur Finanzierung der Sozialversicherung müssen Arbeitnehmer und Arbeitgeber von Jahr zu Jahr tiefer in die Tasche greifen. Ab Januar 1985 steigen die Höchstbeiträge zur Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung auf über 1700 DM. Für Bezieher höherer Arbeitseinkommen ist der starke Anstieg der Sozialbeiträge weitgehend vorprogrammiert durch die Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze, bis zu der die Einkommen abgabenpflichtig sind. Geändert haben sich aber auch die Beitragssätze. QUELLE: ZAHLENBILDER

Stabilisierung vorrangig

Düsseldorf (dpa/VWD) – Eine Stabilisierung der deutschen Binnenwirtschaft ist nach Ansicht von Sparkassenpräsident Helmut Geiger das beste Rezept, die derzeitigen Wech*selkursverzerrungen auszugleichen.* Wenn man im Ausland sehe, daß die Deutschen auf dem Weg zur Gesundung seien, werde es sicherlich nicht bei dem hohen Dollarkurs bleiben, erklärte Geiger vor der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung in Düsseldorf. Eine Anhebung der Leitzinsen hält Geiger in diesem Zusammenhang allerdings nicht für angebracht.

Mehr Strom verbraucht

Frankfurt (dpa/VWD) – Der Stromverbrauch aus dem öffentlichen Versorgungsnetz ist 1984 mit rund 335 Mrd. Kilowattstunden gegenüber dem Vorjahr um 3,9 Prozent gestiegen. Nach Darstellung der Vereinigung deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) zeigt sich darin erneut die enge Koppelung zwischen Stromverbrauch und Wirtschaftswachstum, nachdem sich das reale Bruttosozialprodukt im vergangenen Jahr um 2,6 Prozent erhöht hat.

Subventionen ausreichend

Bonn (Mk.) – Die den deutschen Werften auch in diesem Jahr zur Verfügung stehenden staatlichen Hilfen reichten aus und seien den Verhältnissen angepaßt. Dieses betonte Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann aus Anlaß des 100jährigen Bestehens des Verbandes der Deutschen Schiffbauindustrie in Hamburg. Da sich die deutsche Werftindustrie in den letzten Jahren gegenüber der deutlich höher subventionierten europäischen Konkurrenz behauptet habe, werde die Bundesregierung auch nicht in diesen Subventionswettlauf einsteigen.

Neue Verhandlungen

Paris (dpa/VWD) – Vertreter der wichtigsten westlichen Gläubigerländer Argentiniens und der argentinische Wirtschaftsminister Bernardo Grinspun haben in Paris Verhandlungen über die Umschuldung der Auslandsverbindlichkeiten des Landes aufgenommen. Wie aus französischen Quellen verlautete, will Argentinien von westlichen Regierungen garantierte *Kredite in Höhe von rund* 2,2 Mrd. Dollar im sogenannten „Club von Paris" umschulden lassen. Dabei handelt es sich um zwischen 1982 und 1985 fällig werdende Tilgungen einschließlich Zinsen.

Weitere Zinssenkung

New York (AP) – In den Vereinigten Staaten haben zwei weitere Großbanken ihre Prime Rate um einen viertel Punkt auf 10,5 Prozent gesenkt, nachdem bereits tags zuvor die Manufacturers Hanover Trust ihren Zinssatz für Kredite an erste Adressen entsprechend gesenkt hatte. Diesem Schritt folgten die Citibank und die Chase Manhattan Bank.

Erheblicher Rückstand

München (sz) – Weiter erheblich gestiegen ist beim Bundesfinanzhof (BFH), München, 1984 die Zahl der unerledigten Fälle. In das neue Jahr ist das oberste Gericht des Bundes in Steuer- und Zollsachen mit einem Rückstand von 4993 Verfahren gegangen, gegenüber 4603 Verfahren vor Jahresfrist, ein Plus von 8,5 Prozent. Und dies, obwohl Anfang 1984 beim BFH ein weiterer (IX.) Senat geschaffen wurde. Im Jahresverlauf kamen 3100 *(2927) neue Fälle* zum BFH; 2710 (2391) Verfahren konnten abgeschlossen werden.

Anstieg verlangsamt

Wiesbaden (dpa/VWD) – Der Anstieg der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ist im Dezember weiter zurückgegangen. Wie das Statistische Bundesamt, Wiesbaden, mitteilte, zog das Preisniveau auf der Erzeugerstufe im Berichtsmonat gegenüber dem Vormonat um 0,1 Prozent an und lag damit um 2,8 Prozent höher als im Dezember 1983. Im Jahresdurchschnitt 1984 verteuerten sich die Erzeugerpreise um 2,9 Prozent. 1983 betrug die Preissteigerungsrate 5,8 Prozent.

Kürzung der Lieferungen

Brüssel (dpa/VWD) – Die brasilianischen Stahllieferungen in die EG sollen im laufenden Jahr drastisch gekürzt werden. Wie in Brüssel von der EG-Kommission verlautete, will die Gemeinschaft Brasilien für 1985 Lieferungen über 103 000 Tonnen anbieten. 1984 waren es weit über 200 000 Tonnen.

AGRARWIRTSCHAFT

Mit den Absatzerfolgen im Ausland durchaus zufrieden

ot. **Berlin**

Die deutsche Agrarwirtschaft kann mit den Absatzerfolgen 1984 zufrieden sein; die Bauern weniger mit den *Preisen. Auf diese Formel* brachte Helmut Fahrnschon, Geschäftsführer der Centrale Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft mbH (CMA), Bonn, die aktuelle Lage der Ernährungswirtschaft. Im Export sei ein Rekord erreicht worden. Für 1985 hofft Fahrnschon, wie er gestern in Berlin erklärte, auf eine weitere Festigung der Marktposition der deutschen Agrarwirtschaft.

Insgesamt sind die Ausfuhren an Ernährungsgütern 1984 um 13 Prozent auf 24,3 Milliarden Mark gestiegen. Die Gründe für diese Exportwunder? Fahrnschons Antwort lautet lediglich: Qualität. Allerdings hat der starke Dollar auch geholfen. Besonders erfolgreich sind die deutschen Agrarexporteure in den USA und in den nahöstlichen Ländern gewesen. Rund 60 Prozent der Ausfuhren gehen allerdings in EG-Partnerländer. Erfreut zeigt sich Fahrnschon auch darüber, daß der Rindfleischexport um 70 000 auf 410 000 Tonnen zunahm, denn die Bauern hätten wegen der gekürzten Milchquoten verstärkt Tiere abgeschlachtet.

Zufrieden ist der CMA-Geschäftsführer auch mit der Absatzentwicklung bei Molkereiprodukten. Der Milchverbrauch sei um 1,8 auf 127,5 Kilogramm pro Kopf gestiegen, der Käseverbrauch auf 15,1 (14,7) Kilogramm. Noch stärker nahm der Butterverbrauch um 6,5 bis sieben Prozent zu.

Auf der Grünen Woche in Berlin (25. 1. bis 3. 2.) betreut die CMA wieder die deutsche Länderschau in Halle 20.

EINZELHANDEL / Im vergangenen Jahr konnte kaum ein Zuwachs erreicht werden

Erwartungen verhalten optimistisch

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Der deutsche Einzelhandel hat zwar 1984 rund 13,5 Mrd. DM mehr umgesetzt als im Jahr zuvor, doch freuen mag er sich ob dieses Zuwachses auf rund 470 Mrd. DM nicht so recht. Einmal sind ihm preisbereinigt nur 0,5 von den insgesamt rund drei Prozent Plus geblieben, zum anderen geht das reale Plus gegen null, sieht man den Einzelhandelsumsatz „im engeren Sinne", d. h. ohne den Handel mit *Kraftfahrzeugen, Brenn- und* Kraftstoffen sowie die Apothekenumsätze. Ohne sie stieg der Umsatz nur zwei Prozent auf 371 Mrd. DM. Außerdem sind die Umsatzergebnisse im Jahresverlauf so unterschiedlich und das *Weihnachtsgeschäft insgesamt* etwas „saft- und kraftlos" gewesen, daß auch die Erwartungen für 1985 nur sehr verhalten optimistisch ausfallen.

Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE) geht von einem Plus von drei bis 3,5 (preisbereinigt ein bis 1,5) Prozent aus. HDE-Präsident Wolfgang Hinrichs blickt jedenfalls bedenklich auf die Zahl der Arbeitslosen, die als Umsatzbringer ausfallen. Und die Ausgaben für Konsum gegenüber der Ersparnisbildung böten auch keinen Anlaß für überzogene Erwartungen, es sei denn, sinkende Zinsen könnten einen Anreiz bieten, Konsumwünsche über eine Kreditaufnahme zu erfüllen.

Wenn sich die Hoffnungen für 1985 auf die ersten beiden Monate richten, hat das dieselben Gründe, die bereits im Vorjahr zu „hervorragenden Ergebnissen" führten und die man allzugern auch für das Gesamtjahr gesehen hätte. Aus steuerlichen Gründen wurden nämlich zahlreiche Käufe höherwertiger Gebrauchsgüter vorgezogen. Bezahlt wurden sie mit den aus Steuergründen auf die ersten Monate des Jahres verlegten betrieblichen Sonderzahlungen. Das waren Summen, die 1983 wie auch 1984 bei November und Dezember fehlen. Die Arbeitskämpfe in der Metall- und Druckindustrie gaben der Einzelhandelskonjunktur einen deutlichen Knick, der Herbst brachte wieder eine Normalisierung, ohne daß sich die Grundtendenz der schleppenden Verbrauchskonjunktur merklich geändert hätte.

So tröstet sich der Handel einstweilen mit seiner Rolle als Stabilisator der Verbraucherpreise. Während ihr Index Jahresdurchschnitt 1984 nur um 2,1 Prozent über dem Vorjahr lag, seit August sogar mit einer „Eins vor dem Komma", lag er für die gesamte Lebenshaltung um 2,4 Prozent höher, bei Verbrauchs- und Gebrauchsgütern um 2,1 und bei Dienstleistungen und Reparaturen um 2,2 Prozent über dem Vorjahr.

ISRAEL / Werden Lohn- und Preisstopps verlängert?

Die Inflation eingedämmt

AFP, Jerusalem

Der Anfang November in Israel eingeführte Lohn- und Preisstopp hat es nach den Angaben des Statistischen Zentralamtes in Jerusalem ermöglicht, die Teuerung im Dezember auf 3,7 Prozent zu begrenzen. Sie hatte im Monat zuvor noch 19,5 Prozent betragen. Die Sozialpartner hatten den „Pakt" zusammen mit der Regierung für eine Periode von drei Monaten unterzeichnet. Gleichzeitig wurde die sogenannte „Teuerungszulage", die eine teilweise Indexierung der Einkommen auf die Inflation ermöglichte, gekürzt. Die israelischen Lohnbezieher werden Ende dieses Monats erstmals keinerlei Prämie erhalten, also Kaufkraft verlieren.

Nach Ansicht von Experten ändert der Erfolg im Kampf gegen die Inflation an der weiterhin äußerst ernsten Wirtschaftslage Israels nur wenig. Finanzminister Yitzhak Modai bemühte sich, alle Illusionen zu zerstreuen. Er befürchte, daß manche versucht sein könnten, zum „Dolce vita" zurückzukehren und auf weitere Anstrengungen zu verzichten, sagte er. Er verwies darauf, daß die Inflation 1984 in Israel den Rekordstand von 444 Prozent gegenüber 190 Prozent im Jahr zuvor erreichte.

Israel Keysar, Generalsekretär der Gewerkschaftszentrale Histadruth, begrüßte ebenfalls das Dezemberergebnis. Er bedauerte jedoch, daß die Regierung „keinerlei Plan" für die dauerhafte Sanierung der israelischen Wirtschaft vorlegt. Diese Ansicht wird von Wirtschaftskreisen geteilt. Sie weisen darauf hin, daß der für die Preis- und Lohnblockade abgeschlossene Sozialpakt bereits am 4. Februar ausläuft. Ein neues Abkommen zur Verlängerung sei dringend notwendig, da sonst die Gefahr bestehe, daß die versäumten Preissteigerungen nachgeholt würden.

In diesem Punkt sind sich die Partner einig. Dennoch könnte es Schwierigkeiten während der Diskussion geben. Dies gilt insbesondere für die hart umstrittene Frage der Subventionen für Grundnahrungsmittel (Brot, Speiseöl, Margarine, Eier) und den öffentlichen Personentransport. Sie betragen monatlich rund 100 Mill. Dollar. Finanzminister Modai forderte wiederholt eine drastische Senkung der Subventionen. Der Präsident des Gewerkschaftsverbandes will aber nur einer schrittweisen, die Situation des Einzelnen berücksichtigenden Senkung zustimmen.

ITALIEN / Währungs- und Kreditbehörden richten sich nach Entwicklung im Ausland

Realzinsen weiter auf hohem Niveau

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Italienische Finanzexperten rechnen damit, daß die positiven Realzinsen am Kapitalmarkt sich 1985 auf dem hohen Niveau halten. Gegenwärtig beträgt der Realzins für Dreimonats- und Sechsmonats-Schatzwechsel sechs und fünf Prozent; das liegt über dem für vergleichbare US-Papiere. Langfristige Obligationen privater oder öffentlicher Emittenten (ohne Schatzpapiere) kommen auf 4,5 Prozent.

Einen positiven Realzins gibt es in Italien erst wieder seit Anfang 1981. Seitdem ist er – von einer kurzen Pause während des Jahres 1983 abgesehen – ständig gestiegen. Damit erhielten die Sparer eine gewisse Wiedergutmachung für die Zeitspanne zwischen Anfang 1972 und Ende 1980, in der ihre Anlagen von der Inflation angenagt worden waren und der negative Realzins gegen Ende *1984* vorübergehend sogar zehn Prozent erreicht hatte.

Die bisher letzte im Dezember vergangenen Jahres emittierte Tranche der einjährigen indexierten Schatzamtszertifikate (CCT) hat einen Effektivzins von 15,6 Prozent. Sollte es, wie von der Regierung geplant, gelingen die Inflation von jetzt neun auf sechs Prozent am Jahresende zu vermindern, würde die positive Realverzinsung in diesem Fall beinahe zehn Prozent erreichen. Ungefähr das, was private Anleihen in den USA gegenwärtig real an Zinsen bringen.

Die hohe reale Verzinsung wird Finanzbeobachtern zufolge auch anhalten, wenn der Nominalzins weiter sinkt. Nach der Anfang Januar erfolgten Diskontsenkung um einen Punkt auf 15,5 Prozent ist die Lage wiederhergestellt, die vor der Diskonterhöhung im September bestand. Auch in den nächsten Monaten werden Pausen in dem Zinssenkungsprozeß eintreten, sobald die Preisentwicklung Zeichen neuer Spannungen erkennen läßt, meinen Experten.

Bei ihrer vorsichtigen, die hohen Realzinsen kennzeichnenden Politik gehen die italienischen Währungs- und Kreditbehörden in erster Linie von der Zinsentwicklung im Ausland aus. Dieser Anpassung ist es deshalb auch hauptsächlich zu verdanken, daß trotz weiter hoher Inflationsdifferenz und der negativen Entwicklung des Zahlungsverkehrs mit dem Ausland die Lira im Europäischen Währungssystem (EWS) seit über einem Jahr eine vergleichsweise starke Haltung zeigt. Erst an zweiter Stelle der italienischen Zinspolitik und des Schatzministeriums stehen dagegen die hohe Staatsschuld und das hohe Staatsdefizit. Aufgrund des hohen Fehlbetrags ist kein Abbau der Realzinsen zu erwarten.

Wenn alles gut geht, wird das Staatsdefizit 1985 gerade in der Höhe des vergangenen Jahres eingefroren. Dazu wird es aber notwendig sein, daß nicht nur alle geplanten Steuermaßnahmen ohne Abstriche über die parlamentarischen Hürden kommen, sondern die Gewerkschaften auch in der Praxis die Regierungsentscheidung akzeptieren, die Einkünfte der öffentlichen Bediensteten nicht stärker wachsen zu lassen als die erwartete Inflation. Selbst in diesem Fall wird die Staatsverschuldung die höchste der westlichen Industrieländer bleiben; 85 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Die Realverzinsung und die große Zinsenlast, die das Budget zu verkraften hat (1984 stieg der Zinsendienst gegenüber dem Vorjahr um 21,7 Prozent auf 61 000 Mrd. Lire und erreichte damit rund dreiviertel des Fehlbetrages), werden die Rufe nach Versteuerung der Schatzpapiere auch 1985 nicht verstummen lassen.

AEROSPACE / London verkauft die restlichen Aktien

Öffentliches Angebot im Mai

WILHELM FURLER, London

Die Regierung Thatcher wird ihren Anteil in Höhe von 48,43 Prozent an dem ehemals staatlichen Luft- und Raumfahrtkonzern British Aerospace verkaufen. Das hat Handels- und Industrieminister Norman Tebbit in seiner ersten Ansprache im Unterhaus seit seiner schweren Verletzung beim Bomben-Attentat in Brighton jetzt angekündigt. British Aerospace hatte das ehrgeizige Privatisierungs-Programm der Thatcher-Administration im Februar 1981 eingeleitet, als die Hälfte der Aktien mit großem Erfolg verkauft worden war. Nur vier Jahre zuvor war das Unternehmen von der letzten Labour-Regierung verstaatlicht worden.

Die verbleibenden Aktien an dem Unternehmen, das sehr stark von Regierungs-Aufträgen lebt, sollen im Frühsommer der Öffentlichkeit angeboten werden, aller Voraussicht nach im Mai. Börsen-Experten rechnen damit, daß der Aktien-Verkauf gut 350 Millionen Pfund oder 1,25 Milliarden Mark in die Regierungskasse bringen wird. Der Verkauf der ersten Hälfte an British Aerospace vor vier Jahren hatte zum Vergleich nur 150 Millionen Pfund eingebracht.

Energisch dementierte Minister Tebbit Anschuldigungen, die Regierung habe sich wegen der Pfundkrise und des dadurch ausgelösten Drucks auf ihre Finanz-Planung zu dem Verkauf hinreißen lassen. Tebbit zufolge ist diese Maßnahme die logische Ausführung der bereits verkündeten *Regierungs-Politik, Minderheits-Beteiligungen* an denationalisierten Unternehmen zu veräußern.

Allerdings ist anzunehmen, daß die Verschiebung der Privatisierung der Luftfahrtgesellschaft British Airways den Verkauf des Restanteils an dem Flugzeug-Hersteller erheblich beschleunigt hat. Der Schatzkanzler hat in seinem letzten Herbst-Statement angedeutet, daß allein im Finanzjahr 1985/86 Staatsbeteiligungen im Wert von 2,5 Milliarden Pfund veräußert werden sollen.

Mit einer einzigen, sogenannten „goldenen Aktie" will die Regierung sicherstellen, daß British Aerospace nicht in ausländischen Besitz übergehen kann. Gleichzeitig mit dem Verkauf des Regierungsanteils von 48,43 Prozent wird die Ausgabe neuer Aktien in erheblicher Größenordnung vorgenommen. Obwohl Einzelheiten nicht vorliegen, wird die Ausgabe der Aktien zwischen 150 und 180 Millionen Pfund einbringen.

ERDÖL / Norwegen handelt Abgabepreise frei aus

Verläßt Nigeria die Opec?

dpa/VWD, Dawhah

Nachdem Norwegen seinen offiziellen Ölpreis zugunsten individuell verhandelter Preise aufgegeben hat, gibt es neue Gerüchte um einen Opec-Austritt Nigerias, dessen Öl in direkter Konkurrenz zum Nordseeöl steht. Im staatlichen Rundfunk des Ölemirats und Opec-Mitglieds Katar hieß es: „*Beobachter erwarten, daß* Nigeria seine Mitgliedschaft in der Opec beendet, mit der Konsequenz weiterer Senkungen des Rohölpreises, was den Anfang vom Ende der Organisation signalisieren könnte."

Norwegen hatte seinen offiziellen Ölpreis von 28,50 Dollar je Barrel (159 Liter) am Montag aufgegeben. In Zukunft will Oslo den Preis in direkten geheimen Verhandlungen mit seinen Abnehmern und damit näher am freien Marktpreis festsetzen. Eine Zahl wollten Sprecher der staatlichen Ölgesellschaft Statoil nicht nennen. „Wir passen uns an den Weltmarktpreis an", hieß es, „doch wir wollen nicht Marktführer sein. Würden wir einen Preis nennen, so könnte dieser als der offizielle Nordseeölpreis angesehen werden."

Aufgrund des direkten Wettbewerbs mit dem Nordseeöl hat Nigeria in den letzten zwei Jahren bereits zweimal die Opec durch einseitige Preissenkungen erschüttert. In der Analyse hieß es, der gegenwärtige Aufwärtstrend der Preise an den freien Ölmärkten resultiere lediglich aus der Kältewelle in Europa und sei nicht die Folge der Beschlüsse der Genfer Opec-Konferenz im Dezember zur strikteren Kontrolle der Ölförderung. Gegen diese Beschlüsse hatte Nigeria opponiert, aber alle Gerüchte zurückgewiesen, daß es die Opec verlassen werde. Die Ölminister der Opec sind inzwischen zu einer neuen Sondersitzung am 28. Januar nach Genf zusammengerufen worden.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Post-Auftrag für Krone

Berlin (dpa/VWD) – Die Krone GmbH, Berlin, hat von der Deutschen Bundespost einen 20-Mill.-DM-Auftrag über die Lieferung von 150 000 Kompakttelefonen erhalten. Außerdem soll Krone für mehrere Millionen DM das herkömmliche Kupferkabelnetz in Berlin bis zur Internationalen Funkausstellung Ende August 1985 mit dem neu entstehenden Glasfasernetz „vermaschen". Das Unternehmen steigerte 1984 den Umsatz um knapp 14 Prozent auf 250 Mill. DM. Beschäftigt werden in Berlin rund 1 500 Mitarbeiter.

Bär erhöht Dividende

Frankfurt (cd.) – Die Bank Julius Bär + Co AG, Zürich, weist für 1984 eine Bilanzsummensteigerung von 589 Mill. auf gut 2,4 Mrd. sfr aus, wovon 250 Mill. auf die Umwandlung der New Yorker Tochter in eine Filiale und 100 Mill. auf den Dollarkursanstieg entfallen. Aus dem um 23 Prozent auf 23,8 Mill. sfr gestiegenen Reingewinn werden 11 (9) Mill. sfr den Reserven zugewiesen und 16 (15) Prozent Dividende auf das von 67,5 auf 82,5 Mill. sfr erhöhte Aktienkapital ausgeschüttet.

Asko setzt mehr um

Saarbrücken (dpa/VWD) – Die Asko Deutsche Kaufhaus AG , Saarbrücken, hat im Geschäftsjahr 1984 ein Umsatzplus von 10 Prozent erzielt. Wachstumsträger waren die Adler-Modemärkte (plus 25 Prozent) und Praktiker-Baumärkte (plus 13 Prozent). 1983 hatte die Gruppe weltweit fast 1,75 Mrd. DM umgesetzt. Vorstandschef Helmut Wagner rechnet 1984 mit einem um 40 Prozent *höheren Jahresüberschuß* (nach Steuern) als ein Jahr zuvor.

Beteiligung in Ungarn

Ludwigshafen (VWD) – Als erste Beteiligung der BASF-Gruppe im Ostblock hat die Elastogran GmbH, Lemförde, gemeinsam mit ungarischen Partnern die Kemipur-Polyurethan-Systeme GmbH in Solymar bei Budapest gegründet. Am Kemipur-Kapital ist Elastogran mit 49 Prozent beteiligt.

Neuer Schwerpunkt

Frankfurt (cd.) – Die zur Oetker-Gruppe gehörende Bankgesellschaft von *1899* AG, Frankfurt, berichtet über eine 14prozentige Steigerung der Bilanzsumme auf 1,07 Mrd. DM und ein zufriedenstellendes Ergebnis. Die überwiegend in Hessen, Baden-Württemberg sowie Bayern und neuerdings auch im norddeutschen Raum im Kredit- und Einlagengeschäft mit Kunden aus Industrie und Mittelstand aktive Bank entwickelt die Betreuung und Beratung vermögender Privatkunden zu einem neuen Geschäftsschwerpunkt. Das Kreditvolumen stieg 1984 um 47 auf 485 Mill. DM, die Kundeneinlagen wuchsen um 34 auf 267 Mill. DM.

FRANKREICH / CGE verhandelt mit Siemens

Kooperation bei Telefonen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französisch-italienische Allianz im Telefonbereich könnte um eine deutsche Beteiligung erweitert werden. Nachdem Cit-Alcatel, eine Tochter der verstaatlichten Compagnie Generale d'Electricité (CGE) mit der zur staatlichen italienischen STET gehörenden Itatel im Oktober 1984 einen Kooperationsvertrag unterzeichnet hat, wurden inzwischen Verhandlungen mit der deutschen Siemens AG aufgenommen, wie die CGE-Verwaltung erklärte. Auch Siemens bestätigte dies und rechnet noch im Januar mit einem Vertragsabschluß.

Bei dem Projekt geht es um die gemeinsame Entwicklung elektronischer Baugruppen und Schaltkreise für das „Telefon der Zukunft". Zu diesem Zweck soll ein einheitlicher Standard für ein integriertes digitales Kommunikationsnetz (ISDN) erarbeitet werden. Praktisch hieße das die Verwendung von Glasfasern für die Übermittlung von Telefon- wie *Computer-Informationen.*

Die Dreier-Allianz könnte, wenn sie zustande käme, erweitert werden, um die europäischen Spezifikationen beim Telefonmaterial zu harmonisieren, heißt es in Paris. Mittelfristig käme man so zu Systemen, deren Bauelemente teilweise oder vollständig gemeinsam produziert würden. Auch auf deutscher Seite ist man der Auffassung, daß sich jedes europäische Land ein eigenes Telefonnetz aufbauen sollte.

Die CGE hat auch im Privattelefonbereich und bei den Minicomputern Initiativen ergriffen. Ihre Tochter Telec-Alcatel unterzeichnete mit Hewlett-Packard einen Kooperationsvertrag und verhandelt gegenwärtig mit Apple und Bull sowie der amerikanischen Wang. Wang-Präsident Geoffroy de Belloy hat kürzlich den Bau eines Werks in Rouen (Normandie) in Aussicht gestellt.

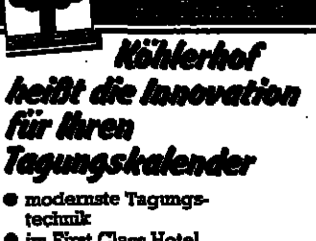












DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

BADEN-WÜRTTEMBERG / Neue Exportakademie

Ausbildungslücke geschlossen

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Mit Blickrichtung auf die überdurchschnittlich hohe Exportabhängigkeit der Wirtschaft des Bundeslandes Baden-Württemberg, die jede dritte Umsatzmark im Auslandsgeschäft hereinholt, werden im Südwesten spezifische Ausbildungs- und Fortbildungsaktivitäten gebündelt. Anfang Oktober letzten Jahres hat an der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft in Reutlingen die Exportakademie Baden-Württemberg ihren Studienbetrieb aufgenommen. Diese Institution stellt ein Modell dar, in dem man fachspezifisches Hochschulstudium, praktische Erfahrung und auf bestimmte Verwendungsbereiche zielendes Zusatzstudium auf neue Art zu verknüpfen versucht. Lediglich in Bremen gibt es bisher eine ähnliche Einrichtung.

Mit der Exportakademie, die zunächst über 23 Plätze pro Semester verfügt, wolle man nach Angaben des kommissarischen Leiters Rolf Pfeiffer eine Lücke im Ausbildungssystem der Hochschulen schließen und eine „spezialisierte Marketing-Grundausbildung" von Spezialisten der verschiedenen Disziplinen für einen internationalen Einsatz anbieten. Das Aufbaustudium kann als Vollzeit- (3 Semester) oder als Teilzeit-Studium (6 Semester) absolviert werden. Der Studienplan umfaßt 11 Lehrgebiete, angefangen von Betriebswirtschaftslehre, über Auslandsmarketing, Recht, Verhandlungsführung, bis hin zu Wirtschaftssprachen, Organisation und Unternehmensplanspielen. Nach Bestehen aller Prüfungen für die 11 Block-Lehrveranstaltungen wird der staatliche Titel „Diplom-Auslands-Projektkaufmann-Export-Akademie" verliehen. Voraussetzungen für die Aufnahme sind ein abgeschlossenes Hochschulstudium sowie eine Eignungsprüfung.

Der Export-Akademie ist ein beratendes Kuratorium zugeordnet, das aus Vertretern von Unternehmen, Hochschulen, Ministerien, der Export-Stiftung und der Stadt Reutlingen besteht. Ziel der neuen Akadamie ist es, insbesondere die mittleren und kleinen Betriebe auf diese Weise bei einer Intensivierung des Exports zu unterstützen.

GEBEKA / Keine Risikofinanzierung

Expansive Beteiligungspolitik

JB. Hamburg

Die Gebeka Gesellschaft für Beteiligungen und Kapitalverwaltungen mbH & Co, Hamburg, wird in diesem Geschäftsjahr 1984/85 (31. 3.) kräftig expandieren. Nach Angaben der beiden Geschäftsführer Hellmut Rother und Günter Sostmann hat die private, unabhängige Beteiligungsgesellschaft eine Beteiligung an einem mittelständischen Verpackungshersteller und an einer Druckerei erworben. Kurz vor dem Abschluß stehe die Beteiligung an einem Hersteller elektronischer Meß- und Steuerungsgeräte. Die Gesamtzahl der Finanzbeteiligungen beträgt 14 mit einem Kommanditkapital von 27 Mill. DM.

Die Kapitalbeschaffung für die neuen Engagements verlief nach Angaben der Geschäftsführer ohne Schwierigkeiten. Das Anfang 1984 vorhandene Kapital ist voll angelegt und die Kapitalerhöhung um 4 auf 27 Mill. DM aus dem Kreis der 250 Gesellschafter voll aufgebracht worden. Für das Jahr 1985 seien somit die Voraussetzungen geschaffen, weitere Beteiligungen bei mittelständischen Unternehmen einzugehen. Zur Zeit gebe es Verhandlungen mit einem Autozubehör-Exporteur, einer Konservenfabrik und einem Getriebehersteller. Auf längere Sicht strebe die Gebeka Beteiligungen an etwa 25 Firmen an mit einem Kapitaleinsatz von rund 50 Mill. DM.

Zum Geschäftsjahr 1983/84 erklären die Geschäftsführer, daß die Entwicklung zufriedenstellend verlaufen sei. Die Gebeka, deren haftende Gesellschafterin die Wölbern Beteiligungsgesellschaft mbH & Co (Bankhaus Wölbern) ist, weist einen Jahresüberschuß von 2,92 (2,21) Mill. DM aus. Die Kommanditisten haben 12,7 Prozent auf ihre Einlagen erhalten.

Das Konzept der Gebeka bleibe unverändert, heißt es. Auf der einen Seite sei man an der Stärkung der Ertragsbasis von mittelgroßen Unternehmen interessiert, andererseits auf die Erzielung einer angemessenen Rendite für die Gesellschafter ausgerichtet. Sanierungsfälle und Risikobeteiligungen suche man nicht. Die Schwierigkeiten des Geschäfts liegen, wie es heißt, nicht bei der Kapitalbeschaffung, sondern im Aufspüren geeigneter Unternehmen.

TYLER / Nun im Besitz des Geschäftsführers

Trennung von der US-Mutter

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Die Tyler Refrigeration Corporation, Niles/Michigan (USA), nach eigener Einstufung weltweit führender Hersteller von gewerblichen Kühlmöbeln, hat sich von ihrer deutschen Tochter getrennt. Zum Jahresbeginn 1985 ging die Tyler Refrigeration GmbH, Limburg, in den Besitz des bisherigen Geschäftsführers Heinrich Büns über. Die GmbH bleibt aber Lizenznehmer der US-Gesellschaft, die mit rund 100 Mill. Dollar Umsatz und 11 000 Beschäftigten zum Sanitär- und Armaturenkonzern American Standard – in Deutschland als Ideal Standard vertreten – gehört. Die Trennung wird von Tyler mit der „strategischen Geschäftsentscheidung" der eigenen Mutter begründet, Märkte außerhalb der USA nur noch über selbständige Lizenznehmer zu versorgen.

Büns sieht aber auch aus deutscher Sicht Vorteile der Loslösung. Zum einen sei es möglich, sich im Design stärker an den europäischen Geschmack anzupassen als bisher. Zum anderen werde man auch von den Materialbezügen aus den USA (und damit vom Dollarkurs) unabhängiger, die bisher die Beschaffungspolitik bestimmt hätten. Tyler Limburg hat dazu nicht nur die eigene Produktion ausgeweitet, sondern darüber hinaus auch Verträge mit einer ganzen Reihe kleiner und mittlerer Zulieferer aus dem eigenen Umfeld abgeschlossen.

Nachdem 1984 der Umsatz des Unternehmens um ein Drittel auf 16 (12) Mill. DM gestiegen ist, plant Büns für 1985 eine Steigerung um 20 Prozent. Damit soll auch das Ertragsbild sich weiter aufhellen. Im vergangenen Jahr hatte Tyler Limburg einen kleinen Gewinn erzielt, nachdem 1983 noch mehr als 3 Mill. DM Verlust unter dem Strich gestanden hatten.

Etwa drei Viertel seiner Umsätze erzielt das Unternehmen im Ausland. Der größte Einzelmarkt ist Großbritannien, wo durch einen Händlervertrag mit einem der führenden Unternehmen die eigene Basis jetzt noch verstärkt wurde. Den europäischen Markt teilen sich die Limburger mit dem zweiten Tyler-Lizenznehmer in Europa, Baeza & Matali in Barcelona. Mit den Spaniern wird auch in der Produktion zusammengearbeitet, sie fungieren als Zulieferer.

RWE / Dividendenkontinuität soll gewahrt werden – Vor Kraftakt bei Investitionen

Auf dem Weg in rauhere Gewässer

HANS BAUMANN, Essen

Der Panzerkreuzer Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke AG (RWE), Essen, bisher heftig von der Konkurrenz wegen seiner Gelassenheit gegen konjunkturelle Ausschläge und politische Ranküne, gerät in rauhere Gewässer. Die Attacken der Grünen und anderer „sogenannter Fachleute" (Vorstand Günther Klätte) gegen die Braunkohle und für die Stillegung der Gruben im Rheinland zeigen zum ersten Mal Wirkung. Eine Entwicklungsregion werde durch solche Forderungen entstehen. Mindestens 35 000 Arbeitsplätze stünden auf dem Spiel, die auch nicht bei erhöhtem Einsatz von Kernkraft ersetzt werden könnten. Klätte: Es sei verrückt, daß ausgerechnet, die, die nach Abkehr von der Kernkraft gerufen hätten, nun die Braunkohle ausschalten wollten, die durch nichts anderes als eben durch Kernkraft ersetzt werden könnte.

Aber nicht nur bei der Produktion, bei Genehmigungsverfahren, bei der Entschwefelung und Entstickung und bei der Bewältigung der künftig anfallenden riesigen Mengen an Gips aus der Entschwefelung steht das RWE vor harten Jahren. Der Kostenschub aus diesen Aufgaben macht es bereits im Juli nötig, die Strompreise allein für Tarifabnehmer „deutlich kräftiger" als vor einem Jahr mit 3,9 Prozent zu erhöhen.

Da sich aber die Milliarden, die für den Umweltschutz investiert werden müssen, nicht in der Produktivität wieder auszahlen, und neu anlaufende Kraftwerke hohe Startkosten verursachen, wird der wohlthesaurierte Stromriese zumindest auf der Stromseite, die immerhin zu 51 Prozent zum Ergebnis beiträgt, Federn lassen müssen. Vor welchem Kraftakt das Haus steht, zeigt die Tatsache, daß bis 1988 Investitionen von rund 31 Mrd. DM erforderlich würden, wenn von heute auf morgen alle laufenden Genehmigungsverfahren positiv beschieden würden. Da diese Mittel trotz des satten Cashflows des Konzerns nur „in erheblichem Maße über den Kapitalmarkt" beschafft werden könnten (Finanzvorstand Friedhelm Gieske), würden auch deutliche Schatten auf den immer noch blendenden Verschuldungsgrad von unter „2" fallen.

Es drängt sich aber die Frage auf, ob der günstige Zins nicht bald eine neue Kapitalerhöhung empfiehlt, oder ob die Aktionäre mit einem Dividendenabschlag die absehbare Talfahrt verkürzen könnten. Die Antwort von Friedhelm Gieske läßt keine Zweifel: Keine Kapitalerhöhung in den nächsten beiden Jahren, da der Zins gerade eine Fremdfinanzierung anbiete.

Und eine Kürzung der der Hauptversammlung am 28. Februar vorgeschlagenen Dividenden von wieder 16 Prozent auf das Aktienkapital von 2,25 Mrd. DM, das zum ersten Mal voll dividendenberechtigt ist und eine Dividendensumme von 360 (288) Mill. DM erfordert, „das darf nicht passieren" lautet der Imperativ Gieskes an das eigene Haus. Ebenso werde man zu verhindern wissen, daß der Strombereich von den übrigen Konzerngesellschaften alimentiert werde, der für 1983/84 eine dreistellige Millionensumme an die Mutter ablieferte und auch im neuen Jahr gute Erträge verspricht, nachdem UK Wesseling saniert wurde und „nicht mehr zu den Ausscheidungskandidaten" am Mineralölmarkt gehört (Gieske).

Denkbar ist für die Verwaltung jedoch, daß die Dotierung der Rücklagen auf Null reduziert wird, nachdem bereits im Berichtsjahr eine Kürzung von 100 auf 50 Mill. DM vorgenommen wurde. Bei einem „guten" Eigenkapitalanteil von immer noch 34 Prozent der Bilanzsumme und offenen Rücklagen von über 3 Mrd. DM sollte diese Durststrecke gemeistert werden.

Diese Aussage wird gestützt vom Konzernergebnis je Aktie. Auf Basis von 2,25 Mrd. DM Kapital beträgt es 20,73 DM. Rechnet man dieses Ergebnis aber zurück auf die vorjährige Kapitalbasis, so kommt man auf 24,39 DM, die mit den effektiv 20,18 DM ein Jahr zuvor verglichen werden müssen. Die Ergebnisse haben sich also bei mehreren Konzernunternehmen deutlich verbessert und wurden wiederum zu Kapitalerhöhungen verwendet, die in den kommenden Jahren als höhere Dividenden an die Mutter in Essen zurückfließen werden.

Die Investitionen des Konzerns liegen mit 3,7 Mrd. DM um 500 Mill. DM unter denen des Vorjahres, weil die Aufschlußphase von Hambach beendet ist. Rechnet man aber die 1,56 Mrd. DM hinzu, die als Objektfinanzierung über Leasing- und Beteiligungsgesellschaften aufgebracht wurden, so hat der Konzern im Berichtsjahr Investitionen von 5,3 (5,7) Mrd. DM veranlaßt, die aus Mitteln der Innenfinanzierung aufgebracht wurden. Dieses Volumen wird in den nächsten Jahren deutlich steigen.

Erwähnenswert erscheint aus Umweltgründen noch die Tatsache, daß das RWE allein im Berichtsjahr 442 Mill. DM für künftige Kernkraftentsorgung zurückstellte. Diese Vorsorgemittel haben inzwischen ein Gesamtvolumen von 2,22 Mrd. DM.

Zum laufenden Geschäftsjahr 1983/84 (30. 6.): Strompreiserhöhungen und Mehrabsatz werden die Sonderbelastungen aus Pachten und Umweltschutz nicht ausgleichen. Dagegen aber gibt es keine Sonderbelastungen mehr aus Bergbau UK Wesseling und Biblis C.

RWE	1983/84	±%
Umsatz (Mill. DM)		
Konzern	26 759	+ 11
AG	14 157	+ 9,2
Absatz (GWh)	121 653	+ 4,7
dav. Eigenerzug. (%)	77	(76)
Netz (km)	139 685	+ 2,6
Belegschaft (Konzern)	70 359	(70 354)
Brutto-Cash-flow [1])		
Konzern	4784	+ 12,7
AG	2324	+ 10,2
in Prozent d. Umsatzes		
AG	16,4	(18,3)
Nettogewinn [2])		
Konzern	1098	(965)
in Prozent d. Umsatzes	4,1	4,0
Umsatzrendite (AG)	2,9	(3,1)
Investitionen Mill. DM		
Konzern	3736	- 12,4
AG	1879	
Netto-Cash-flow [1])		
Konzern	3211	+ 17,7
AG	1201	- 8,0

[1]) Jahresüberschuß + Zuf. zu langfr. Rückst. + Abschr. ± ao. Positionen + EEV-Steuern; netto: Minus EEV-Steuern, minus Dividendensumme. [2]) Gewinn pro Aktie 50 DM nom. AG 12,54 (15,55) DM, Konzern 24,39 (21,44) DM. Vorjahr nur ein Viertel des neuen AK von 2,25 Mrd. DM dividendenberechtigt.

Maier übernimmt Raffinerie Weiss

dos. Dollbergen

Die Dr. Dr. Anton Maier AG, Dollbergen, führender Altölaufbereiter in Europa, hat die Hamburger Mineralöl-Raffinerie Weiss & Co. übernommen. Nach Angaben von Maier beläuft sich die Altöl-Aufarbeitungskapazität der Hamburger Raffinerie auf jährlich 20 000 t. Weiss sei eine der erfahrensten deutschen Zweitraffinerien. Um den hohen Bekanntheitsgrad und die vorhandene Marktposition zu nutzen, werde das seit über 50 Jahren bestehende Unternehmen auch künftig unter dem Namen Weiss & Co. firmieren. Der bisherige geschäftsführende Gesellschafter, Hans O. A. Koehn, sei als technischer Berater für die Dr. Dr. Anton Maier AG gewonnen worden.

Mit der Übernahme von Weiss durch Maier, so heißt es, würden sich im deutschen Altölmarkt keine wesentlichen Veränderungen ergeben. Neben dem Dollbergener Unternehmen seien noch fünf weitere Mitbewerber im Markt tätig. Immerhin hat Maier aber seine ohnehin starke Stellung weiter ausgebaut. Das Unternehmen hatte zuletzt seine Aufarbeitungskapazität mit rund 200 000 t angegeben. Insgesamt falle in der Bundesrepublik pro Jahr rund 500 000 t Altöl an. Maier erreichte 1984 einen Umsatz von 150 Mill. DM. Für das laufende Jahr war eine Steigerung von mindestens 20 Prozent prognostiziert worden. Dieses Ziel dürfte durch den Zukauf von Weiss relativ problemlos zu erreichen sein.

FUCHS PETROLUB / Rückgang bei Kraftstoffen und Heizöl

Noch im Januar an die Börse

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Deutsche Kapitalanleger können sich in einem neuen Spezialwert engagieren: Vom 21. Januar an werden neun Mill. DM Vorzugsaktien der Fuchs Petrolub AG Oel + Chemie, Mannheim, über ein Konsortium unter Führung der Deutschen Bank, zum Verkauf angeboten. Der Emissionskurs beträgt 100 DM je 50-DM-Aktie, und das Papier ist mit einer Dividende ausgestattet, die um 1 DM über dem Satz der 21 Mill. DM Stammaktien liegen wird.

Für 1985 strebt der Schmierstoff-Spezialist eine Vorzugsdividende von 5 DM je Aktie an. Dazu wird eine erhebliche Verbesserung des Ergebnisses nötig sein: Trotz einer Kapitalerhöhung um gut 2 Mill. DM im November 1984 auf 21 Mill. DM Grundkapital und der weiteren Aufstockung auf 30 Mill. DM durch die Vorzüge, soll das DVFA-Ergebnis auf dem Vorjahresniveau von 8,50 DM je Aktie gehalten werden.

Die Fuchs Petrolub AG ist die Holding-Gesellschaft einer Gruppe von zehn aktiven Unternehmen, davon vier Produktionsgesellschaften, fünf Vertriebs- und Handelsfirmen sowie einer Grundstücksgesellschaft. Das Familienunternehmen – 51 Prozent der Stammaktien liegen nach wie vor bei der Familie Fuchs – ist seit mehr als 50 Jahren im Geschäft mit Schmierstoffspezialitäten tätig.

Im vergangenen Jahr wurde mit 710 (731) Mitarbeitern ein Umsatz von 306 (321) Mill. DM erzielt. Der Rückgang kam in erster Linie durch eine größere Zurückhaltung im Streckengeschäft mit Kraftstoffen und Heizöl (32 nach 46 Mill. DM Umsatz) zustande, das Fuchs neben dem Stammgeschäft (274 nach 275 Mill. DM) aus Serviceerwägungen weiterbetreibt.

Die Fuchs Petrolub AG ist die Nachfolgerin einer Beteiligungs-KG, mit der die Familie sich schon 1975 außenstehenden Kapitalgebern geöffnet hatte. Zueletzt hatte diese KG 45 Kommanditisten, darunter auch die Banken, die jetzt 28 Prozent der Stammaktien halten.

Neben der Inlandsgruppe existiert – ebenfalls zu wesentlichen Teilen in Familienbesitz, aber rechtlich wie kapitalmäßig von der deutschen Holding unabhängig – eine Auslandsgruppe mit 34 Firmen in aller Welt. Diese Gruppe wird von der Fuchs Interoil, Mannheim, (Familienanteil: 76 Prozent), teils direkt, teils über die Schweizer Finanzierungsholding Fuchs Petrolub AG (seit 1983 in Zürich notiert), versorgt.

In der Familie bestehe Bereitschaft, diesen Auslandskonzern in den nächsten drei bis fünf Jahren mit der Inlandsgruppe zusammenzuführen, erklärt Vorstandschef Manfred Fuchs. Noch sei die Ertragslage der Töchter nicht so homogen wie im Inland.

NAMEN

Jürgen Frille wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1985 zum Werbeleiter der Weinbrennerei Asbach & Co. mit dem Titel eines Direktors ernannt. Er tritt die Nachfolge des zum Jahresende 1984 aus dem Unternehmen ausgeschiedenen **Karl-Heinz Zappe** an.

Horst W. Hentz (44), Marketing Direktor und Mitglied der Geschäftsleitung der zum amerikanischen Sterling Drug Konzern gehörenden HINDS GmbH, Norderstedt/Hamburg, wird zum Herbst 1985 aus dem Unternehmen ausscheiden.

Werner Knobloch (50) hat mit Wirkung vom 1. Januar 1985 die Leitung des Esso Chemie Werks, Köln, übernommen. Er tritt damit die Nachfolge von Dr. **Otto Veiser** an, der zum selben Zeitpunkt in den Ruhestand tritt.

Walter Sasse, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Versorgung und Verkehr Kiel GmbH (VVK) und Technischer Direktor der Stadtwerke Kiel AG sowie der Kieler Verkehrs-AG, tritt Ende dieses Monats in den Ruhestand.

REYNOLDS / Auf dem deutschen Markt fast zehn Milliarden Camel Filter verkauft

Gute Absatzperspektiven für 1985

HARALD POSNY, Köln

Die überdurchschnittlichen Markt- und Umsatzerfolge des Jahres 1984 lassen die R. J. Reynolds Tobacco GmbH, Köln, auch im laufenden Jahr nicht ruhen. Die Nummer fünf unter den Zigarettenherstellern in der Bundesrepublik will auch 1985 stärker als der Markt wachsen und dabei „auch die Erträge weiter verbessern". Der Vorsitzende der Geschäftsführung, Peter W. Fischer, räumt „ohne Wenn und Aber" ein, daß der Jahresüberschuß von 2,3 (1,8) Mill. DM unbefriedigend ist. Trotzdem liegt die deutsche Reynolds-Tochter, was Substanzanreicherung und Ergebnis angeht, „weit oben".

Immerhin: Reynolds hat 1984 an seine erstaunliche Entwicklung aus dem Jahr 1983, als noch alle Welt von Billigprodukten und entsprechenden Absatzeinbußen sprach und die Kölner ein zweistelliges Absatz- und Umsatzplus vorzeigen konnten, angeknüpft. Das Gesamtabsatzvolumen, in der Branche nur um 3,5 Prozent auf fast 118 Mrd. Stück gestiegen, erhöhte sich bei Reynolds um 16,4 Prozent, wobei die Exporte (vor allem Frankreich und Italien) sogar ein Wachstum von 36 Prozent hatten. Dahinter stand nicht nur der Erfolg von „Camel Filter", der Spitzenmarke des Hauses, die auch in der Bundesrepublik mit fast 10 Mrd. Stück ihren Marktanteil auf 8,4 (7,3) Prozent ausbaute und die weltweit am stärksten wachsende Marke ist – sondern auch eine erfolgreiche Neueinführung, die „Dorchester", eine Marke, die in Deutschland entwickelt und im Werk Trier für England hergestellt wird.

Langfristig wird die „Camel"-Strategie durch eine neue 100-mm-Version erweitert. Das 100-mm-Segment habe mit 3 bis 3,5 Prozent eine Größe und Raucherstruktur erreicht, die sie attraktiv mache. Auch für die „Reyno", die am deutschen Menthol-Marktsegment runde 70 Prozent hält, werden für 1985 wie für 1984 Zuwächse vorausgesagt, während der branchenweit sinkende Markt für filterlose Zigaretten bei Reynolds stagniert, allenfalls leicht wächst.

Dennoch: Reine Stückzahlenbetrachtungen reichen, so Fischer, nicht mehr aus, den Markterfolg eines Unternehmens zu sichern. Es müßten auch neue Technologien hinzukommen, die sich nicht allein in der Filtertechnik erschöpfen könnten. Dazu gehörten zum Beispiel auch neue Mischungsverhältnisse – und Qualitäten, die schon 1984 dazu dienten, die nach wie vor bestehenden steuerlichen Nachteile für die Industriezigarette, aber auch steigende Produktionskosten und den extrem starken Dollarkurs auszugleichen. So wurden verstärkt nicht-dollarabhängige Provenienzen verwendet.

Die Finanzstruktur hat sich verändert. Während bislang mit einem langfristigen Gesellschafterdarlehen und kurz- und mittelfristigem Kapital finanziert wurde, wurde 1984 eine Reynolds-Anleihe von 125 Mill. DM aufgenommen, mit der die vorjährigen kurzfristigen Kredite von 89 Mill. DM abgebaut wurden. Die Eigenmittel decken zusammen mit den längerfristigen Geldern 53,1 Prozent der Bilanzsumme.

Reynolds	1984	±%
Absatz (Mill. Stück)	24 598	+ 16,4
davon Inland	13 513	+ 4,3
Ausland	11 085	+ 35,8
Umsatz (Mill. DM)	2275	+ 8,1
Inlandsmarktant. (%)	11,5	)11,4)
Mitarbeiter	1997	+ 2,6
Personalaufwand	131	- 1,5
Investitionen	39	- 19,3
Abschreibungen	35	- 78,8
Eigenmittel	248	+ 63,8
in % d. Bil.-Summe	36,1	(23,8)

[1]) ohne MWSt. einschl. Tabaksteuer; (ohne MWSt. und ohne Tabaksteuer: 723 nach 618 Mill. DM)

Spitzenwerte weiter gesucht

Auslandsnachfrage sorgte für teilweise höhere Kurse

DW. – Ungeachtet der kontroversen Diskussionen über eine mögliche Lombardsatzerhöhung setzten Ausländer ihre Käufe von ausgesuchten Aktien fort. Da andererseits wegen der undurchsichtigen Zinssituation inländische Anleger Kursgewinne realisierten, hielt sich der Anstieg in den bevorzugten Papieren in bescheidenen Grenzen. Wie in den Vortagen, so kam es wieder zu Sonderbewegungen. Im Vordergrund standen die Allianz-Aktien, die unter Berücksichtigung des Bezugsrechtabschlags erneut sehr fest lagen.

Auf der Anlageliste der Ausländer standen eindeutig wieder Siemens, die Aktien der Deutschen Bank, zeitweise auch Nixdorf. Von den Auto-Aktien wurden diesmal Daimler und Porsche bevorzugt. Bei Kali und Salz hielten die Meinungskäufe wegen des vermuteten guten Streusalzgeschäftes an und führten hier zu neuen Höchstkursen. Von der Kältewelle und der damit verbundenen sprunghaften Steigerung des Stromabsatzes beginnen jetzt allmählich die RWE-Aktien zu profitieren. Besser beurteilt werden auch neuerdings Stahlwerte, von denen sich Thyssen allmählich wieder ihrem vorjährigen Höchststand nähern. Von den Nebenwerten des Chemie-Marktes erreichten Baiersdorf mit 431 einen neuen Spitzenstand.

Düsseldorf: Conc. Chemie befestigten sich um 5 DM, Gerresheimer Glas zogen m 6,50 DM an und Keramag stiegen um 5 DM an. Balcke Dürr verminderten sich um 4 DM, Leffers gaben um 3 DM nach und Thüringer Gas büßten 5 DM ein.

Frankfurt: Chemieverwaltung zogen um 5 DM an, Dywidag befestigten sich um 5 DM und Grünzweig & Hartmann konnten sich um 3,80 DM verbessern. Flachglas schlossen mit einem Minus von 6 DM auf 209 DM ab.

Hamburg: HEW gingen bis 89,50 DM plus 0,90 DM und NWK-Vz. mit 172,50 DM plus 0,50 DM um. Dagegen lagen Reichelt bei 97 DM minus 0,80 DM sowie Pheonix Gummi bie 115,80 DM minus 0,40 DM etwas leichter.

München: Aigner verminderten sich um 9 DM, Gehe AG gaben um 0,50 DM nach und Großkraft Franken büßten 10 DM ein. Deckel erhöhten sich um 1 DM, Brau AG Nürnberg zogen um 4,50 DM an und Krauss Maffei konnten sich um 45 DM verbessern.

Berlin: Detewe wurden um 17 DM heraufgesetzt. Bergmann und Herlitz St. konnten je 4 DM und Berliner Elektro 2 DM zulegen. Herlitz Vz. und Orenstein erholten sich um je 1,50 DM und Berliner Kindl um 1 DM. Kempinski lagen um 2 DM leichter.

Nachbörse: uneinheitlich

Bedingt durch schlechte Witterungsverhältnisse und damit verbundenen früheren Andruck dieser WELT-Ausgabe konnten folgende Rubriken nicht aktualisiert werden:

Umsätze

Düsseldorf **Frankfurt**

WELT-Aktienindex: 1662 (165,5)

WELT-Umsatzindex: 3410 (3290)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München

[illegible]

Aktien-Umsätze

[illegible]

Inlandszertifikate

[illegible]

Inland

[illegible]

Freiverkehr

[illegible]

Ungeregelt. Freiverkehr

[illegible]

Unnotierte Werte

[illegible]

Ausländische DM-Anleihen

[illegible]

Auslandszertifikate (DM)

[illegible]

Fremde Währungen

[illegible]

Ausland

New York

[illegible]

Toronto

[illegible]

London

[illegible]

Amsterdam

[illegible]

Mailand

[illegible]

Tokio

[illegible]

Wien

[illegible]

Kopenhagen

[illegible]

Zürich

[illegible]

Brüssel

[illegible]

Madrid

[illegible]

Hongkong

[illegible]

Singapur

[illegible]

Paris

[illegible]

Sydney

[illegible]

Optionshandel

[illegible] ... 220/10, Klöckner 4-70/3,5, 10-75/6,4, Lufthansa St. 4-180/1,65, 4-190/4,7, 7-180/3,5, 7-190/7, 10-180/4,7, 10-190/10, Lufthansa Vz. 7-180/4,4, Mannesmann 7-150/3, Preussag 7-250/7, Kali + Salz 10-250/4,5, Siemens 4-470/4,1, 10-460/6, 10-470/10,4, Thyssen 4-80/1, 7-80/1,9

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 16. 1. 85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8 – 8¼	5¼–6	4¾–5¾
3 Monate	8⅛– 8½	5⅞–6⅛	5¼–5⅝
6 Monate	8⅝– 9	5⅞–6¼	5¼–5⅝
12 Monate	9⅛– 9⅞	6 –6¼	5¼–5⅝

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 16. Januar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1395,00	1738,50
10 US-Dollar (Indian)**)	1195,00	1455,20
5 US-Dollar (Liberty)	495,00	666,90
1 £ Sovereign alt	230,00	273,60
1 £ Sovereign Elizabeth II.	218,00	271,32
20 belgische Franken	169,00	220,02
10 Rubel Tscherwonez	229,00	288,42
2 südafrikanische Rand	217,00	269,04
Krüger Rand, neu	982,00	1159,38
Maple Leaf	982,00	1159,38
Platin Noble Man	887,00	1051,08

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	241,00	302,10
20 schweiz. Franken „Vreneli"	176,00	224,58
20 franz. Franken „Napoléon"	176,00	224,58
100 österr. Kronen (Neuprägung)	906,00	1096,68
20 österr. Kronen (Neuprägung)	179,00	226,86
10 österr. Kronen (Neuprägung)	94,00	124,26
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	417,00	515,28
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	98,00	134,52

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer

**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

16. 01. 85	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York³)	3,1793	3,1873	3,1639	3,14	3,23
London¹)	3,563	3,577	3,518	3,50	3,65
Dublin¹)	3,103	3,117	3,040	3,02	3,17
Montreal³)	2,3995	2,4065	2,3795	2,36	2,46
Amsterd.	88,410	88,630	88,515	87,50	89,50
Zürich	118,760	118,960	118,60	117,50	120,25
Brüssel	4,969	5,009	4,942	4,88	5,08
Paris	32,580	32,720	32,25	31,75	33,50
Kopenh.	27,880	28,000	27,535	26,75	28,50
Oslo	34,480	34,600	33,925	33,50	35,25
Stockh.**)	34,790	34,950	34,355	34,25	36,00
Mailand²) **)	1,626	1,636	1,595	1,56	1,68
Wien	14,222	14,262	14,191	14,14	14,36
Madrid**)	1,806	1,816	1,778	1,74	1,86
Lissabon**)	1,832	1,852	1,734	1,43	2,25
Tokio	1,2480	1,2510	–	1,20	1,26
Helsinki	47,695	47,895	46,94	46,75	48,50
Buen. Air.	–	–	–	–	4,00
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen*) **)	2,424	2,478	–	1,80	2,50
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,601	2,619	–	2,54	2,64
Johannesbg.*)	1,3785	1,3975	–	1,13	1,38

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Stagnation kennzeichnete am 16. 1. den Handel in Dollar/D-Mark. Der Kurs entwickelte nicht genügend Dynamik, um die Marke von 3,19 nach oben zu durchbrechen, so daß sich der Handel permanent zwischen 3,1800 und 3,1870 ergab. Das 5er-Treffen und die Zentralbankratsitzung mit ihren möglichen Beschlüssen dürften weiter gewirkt haben. Auch die Bundesbank wurde nicht aktiv. Amtlich verlor der Dollar etwas über 1 Pfennig auf 3,1833. Beruhigt haben sich die Turbulenzen um das Englische Pfund, das leicht erhöht mit 3,57 notierte. Der leichte Abwärtstrend des Schweizer Franken hielt dagegen an. Die amtliche Notiz wurde mit 118,86 festgestellt, dies ist der niedrigste Kurs seit dem 13. August 1984. US-Dollar in: Amsterdam 3,5950; Brüssel 63,68875; Paris 9,7460; Mailand 1953,00; Wien 22,3640; Zürich 2,6782; Ir. Pfund/DM 3,110; Pfund/Dollar 1,1215; Pfund/DM 3,570.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 16. Januar: In D-Mark 2,22337 (Parität 2,24184); in Dollar 0,698825 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 16. 1. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Aufgrund nochmals leicht befestigter Euro-DM-Sätze und gleichzeitig ¼ Prozent schwächeren Dollar-Deports kam es am Terminmarkt zu verringerten Abschlägen für Dollar/DM.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,60/0,50	1,88/1,78	4,20/4,10
Pfund/Dollar	0,39/0,36	0,96/0,92	1,44/1,39
Pfund/DM	2,00/1,20	5,70/4,30	9,90/8,40
FF/DM	22/06	46/30	87/71

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 16. 1.: Tagesgeld 5,50–5,55 Prozent; Monatsgeld 5,85–6,00 Prozent; Dreimonatsgeld 5,90–6,05 Prozent.

Privatdiskontsätze am 16. 1.: 10 bis 29 Tage 4,05 G-3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 16. 1.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1985 an Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/1 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,73) – 7,00 (6,13) – 7,25 (6,38) – 7,50 (6,58) – 8,00 (6,77). Ausgabe 1985/2 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,75) – 7,00 (6,16) – 7,25 (6,43) – 7,50 (6,65) – 8,00 (6,87) – 8,00 (7,08) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,25, 2 Jahre 6,15. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 99,70, Rendite 6,82.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Bundesbahn

		15. 1.	14. 1.
F 6½ Bdbahn 79	2/85	–	100G
8½ dgl. 73	2/85	–	100G
7 dgl. 77	2/87	101,3	101,2
8 dgl. 77	9/87	99,3	99,3
6 dgl. 78 II	7/88	98,5	98,5

Renten ohne Linie

Auf dem Rentenmarkt konnte sich am Mittwoch keine einheitliche Tendenz durchsetzen. Einerseits erwies sich die Furcht vor einer Lombardsatzerhöhung als anhaltende Belastung, die zu weiteren Abgaben besonders im öffentlichen Bereich führte. Andererseits sorgte der nicht weiter gestiegene Dollar deshalb für eine gewisse Stabilität, weil er den Gegnern einer Lombardsatzerhöhung Diskussionsspielraum gewährt. Anleihen mit kürzeren Laufzeiten waren teilweise schwächer. Im übrigen zeichneten sich begrenzte Schwankungen vorwiegend nach der Plusseite ab.

	15. 1.	14. 1.
M 7 dgl. Pf 20	100bG	100,25G
B 5 Bad. Pfandb. Pf 7	102,5bG	102,5bG
7 dgl. Pf 31	101G	101G
6 dgl. Pf 34	98G	98G
6½ dgl. Pf 37	99,5G	99,5G
8 dgl. Pf 51	100,15G	100,15G
Hn5 Brhmn. Hypo. Pf 1	118G	118G
7 dgl. Pf 80	96,75G	96,75G
7½ dgl. Pf 87	102G	102G
6 dgl. KS 29	98,25G	98,25G
7 dgl. KS 30	101,3G	101,3G

	15. 1.	14. 1.
Hn8 dgl. Pf 10	100,1bG	100,1bG
9 dgl. KO 53	100,75G	101G
7½ dgl. IS 8	102,3G	102,7G
10 dgl. IS 37	100,3G	100,3G
F 5 Pfalz Hypo. Pf 48	115G	115G
6 dgl. Pf 58	90,5G	90,5G
6 dgl. Pf 95	85G	85G
7 dgl. Pf 114	100G	100G
D 5 RW Bodencr. Pf C	129G	129G
5½ dgl. K	107G	107G
4 dgl. Pf 18	104G	104G

	15. 1.	14. 1.
F 7½ dgl. RS 27	101,5G	101,5G
6½ dgl. RS 60	99,75G	99,75G
7 dgl. 94	100,35G	100,35G
7 dgl. 99	100,15G	100,15G
8 dgl. 101	103,5G	103,5
7½ dgl. 102	102,25G	102,25G
8½ dgl. 126	105,9G	105,9G
D 8 LAG TS 76	101,5	101,5G
6½ dgl. TS 77	100,2G	100,2G
5½ dgl. 78	97,1G	97,1
7 dgl. 79	101	101bG

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Sonderinstitute

Wandelanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Uneinheitlich entwickelte sich am Dienstag die Terminnotierungen an der New Yorker Comex. Gold und Silber schlossen überwiegend schwächer. Kupfer konnte sich dagegen deutlich befestigen. Fester tendiert außerdem Kaffee, während Kakao nachgab.

Getreide und Getreideprodukte

	15. 1.	14. 1.
Weizen Chicago (c/bush)		
März	353,50	350,75
Mai	346,00	342,50
Juli	334,75	332,50
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	248,44	247,34
Amber Durum	249,49	249,49
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	140,00	140,30
Mai	144,30	140,00
Juli	148,30	144,20
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
März	127,70	127,50
Mai	128,70	128,50
Juli	129,70	129,50
Hafer Chicago (c/bush)	15. 1.	14. 1.
März	174,75	174,50
Mai	172,50	172,50
Juli	169,50	169,00
Mais Chicago (c/bush)		
März	271,00	269,25
Mai	276,50	274,75
Juli	278,75	276,75
Gerste Winnipeg (can. $/t)	15. 1.	14. 1.
März	136,00	136,30
Mai	137,00	137,20
Juli	136,10	135,90

Genußmittel

	15. 1.	14. 1.
Kaffee		
New York (c/lb)		
Terminkontr. März	144,95	142,90
Mai	142,40	140,75
Juli	140,90	139,30
Kakao		
New York ($/t)	15. 1.	14. 1.
Terminkontr. März	2140	2163
Mai	2160	2193
Juli	2149	2170
Umsatz	3100	2033
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 März	4,66	4,58
Mai	5,05	5,02
Juli	5,43	5,47
Sept.	5,65	5,66
Okt.	5,82	5,88
Umsatz	10 125	17 375
Ice-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	15. 1. 3,87	14. 1. 3,89
Kaffee		
London (£/t) Robusta-	15. 1.	14. 1.
Kontrakt Jan.	2320–2324	2300–2302
März	2347–2349	2335–2338
Mai	2363–2364	2353–2354
Umsatz	2806	–
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt März	2036–2037	2066–2067
Mai	2045–2046	2064–2065
Juli	2045–2046	2061–2062
Umsatz	8200	7677
Zucker		
London ($/t), Nr. 6		
März	130,00–130,40	129,00
Mai	137,40–138,00	137,40
Aug.	147,80	147,00–147,80
Umsatz	1466	4170
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	15. 1.	14. 1.
schw. Sarawak spez.	460,00	460,00
weißer Sarawak	690,00	690,00
weißer Muntok	700,00	700,00
Orangensaft		
New York (c/lb)	15. 1.	14. 1.
Jan.	157,50	155,40
März	159,05	157,90
Mai	160,40	159,20
Juli	160,90	159,75
Sept.	156,85	158,00
Umsatz	700	1100

Öle, Fette, Tierprodukte

	15. 1.	14. 1.
Erdnußöl		
New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	39,50	40,00
Maisöl		
New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	28,75	28,25
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Jan.	26,04	25,75
März	25,37	25,20
Mai	25,05	24,80
Juli	24,65	24,50
Aug.	24,40	24,75
Sept.	24,30	24,14
Okt.	24,00	23,85
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk	26,00	25,50
Schmalz		
Chicago (c/lb) loco lose	25,50	25,50
Choise white hog 4% fr. F.	19,50	19,50
Talg		
New York (c/lb)		
top white	20,50	20,50
fancy	20,25	20,25
bleichfähig	18,50	18,50
yellow max. 10% fr. F.	17,25	17,25
Schweine		
Chicago (c/lb)		
Febr.	52,45	53,10
April	49,55	50,20
Juni	54,35	54,77
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb)		
Febr.	73,80	75,90
März	74,32	76,40
Mai	75,87	77,80
Häute		
Chicago (c/lb)	15. 1.	14. 1.
Ochsen einh. schwere River Northern	47,50	47,50
Kühe einh. schwere River Northern	46,00	46,00
Sojabohnen		
Chicago (c/bush)		
Jan.	584,50	579,50
März	594,00	589,00
Mai	605,50	600,50
Juli	615,50	610,75
Aug.	617,00	612,50
Sept.	609,00	608,50
Nov.	610,00	609,50
Sojaschrot		
Chicago ($/sht)		
Jan.	142,00	141,20
März	146,70	145,80
Mai	152,00	151,20
Juli	157,00	156,00
Aug.	158,50	157,50
Sept.	159,50	159,00
Okt.	159,50	160,00
Leinsaat		
Winnip. (can. $/t)	15. 1.	14. 1.
März	355,10	359,90
Mai	362,00	360,50
Juli	367,50	366,20
Kokosöl		
New York (c/lb) Westküste fob Werk	15. 1. 42,50	14. 1. 42,50
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. cif	16. 1. 890,00	15. 1. 890,00
Leinöl		
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	595,00	610,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	570,00	575,00
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	229,00	228,00
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	900,00	905,00
Leinsaat		
Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	293,00	291,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

	15. 1.	14. 1.
Baumwolle		
New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:		
März	66,58	66,50
Mai	67,45	67,35
Juli	68,15	68,10
Okt.	67,88	67,96
Dez.	67,85	67,95
März	69,05	69,45
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis loco RSS–1:	42,25	42,25
Wolle		
Lond. (Neuseel. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	15. 1.	14. 1.
Jan.	514	512
März	510–516	514–518
Mai	521–522	522–523
Umsatz	117	98
Wolle		
Roubaix (F/kg) Kammzüge:	15. 1.	14. 1.
März	53,50	53,50
Mai	53,50	53,50
Juli	53,50	53,50
Aug.	53,70	53,70
Umsatz	0	0
Tendenz: stetig		
Wolle Sydney		
(austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	15. 1.	14. 1.
März	581,00–585,00	580,00–582,00
Mai	–	–
Juli	–	–
Umsatz	6	0
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	15. 1.	14. 1.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded:	570,00	570,00
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	15. 1.	14. 1.
Jan.	geschl.	12 257
Febr.	geschl.	12 304
Kautschuk		
London (p/kg)	15. 1.	14. 1.
Nr. 1 RSS loco	unerhältl.	64,00–66,00
Febr.	unerhältl.	64,00
März	unerhältl.	60,50–65,00
April	unerhältl.	62,00–66,00
		Tendenz: ruhig
Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg)	15. 1.	14. 1.
Febr.	195,00–196,00	194,00–195,00
März	196,00–197,00	195,50–196,50
Nr. 2 RSS Febr.	184,50–185,50	184,00–185,00
Nr. 3 RSS Febr.	181,00–182,00	180,50–181,50
Nr. 4 RSS Febr.	174,00–175,00	174,50–175,50
Tendenz: leichter		
Jute London (£/lgt)	14. 1.	11. 1.
BWC	–	–
BWD	–	–
BTC	–	–
BTD	–	–

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. = 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	16. 1.	15. 1.
Aluminium: Bas. London		
laufend. Monat	341,60–341,96	347,99–348,17
drittfolg. Monat	351,98–352,16	358,71–358,89
Blei: Basis London		
laufend. Monat	129,85–130,56	126,77–127,13
drittfolg. Monat	117,86–118,04	116,42–116,59
Nickel: Basis London		
laufend. Monat	1545,2–1547,0	1548,0–1549,8
drittfolg. Monat	1559,5–1561,3	1562,3–1564,1
Zink: Basis London		
laufend. Monat	252,72–252,89	258,90–259,26
drittfolg. Monat	251,11–251,21	256,04–256,22
Produz.-Preis	286,86	287,88
Reinzinn 99,9%	4126–4166	4160–4201

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	16. 1.	15. 1.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	435,85–437,84	431,55–433,34
Blei in Kabeln	137,75–138,75	134,50–135,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhersteller.

Messingnotierungen

	16. 1.	15. 1.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	413	410,00
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	451–453	449–451
MS 63	444–449	441–446

Zinn-Preis Penang

	15. 1.	14. 1.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	16. 1.	15. 1.
Leg. 225	395–405	390–410
Leg. 226	397–407	392–412
Leg. 231	430–437	425–442
Leg. 233	440–447	435–452

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	16. 1.	15. 1.
Platin (DM je g)	30,60B	30,40B
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	31 550	31 550
Rücknahmepr.	30 800	30 800
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	31 630	31 690
Rücknahmepr.	30 840	30 910
verarbeitet	33 180	33 250
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	31 140	31 030
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	631,80	631,30
Rücknahmepr.	613,30	612,80
verarbeitet	659,50	659,00

Internationale Edelmetalle

	16. 1.	15. 1.
Gold (US-$/Feinunze)		
London 10.30	302,45	302,50
15.00	302,70	301,80
Zürich mittags	303,00–303,50	302,75–303,25
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	95 250	95 000
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	535,85	536,40
3 Monate	551,00	552,30
6 Monate	565,90	567,50
12 Monate	595,80	598,55
Platin (£-Feinunze)	15. 1.	14. 1.
London fr. Markt	243,05	239,75
Palladium (£-Feinunze)		
London 1. Händlerpr.	104,70	104,70

New Yorker Preise	15. 1.	14. 1.
Gold H & H Ankauf	301,80	298,00
Silber H & H Ankauf	604,50	594,00
Platin fr. Händlerpr.	276,00–278,00	275,00–278,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	116,50–117,50	116,00–117,00
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Jan.	601,60	601,60
Febr.	603,10	603,10
März	607,00	605,00
Mai	615,00	613,50
Juli	624,00	627,00
Sept.	634,90	635,20
Dez.	650,80	649,50
Umsatz	23 000	28 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	15. 1.	14. 1.
Jan.	58,00	56,85
März	58,40	57,40
Mai	59,00	58,10
Juli	59,70	58,65
Sept.	60,25	59,40
Dez.	61,15	60,35
Jan.	61,45	60,65
Umsatz	13000	8500

Londoner Metallbörse

	16. 1.	15. 1.
Aluminium (£/t)		
Kasse	955,00–956,00	981,00–982,00
3 Monate	984,00–984,50	1010,0–1010,5
Blei (£/t) Kasse	363,00–365,00	355,00–355,50
3 Monate	329,50–330,00	329,50–330,00
Kupfer		
Highergrade (£/t) mittags Kasse	1198,0–1198,5	1188,0–1188,5
3 Monate	1207,5–1208,5	1200,5–1201,5
abends Kasse	–	1196,0–1196,5
3 Monate	–	1208,5–1209,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1189,0–1191,0	1193,0–1195,0
3 Monate	1204,0–1206,0	1207,0–1209,0
Zink (£/t) Kasse	706,50–707,00	725,00–726,00
3 Monate	702,00–702,50	718,00–718,00
Zinn (£/t) Kasse	9798–9800	9785–9790
3 Monate	9780–9790	9795–9800
Quecksilber $/Fl.)	–	300–305
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	65–70

Einzelgänger im „schrecklichen Filmgeschäft“: Der Regisseur Robert Bresson

Von der Kunst, nichts zu zeigen

Seine Filme gleichen den stummen Gebeten einer klösterlichen Andacht: nüchtern, mönchisch streng, zuweilen episch und zur Selbstbesinnung auffordernd. Ein Film von Robert Bresson hat nichts mit einem gewöhnlichen Leinwandstreifen der französischen Kinobranche zu tun.

„Es gibt zwei Sorten Filme: Jene, die sich der Mittel des Theaters bedienen – Schauspieler, Regie, Dekor – und die Kamera benutzen, um zu reproduzieren. Und jene, die die cinematographischen Mittel benutzen und sich der Kamera bedienen, um etwas zu kreieren“, sagt der 83jährige Cineast.

„Bresson ist der Einzelgänger in dem schrecklichen Filmgeschäft“, schrieb einst sein Freund Jean Cocteau. „Er drückt sich im Film wie der Dichter mit seiner Feder aus.“ Mit seinen weißen langen Haaren, seinem

Der Weg nach Bresson – ZDF, 23.05 Uhr

immer noch jugendlich wirkenden Gesicht, seinen klaren, eher kühlen, aber freundlich blickenden Augen und der Autorität seiner leisen Stimme flößt der Altmeister des französischen Films Respekt ein. Er erinnert eher an einen höfischen Priester des 17. oder 18. Jahrhunderts als an einen Filmkünstler von heute.

Diesen Eindruck verstärkt Bresson noch durch das Mysterium, mit dem er sich umgibt, und durch seine mönchisch-spartanische Lebensweise. Ein „G'schaftlhuber“ und Vieldreher, wie so mancher seiner Kollegen, ist Robert Bresson nicht. Er strahlt eine Mischung von Freundlichkeit und Starrsinn aus. Eine unerschütterliche Zähigkeit geht von ihm aus. Bei der Arbeit ist er ruhig, sparsam in seinen Gesten, konzentriert und bis aufs äußerste angespannt. Bei seinen Mitarbeitern läßt er keine Fahrlässigkeit durchgehen.

Er dreht so, wie Flaubert schrieb: Mit der Genauigkeit eines Puristen und der Sorge um Perfektion. Kein Wunder, wenn Bresson in einer über 40jährigen Karriere nur dreizehn Filme gedreht hat. „Doch alle Filme von Bresson sind Meisterwerke“, schrieb Françoise Truffaut. „Die Schwierigkeit seiner Filme besteht nur darin, daß sie mehr verstecken als zeigen.“

Der am 25. September 1901 in der Auvergne geborene Regisseur begann nach dem Abitur und einem Philosophie-Studium als Maler. 1934 gab er die Malerei plötzlich auf und wandte sich der Filmkunst zu. Er drehte vorwiegend Kurzfilme. Sein erster Langspielfilm „Engel der Sünde“ entstand 1943, nachdem Bresson ein Jahr lang in deutscher Kriegsgefangenschaft verbracht hatte. Die Geschichte einer Nonne, die Häftlinge eines Gefängnisses betreut und es sich zur Lebensaufgabe macht, die Seele einer jungen Gefangenen zu retten und das Mädchen zum Glauben



Nicht verstehen soll das Publikum seine Filme, sondern empfinden: Der französische Regisseur Robert Bresson FOTO: AFP

zurückzuführen, begeisterte damals Kritiker wie Publikum. Das ZDF zeigt den Film morgen um 15.00 Uhr.

Die nachfolgenden Filme, „Die Damen des Bois de Boulogne“ und „Tagebuch eines Landpfarrers“, zeichnen sich bereits durch den für Bresson typischen asketischen Bildstil aus. Den Höhepunkt seiner spartanischen Erzählweise, die den Zuschauer auf das Wesentliche des Geschehens, nämlich die Selbstbesinnung des Menschen, verweist, erreicht Bresson mit seinem bisher letzten Film „Das Geld“. Der 1983 beim Filmfestival von Cannes gezeigte Streifen stieß durch seine unterkühlte dramatische Struktur teils auf helle Begeisterung, teils auf totale Ablehnung.

„Das Geld“ (am 22. Januar im ZDF zu sehen) basiert auf einer Novelle von Tolstoi. Schon früher verfilmte Bresson Erzählungen von Dostojewski. Über seine Vorliebe für die russische Literatur meint der Franzose: „Sie ist tiefgründiger als die der heutigen Autoren. Es gibt darin das Wahre. Die Empfindungen waren vor zweihundert Jahren dieselben wie heute. Man muß sie nur in unsere Zeit übertragen.“

Lange Zeit hatte Bresson sich gegen den Farbfilm gesträubt. Erst bei seinem 1969 entstandenen Film „Une femme douce“ (Eine sanfte Frau) benutzte er Farbe. „Die Farbe ist gefährlich. Durch sie entsteht ein falscher Realismus. Es ist, als wenn man bei einer Zeichnung einen schlechten Stift benutzt“, sagte der Asket damals.

Der Cineast besteht darauf, daß er nicht „Kino“ macht, sondern „Cinematographie“. „Kino“ ist für ihn viel Tam-Tam mit großen Stars, Schock-Szenen, lauter Filmmusik und dickem Werbebudget. Unter „Cinematographie“ versteht er die Kunst, nichts zu zeigen.

Nur der Ton muß stimmen. Vor allem darf ein Film nicht verfilmtes Theater sein. Deshalb arbeitet Bresson selten mit professionellen Schauspielern, sondern meist mit unbekannten Darstellern. Für „Das Geld“ holte er Caroline Lang, die Tochter von Frankreichs Kulturminister Jack Lang, vor die Kamera.

„Schauspieler sprechen falsch. Sie deklamieren. Doch ich suche den inneren Dialog“, sagt Bresson. Bei der Wahl seiner Darsteller verläßt er sich auf seinen Instinkt. Bis ins hohe Alter hat Bresson sich die Spontanität eines jungen Mannes bewahrt. Über die Entstehung seines letzten Films sagte er: „Ich habe das Drehbuch geschrieben, die Dialoge. In meinem Kopf war der Film fertig. Doch als dann die Dreharbeiten begannen, wußte ich nichts mehr, wollte nichts mehr wissen. Dann traten alle möglichen Zufälle ein. Was auf dem Papier steht, hat überhaupt nichts mit dem Leben zu tun.“

Robert Bresson macht keine Konzessionen an das Publikum, damit es seine Filme leichter verstehe: „Warum will man immer alles verstehen, wo es nichts zu verstehen gibt? Es geht nicht darum, zu verstehen. Es geht darum, zu empfinden. Das ist nicht dasselbe“, behauptet der weise Einzelgänger.

CONSTANCE KNITTER

STUDIO

Eine Privatisierung des französischen Fernsehens ist von der sozialistischen Regierung in Aussicht gestellt worden. Nach dem kommerziellen Rundfunksender „Europe 1“, der bisher von Saarbrücken aus über Langwelle hauptsächlich Nordfrankreich versorgt, hat auch der Großverleger Robert Hersant („Le Figaro“, „France Soir“) die Gründung eines privaten Fernsehsenders angekündigt. Zu diesem Zweck plant Hersant die Umbildung seines Konzerns in eine „Multi-Media-Kommunikationsgruppe“. Der Sender „TVE“ (Teleurop) plant Ausstrahlungen von sechs Uhr morgens bis Mitternacht; die Programme werden mit „europäischen Partnern und in Verbindung mit einem amerikanischen Partner“, bei dem es sich um die Coronet-Gruppe handeln soll, produziert werden. In Frankreich will die neue konservative Multi-Media-Gruppe mit anderen Presseunternehmen sowie mit der Industrie zusammenarbeiten. AFP

*

Der Fernsehenglisch-Kurs **Follow me**, der vom Bayerischen und Norddeutschen Rundfunk produziert wurde, ist zur „weltweit erfolgreichsten Fernsehbildungsserie der achtziger Jahre“ geworden. Als 50. Land hat das zentralafrikanische Zaire den Sprachkurs eingekauft. Die Sendung mit Francis Matthews alias Paul Temple als Präsentator und Darsteller ist bisher von 15 europäischen, 18 asiatischen, neun afrikanischen und sechs amerikanischen Ländern sowie von der Sowjetunion und Australien ausgestrahlt oder zur baldigen Sendung erworben worden. AP

*

Mit dem Thema **Neonazis in den Medien – Werbung oder Aufklärung?** beschäftigt sich eine Tagung, die am 26. und 27. Januar unter der Mitwirkung des Adolf-Grimme-Instituts in der katholischen Akademie Schwerte stattfindet. In Arbeitskreisen werden unter anderem die Struktur und Mentalität radikaler Jugendgruppen, eine Darstellung der neonazistischen Schülerpresse und Beobachtungen zur Berichterstattung in den öffentlich-rechtlichen Medien angesprochen werden. Anmeldungen sind unter der Rufnummer 02304 – 4951/2 möglich. agi

ARD / ZDF

ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Dann wären wir sechs
Amerikanischer Spielfilm (1979)
Regie: Waris Hussein
11.40 Die Buschmänner
12.10 Kennzeichen D
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Chris Howland präsentiert Höchstleistungen
16.55 Zivile Knete
Film von *Detlef Gumm und Hans-Georg Ullrich*
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschl. Der 7. Sinn
20.18 Krieg der Bomber
Zeitgeschichtliche Dokumentation
3. Teil: Mit dem Mut der Verzweiflung
21.00 Extratour
Live-Unterhaltung aus Bremen
Die Nachfolgesendung des „Musikladen“ gibt heute ihre Debütvorstellung. Cartoons und Sketche, Revue und Kabarett sollen dem Zuschauer gelungene Unterhaltung bieten, die Stefan Viering und Margarethe Schreinemakers moderieren. Bruno Jonas und Rudi Carrell sollen ihren Teil dazu beitragen.
22.30 Tagesthemen
23.00 Flüchtige Bekanntschaften
Fernsehspiel von Marianne Lüdcke und Dieter Wellershoff
Susanne, eine geschiedene Frau, die mit ihrem Kind lebt, versucht jedesmal am Wochenende, ihrer Isolation zu entkommen. Doch dabei erlebt sie meist nur flüchtige Männerbekanntschaften, die sie immer öfter enttäuschen ...
0.45 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 ... doch die Mode bringt's hervor
Zur Kulturgeschichte der Kleidung: Wolle
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Die Höhlenkinder
3. Teil: Das Gewitter
Peter und Eva erkunden die Höhle und beginnen, sie mit primitiven Geräten als Unterkunft herzurichten.
17.00 heute/Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Tom und Jerry
Zeichentrickserie
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Ein himmlisches Vergnügen
Prost Helmut!
Trost an der Bar
19.00 heute
19.30 Hits des Jahres '84
Die Super-Hitparade im ZDF
Präsentiert von Dieter Thomas Heck
21.05 Aus Forschung und Technik
4. Das Ende der grünen Hölle
Von Joachim Bublath
21.45 heute-journal
22.05 Fragen an den Bundeskanzler Helmut Kohl
Journalisten im Studio: Klaus Bresser und Wolfgang Herles
23.05 Filmforum
Der Weg nach Bresson
Von Jurrien Rood und Leo de Boer
0.00 Thriller
Damals als ich starb
1.10 heute

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Feuersturm
Amerikanischer Spielfilm (1961)
21.45 Lieber Gott, mach mich nicht groß, ich werd' ja doch bloß arbeitslos
22.15 Die Palucca
23.00 Aber einen Schmetterling habe ich hier nicht gesehen ...
23.30 Tips für Leser
23.45 Letzte Nachrichten

NORD
19.15 Expedition zu den Eisbären
20.00 Tagesschau
20.15 Bluff
Italienischer Spielfilm (1975)
22.00 Weil ich weiß, so ist das gewesen und nicht anders
Der Maler Otto Dix
22.45 Jazz Fest Berlin 1984
23.45 Nachrichten

HESSEN
19.05 Autoreport
19.20 Vorsicht, Gespenster!
Amerikanischer Spielfilm (1941)
20.45 Kulturkalender
21.20 Bild der Woche
21.30 Drei aktuell
21.45 Notizen vom Nachbarn
22.30 Malu (5)

SÜDWEST
19.30 Abschiedsbilder
Spielfilm von Nico Hofmann
20.35 Bilderbogen
21.00 Die umworbene Frau
Nur für Baden-Württemberg:
21.45 Freiplatz
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.45 Vier-Länder-Eck
22.30 Landesspiegel
Nur für das Saarland:
21.45 Kirchplatz

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Damals Tagesgespräch
Karpfs Karriere
20.10 B III Sport aktuell
20.45 Vom Hörsaal auf die Kanzel
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Robin und Marian
Amerikanischer Spielfilm (1976)
23.35 Rundschau
23.40 Actualités

SAT 1

13.30 Solid Gold
(amerikanische Hitparade)
14.00 Die Waltons
Hochzeit am Meer
15.00 Quips: Von Autos und Tieren
Ein heiteres Magazin für alle, die gern etwas tun und wissen wollen.
15.30 Musicbox
Videoclips der Pop- und Rockmusik, Interviews mit Stargästen, Gags und Überraschungen
16.30 Perrine
Mutters tapfere Entscheidung
17.00 Simon Templar
und der Smaragd
18.00 Fauna Iberica
Der Räuber im Dickicht
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Die Lady und ihr Gauner
Amerikanischer Spielfilm (1967)
Mit Dick von Dyke, Edith Evans u. a.
Regie: Delbert Mann
Den großzügigen Spenden nach die die schrullige, aber liebenswürdige Miss Vicky mit vollen Händen austeilt, muß sie Millionärin sein. In Wahrheit ist sie arm wie eine Kirchenmaus. Aber ihr Butler besorgt alles, unterstützt von der halben Unterwelt New Yorks ...
20.30 B. a. d. Cats
Hoover – der Superschnüffler
21.30 APF blick:
Aktuell, Rundblick, Sport und Wetter
22.15 Magic Christian
Englischer Spielfilm (1969)
Mit Peter Sellers, Ringo Starr, Richard Attenborough u. a.
Regie: Joseph McGrath
0.00 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Bilder aus Deutschland
75 x CC = HH
Hamburg – Stadt der Konsulate
Beobachtungen von Gunter Péus
19.00 heute
19.30 Derrick
Madeira
von Herbert Reinecker
Für den alleinstehenden Paul Bubach, *einen angenehmen älteren* Herren, ist es ein Leichtes, die Bekanntschaft älterer vermögender Damen zu machen ...
20.30 Krebs – die Jagd nach dem Anfang
Dokumentation von Marlene Linke
Tausende von Frauen, die jährlich in der Bundesrepublik an Brustkrebs sterben, könnten gerettet werden.
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Rundschau
Politik und Wirtschaft – aus Schweizer Sicht
22.30 Unpraktisches kann nicht schön sein
Otto Wagner – Architekt der Großstadt
Film von Doris Fercher und Harald Sterk
23.15 3SAT-Nachrichten

Glück mit Helden?

mar – „Unglücklich das Land, das keine Helden hat!" läßt Bert Brecht in seinem „Galileo Galilei" den Adlatus des Gelehrten sagen. Demnach sind weder die Sowjetunion noch die „DDR" unglückliche Länder, denn an „Helden" mangelt es ihnen nicht. Unlängst verriet die Zeitschrift „horizont", daß das Land des Sowjetvolks immerhin auf 12 500 „Helden der Sowjetunion" kommt, seit dieser Titel 1934 als erstem dem Flieger Anatolij Ljapidewski für die Rettung einer Expedition aus dem Nordpolarmeer zugesprochen wurde.

Die „DDR" mochte da natürlich nicht zurückstehen. Auch sie beherrscht inzwischen das Heldenbacken. Bis zu zehnmal darf pro Jahr ein „Held der Deutschen Demokratischen Republik" gekürt werden. (Das bringt zugleich noch den Karl-Marx-Orden und 25 000 Mark ein). Der „Held der Arbeit" ist da schon billiger und häufiger. Er ist mit 10 000 Mark und 50mal im Jahr zu haben. So schmückte sich die „DDR" zu ihrem 35. Geburtstag im letzten Jahr wieder mit einer stattlichen Zahl von Helden. Einer Zustellerin vom Hauptpostamt Pankow wurde ebenso wie einem professoralen Abteilungsleiter im ZK der SED Heldentum bescheinigt. Und auch ein veritabler Generaloberst, ein Mann also aus der Branche, die zu Heldischem am ehesten prädestiniert scheint, fehlte nicht, wenngleich seine HKL im Ministerium für Nationale Verteidigung (wo er als Stellvertreter des Ministers) und in der Politischen Hauptverwaltung (der er als Chef vorsteht) verläuft.

Nur die Literaten wurden bei dieser Zeremonie vernachlässigt. Ob das daran liegt, daß sie die 13. Szene des „Galileo Galilei" zu Ende gelesen haben? Denn da legt Brecht seinem „Helden" das Wort in den Mund: „Nein. Unglücklich das Land, das Helden nötig hat."

Bruchsal: Brauers mechanische Musikinstrumente

Klingende Kuriositäten

Obwohl wir Musikalisches in höchster Klangtreue von der Compact-Disc hören können, fasziniert uns doch immer wieder der blechern scheppernde Klang der alten Musikautomaten. Mag dabei auch weniger Musikliebe als akustische Nostalgie im Spiel sein, so ist doch nicht zu verkennen, daß die Leierkästen, Drehorgeln, Orchestrions, Pianolas, Spieldosen oder musizierenden Puppen einst den Wirklichkeit gewordenen Traum verkörperten, Musik zu erzeugen, ohne daß man eines wohlstudierten Musikers bedurfte. Allerdings endeten diese komplizierten und empfindlichen mechanischen Wunderwerke oft nicht anders als der künstliche Vogel in Andersens Märchen von der „Chinesischen Nachtigall".

Wer jedoch die Sammlung mechanischer Musikinstrumente, die seit kurzem im Schloß Bruchsal zu sehen und zu hören sind, betrachtet, wird von solchen Zweifeln kaum angekränkelt. Denn da wird an gut 200 Beispielen vorgeführt, mit welcher Erfindungsgabe die Menschen die Mechanik das Musizieren lehrten. Eine Auswahl dieser Sammlung war 1982 in der Zeitschrift „museum" vorgestellt worden, die dem „Museum für mechanische Musikinstrumente Baden-Baden" gewidmet war. Das Heft erschien wenige Monate, bevor dieses private Museum schließen mußte, weil die Stadtväter das alte großherzogliche Amtshaus lieber anderweitig nutzen wollten. Jan Brauers, der diese Sammlung in einem guten Jahrzehnt zusammengetragen hatte, fand dann nach vielen Mühen das neue Domizil im Badischen Landesmuseum, zu dem das Bruchsaler Schloß als Zweigmuseum gehört.

Wen der Weg nicht an den Oberrhein führt, der kann diese Schätze in dem Band „Von der Äolsharfe zum Digitalspieler" von Jan Brauers (Klinkhardt & Biermann, München. 280 S., 360 Abb., 98 Mark) wenigstens in effigie betrachten. Zugleich wird ihm eine Lektion über 2000 Jahre mechanischer Musik geboten, die mit der Äolsharfe, die der Wind zum Klingen bringt, beginnt und die bei den Folgen von Edisons Erfindung endet. Dazwischen werden alle möglichen klingenden Kunstwerke und Kuriositäten vorgestellt: die tanzenden und musizierenden Puppen, Bierkrüge, Bücher oder Zigarettendosen mit Spielwerk, die mechanischen Klaviere und Orchesterimitationen bis zur Wurlitzer Orgel und den Musikboxen. Und während man die oft abenteuerlichen Geschichten dieser Musikgeräte und ihrer manchmal versponnenen, manchmal geschäftstüchtigen Erfinder liest, wünscht man sich eine Schallplatte, die auch vor Ohren führt, was man schön ausführlich vor Augen hat. PETER JOVISHOFF

Robert Mayer gestorben

Ein Mäzen der Musik für Kinder

Johannes Brahms hatte dem Elfjährigen bei einem Besuch des Mannheimer Konservatoriums anerkennend auf die Schulter geklopft. Vielleicht war es diese Begegnung mit dem Genie, die den 1879 als Sohn eines kunstsinnigen jüdischen Unternehmers geborenen Robert Mayer viel später dazu brachte, sein Leben in den Dienst der Musikerziehung zu stellen. Robert Mayer, der auf Befehl des Vaters das Klavier mit einem Kontor in der Londoner City vertauschte, erfüllte erst einmal die Erwartungen des Vaters und war schon um die Jahrhundertwende mit dem Buntmetallhandel zu Reichtum gelangt. Als gemachter Mann wandte er sich aber wieder seiner Jugendliebe, der holden Musica, zu. Das hat dem schon 1939 zum Ritter geschlagenen Mannheimer, der jetzt im Alter von 105 Jahren starb, die Liebe und Dankbarkeit von zwei Generationen englischer Musikfans eingetragen.

Sir Robert Mayer hatten in den USA die Kinderkonzerte von Walter Damrosch tief beeindruckt. Am 23. März 1923 gab er in England das erste der als „Robert Mayer Kinderkonzerte" bekannt gewordenen Reihe und führte fortan Hunderttausende von Kindern und Jugendlichen in London und dann in der Provinz zur Begegnung mit klassischer Musik.

„Eintritt für Erwachsene nur in Begleitung von Kindern", hieß es auf dem ersten Plakat. Als ersten Dirigenten gewann Mayer immerhin Sir Adrian Boult. Bei diesen Konzerten, die sich bis heute ungebrochener Beliebtheit erfreuen und inzwischen von der BBC betreut werden, muß der Dirigent sich erst einmal seinem Publikum zuwenden. Er stellt die Instrumente vor, die Melodien, die Motive, er gibt, je nach Talent im Umgang mit Kindern, eine Art Privatissimum für die Kleinen, läßt im Chor nachsingen, einen schwierigen Rhythmus klatschen, erzählt ihnen Anekdoten über die Komponisten.

Was inzwischen längst selbstverständlich anmutet, war damals eine unerhörte Neuerung. Seine Serie fand besonders unter Boults einfühlsamem Nachfolger, Sir Malcolm Sargent, solchen Anklang, daß es 1939 außerhalb Londons schon 30 ähnliche regimäßige Konzertreihen gab. Mayer zog sich 1929 völlig aus dem Geschäftsleben zurück, um sich als



Musikalische Privatissima für die Kleinen: Sir Robert Mayer (1879 bis 1985) FOTO: SAD

Musikmäzen ganz der Förderung des Nachwuchses zu widmen. Mit Sir Thomas Beecham gründete er 1932 das London Symphony Orchestra. Namhafte Musiker bekannten, daß sie diesem philanthropischen Vermittler und Anreger zu Dank verpflichtet seien, darunter Yehudi Menuhin und Isaac Stern, die Pianisten Gerald Moore und John Lill, die Opernsänger Sir Geraint Evans und Kiri Te Kanawa.

Im Londoner Hause dieses Musikmäzens waren namhafte Musiker zu Gast wie Béla Bartók, Wilhelm Furtwängler, Bruno Walter. Während des Zweiten Weltkrieges fanden Exil-Künstler aus Deutschland bei ihm eine offene Tür. Stefan Zweig und Ernst Toller trugen zum Gelingen seiner Soireen bei, bei denen alle Gäste mitspielen durften. In seiner vor wenigen Jahren erschienenen Autobiografie, „Meine ersten hundert Jahre", berichtete er, wie an einem solchen Abend einer der Gäste auf ihn und seine Frau zutrat und sagte: „Nun sind wir wieder Menschen."

1954 schloß sich der Kreis über den Kanal, durch Anschluß der von Mayer gegründeten Stiftung „Jugend und Musik" an die Jeunesses Musicales. Er war noch Geburtshelfer des Weltjugendorchesters. Außerdem setzte er sich tatkräftig für den Anglo-Israel-Verband ein. Neben zahlreichen Ehrungen war Sir Robert stolz auf das Großkreuz zum Bundesverdienstkreuz, das ihm als Anerkennung seiner Verdienste für den Austausch junger Musiker zwischen England und der Bundesrepublik verliehen wurde. SIEGFRIED HELM

Happy-End für das Kameri-Theater in Tel Aviv

Wie ein Wirt Pepos Gesellen rettete

Fünf junge Schauspieler wollten Theater machen. Also schlossen sie sich, da sie außer künstlerischer Begeisterung und Energie nichts besaßen, zur „Gruppe für Einakter" zusammen. Das war vor vierzig Jahren. Und es war der Anfang des Tel Aviver Kameri Theaters, eines der größten Theater für moderne Schauspielkunst in Israel. Zur Feier des runden Jubiläums kamen an die tausend geladene Gäste im Haus an der Dizengoffstraße im Herzen Tel Avivs zusammen. Alle Treppen, Gänge und Geländer waren besetzt. Das Festprogramm führte durch die Geschichte des Theaters, von den Anfängen der „romantischen Zeit" bis ins Heute der klassisch gewordenen Kameri.

1944, als das Unternehmen begann, sah es schlecht aus für junge Talente. Die bestehenden Theater, vor allem das ehrwürdige, aus Rußland eingewanderte „Habimah" hielten am expressionistisch-pathetischen Stil fest. Doch das Kleeblatt um den Regisseur der „Einakter" Gruppe, Josef Milo – im lässig-freundlichen Israel bis heute nur „Pepo" genannt –, wollte moderne Stücke, frischen Wind. Die erste Aufführung fand im Oktober in einer Turnhalle statt, erntete jedoch keine besonderen Lorbeeren. Die Presse würdigte zwar die mutige Initiative, aber der Publikumsandrang blieb aus.

Der akute Geldmangel, der das Theater bis in die Gegenwart treu begleitete, förderte jedoch eine einmalige Atmosphäre von Pioniertum und Zusammenhalt unter den Mitwirkenden. Immer neue Künstler schlossen sich dem Ensemble an mit der Verpflichtung, zwei Jahre lang ohne Gage zu arbeiten. Die Kosten für Saal, Kulissen und Kostüme wurden privat von Freunden und Mäzenen aufgebracht. Alle Schauspieler mußten nebenbei jobben, um sich und das teure „Kind" erhalten zu können. Wer nicht genug verdiente, wurde von den anderen unterstützt – oder vom „Rettengel" Cheskiel. Als Wirt des kleinen Restaurants „Kassit" an der Dizengoffstraße übernahm er die Verpflegung der verhungerten Künstler, gab ihnen Frühstück, Mittag- und Abendessen, mit der Hoffnung auf Erfolg und mögliche Rückzahlungen irgendwann in der Zukunft. Eineinhalb Jahre fütterte er das Team durch, erst dann sickerten die ersten Zahlungen, und im Laufe der Zeit bekam Cheskiel alles zurück.

Die wahre Kunst sollte das Theater erhalten, aber Pepo und Gesellen erfuhren schnell, daß Kommerz und Kunst nicht so leicht zu vereinbaren sind. Versuche, als Jugendtheater Kasse zu machen, scheiterten, und so entschloß sich die Gruppe schließlich doch zu einem abendfüllenden Stück. Im Oktober 1946 führten sie Goldonis „Diener zweier Herren" vor, diesmal mit durchschlagendem Erfolg. Schauspieler, Schriftsteller, Übersetzer und andere suchten sich wieder anzuschließen, die Truppe wuchs, und sie unternahm Tourneen im ganzen Land. Sie spielten auch im Krieg, für die Soldaten an der Front, für Verwundete und Rekruten, und riskierten dabei manchmal auch das Leben, wie auf dem Weg ins belagerte Jerusalem, wo sie von arabischen Terroristen angegriffen wurden.

Im Laufe der Zeit und mit dem wachsenden Erfolg zerfiel die romantisch-demokratische Struktur der Gruppe. Am Anfang war aller Besitz gemeinsam, die Entscheidungen über Stückeauswahl und Besetzung fielen durch Abstimmung – das mußte irgendwann aufhören. Die künstlerische Leitung wurde Pepo übergeben, das Dilemma in den Fragen des Repertoires mit einigen Kompromissen gelöst. Man spielte neben israelischen Stücken auch Übersetzungen aus dem Französischen, Russischen und Englischen.

Immer etablierter, begann die Truppe von einem eigenen Haus zu träumen. Um die Mittel aufzubringen, arbeiteten sie in zwei Teams mit zwei Stücken in zwei Sälen jeden Abend. Das neue Haus, schließlich für 80 000 israelische Pfund erstanden, war kaum mehr als eine Wand – alles andere mußte neu gebaut, getüncht, installiert und gestrichen werden. Langsam, aber zäh näherte sich das Projekt seinem Ende, und die teuren Bretter, mit geliehenem Geld und eigener Arbeit entstanden, wurden im Februar 1955 fertig. Das erste Kameri Theater eröffnete die Pforten mit „Wie es Euch gefällt".

Es gefiel. Das Ensemble schwoll. Drei Truppen sollten nun simultan das fehlende Geld einspielen. Unter Shaike Ofir entstand eine hauseigene Pantomimetruppe, die erste im Land. 1956 wurde die Kameri nach Paris, zum internationalen Theaterfestival eingeladen, wo sie die ersten ausländischen Lorbeeren erntete. Man hatte, so schien es, den Durchbruch geschafft.

Finanziell wollte es jedoch nicht besser gehen. Nach einem kurzen Aufschwung kam wieder die große Dürre. Die drei Gruppen schmolzen zu einer zusammen. Nur noch elf Mitglieder kämpften gegen die Desillusionierung und die Untergangsstimmung. Und die Kameri war auch nicht totzukriegen. Mit Geschick und Unterstützung erwarben sie den heutigen Saal im Herzen Tel Avivs über der gutgehenden Einkaufspassage in der Dizengoffstraße.

Seit 1961 ging es wieder aufwärts. Es folgten internationale Erfolge in Paris, London, Kanada. Ein junges Talent, der kauzige Hanoch Levine, avancierte zum Haus-Dramatiker und belebte die Kameri mit seinen grobbrutalen, zynischen Stücken. „Jakobi und Leidental" wanderte um die Welt (die deutschsprachige Erstaufführung findet übermorgen in Düsseldorf statt). „Die Gummihändler" zeigte man in Edinburg, die „Kofferpakker" in Nancy und Paris.

1980 schließlich griff der Staat unter die Arme des vielgeplagten Theaters. Das Forum „Kunst fürs Volk" bewilligte ihm eine Unterstützung, und Tel Aviv machte die Kameri zum städtischen Theater. Heute beschäftigt das Haus 45 Schauspieler in drei Gruppen und 50 Administratoren. So fand die Geschichte nach vierzig Jahren ein Happy-End. KATALIN FISCHER

ZEITSCHRIFTENKRITIK: „Valeurs Actuelles"

Die Frage nach Aron

Wenn man in Frankreich den Namen Aron fallen läßt, so wurde man bisher gefragt: Raymond oder Robert? Raymond Aron, Jahrgang 1905, vor einem Jahr verstorben, war der Bekanntere von den beiden, Soziologe, Leitartikler des „Figaro" und Weltdeuter, der in einem Atem mit Kissinger oder Kennan genannt wurde. Robert Aron, ihm im Tod einige Jahre vorausgegangen, Jahrgang 1898, war ein Schriftsteller von mehr esoterischem Ruf, der als großer Versöhner galt: Seine vielbändige Geschichte Frankreichs während der großen „Säuberung" von 1944/45 war ein von allen Lagern respektierter Versuch, Bürgerkriegsgräben zu überbrücken.

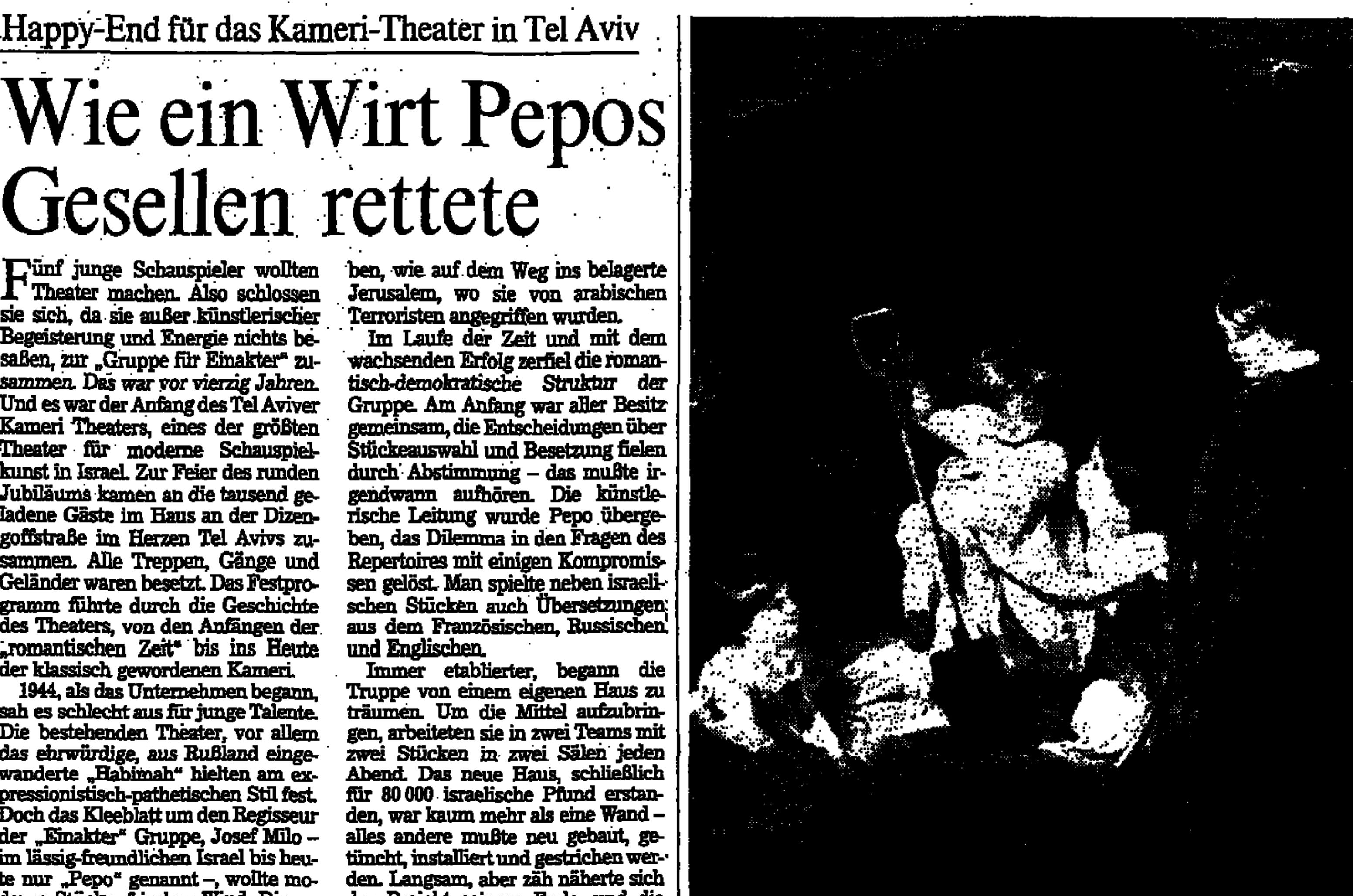
Seit 1984 wird nun die Frage recht oft laufen: Sie meinen wohl Jean-Paul Aron? Er steht noch nicht in den Nachschlagewerken, ist aber in Frankreich seit dem Erscheinen seines Buchs „Die Modernen" im letzten Herbst (bei Gallimard) der dritte literarische Star mit diesem Familiennamen. Den Photographien nach handelt es sich um einen Mann um die sechzig, und er ist genauso schwer einzuordnen wie seine Namensvettern; es gab bisher von ihm Romane, aber auch kulturkritische Essays und historische Bücher über die französische Gastronomie. Offensichtlich ist er ein Mann, der als „in" gilt, den zum mindesten in den Kulissen jedermann kennt, denn die vielen Kritiker, die sein Buch über die „Modernen" in den letzten Monaten seitenlang besprochen haben, hielten es nicht für nötig, seine Person vorzustellen.

Dafür ist um so mehr von dem Buch selbst die Rede. Das bürgerliche Wochenmagazin „Valeurs Actuelles" (Heutige Werte) sagt in seiner letzten Ausgabe, worum es geht: Gestützt auf minutiös geführte Tagebücher aus den Jahren 1945–1983 hält ein Insider aus Intimkenntnis und mit bösartigem Witz Gericht über den „Kulturklan von Paris". Das ist ungefähr so, wie wenn bei uns ein Unseld alles sagen würde, was er über seine Autoren und seine Verlegerkollegen denkt. Der Unterschied zur Bundesrepublik ist nur, daß J.-P. Arons Buch zwar seine Pfeile von links bis rechts verteilt, aber doch zum Gespräch aller wurde: einer glänzenden Feder widersteht in Paris eben keiner.

Kaum eine der bei uns bekannten Pariser Größen – von Artaud über Lacan, Malraux und Barthes bis zu Lévi-Strauss – wird von J.-P. Aron verschont. Die Pariser Presse hat die unzähligen blutenden Skalps mit so viel Schadenfreude vorgezeigt, daß darüber die großen Linien von Arons Kritik vernachlässigt wurden. Sie sind aber durchaus vorhanden.

„Valeurs Actuelles" faßt sie nun, aus Abstand, in zwei Punkten zusammen. Zum einen hätten nach Aron die „neuen Modernen" jede Art von Kunst unmöglich gemacht: „Die Modernität findet nicht mehr zur Schöpfung, sondern reagiert nur noch auf den vom Konsum bestimmten Markt; kaum tritt sie auf, ist sie schon entwertet."

Zum anderen wirft J.-P. Aron den „neuen Modernen" eine „Totalvereisung" vor; das Leben und mit ihm jedes Gefühl erstarre unter ihren Händen sogleich; die Wirklichkeit werde von den Theorien verdrängt. Und darum herum gruppierten sich die einzelnen Todsünden: „ein Rund-um-Schuldgefühl gegenüber allen und jedem", „Phraseologie, die auf Hohlheiten, Absenzen und Verstummen hinausläuft", „ein manischer Trieb zum Unterschreiben von Manifesten" usw. So ganz anders scheint die Kultur in Paris also nicht zu sein. ANTON MADLER



Von beseelter Kultur und malerischer Delikatesse: „Die Angerstein Kinder" von Thomas Lawrence, aus der Kölner Ausstellung FOTO: KATALOG

Köln: Englische Porträts des 18./19. Jahrhunderts

Produktive Rivalen

In seiner Ausstellungsreihe „Museen zu Gast" zeigt das Wallraf-Richartz-Museum aus der Gemäldegalerie der Staatlichen Museen Preußischer Kulturbesitz ein ausgesuchtes Ensemble „Englischer Porträts des 18. und frühen 19. Jahrhunderts". Es ist der Zeitraum, in dem die Bildnismalerei in England einen einmaligen Höhepunkt erreicht und eine gewisse Selbständigkeit erlangt hat, obgleich auch ihre besten Vertreter, Reynolds und Gainsborough, ihre kontinentalen Vorbilder kaum vergessen lassen. Beide waren, um mit Richard Hamann zu sprechen, „Epigonen van Dycks, beide in ihrem Epigonentum vollkommen". Das gilt, mit Einschränkungen, auch für die übrigen englischen Porträtisten, denen wir in Köln begegnen: Francis Wheatley, John Hoppner, Henry Raeburn und Thomas Lawrence.

Herausragend, auch in Köln natürlich, Thomas Gainsborough und Joshua Reynolds, die beiden fast Gleichaltrigen, die stets und stereotyp in einem Atem genannt werden, obwohl sie mindestens ebenso viel trennt. Sie waren lebenslang Rivalen – mit offenherzigem Respekt voreinander. Sie sind in Köln mit Hauptwerken vertreten, Reynolds u. a. mit dem späten Bildnis der Lady Sunderlin, Gainsborough vor allem mit den Marsham-Kindern, aber nicht weniger eindrucksvoll auch mit dem kleinformatigen Bildnis der alten Mrs. Hingeston, worin psychologisches Einfühlungsvermögen ganz in beseelter, malerischer Kultur und Delikatesse aufgeht; ein Bild ganz ohne Glätte und Pose.

Wenn Gainsborough, um es fast gröblich vereinfachend zu sagen, aus niederländischem Realismus und Rokoko einen persönlichen Stil entwickelte, dann pflegte Reynolds mehr die klassische Bildtradition des italienisch-flämischen 17. Jahrhunderts und verband sie mit detailgenauer Zeitnähe. Beide Künstler übrigens liebten die „verdammte Porträtmalerei" (Gainsborough) überhaupt nicht. Gainsboroughs wahre Liebe galt der Landschaftsmalerei. Reynolds zählte diese wie die Porträtmalerei zu den niedrigeren Künsten; er wäre lieber Historienmaler geworden. Aber die Zeitläufte begünstigten damals die Porträtkunst; nur mit ihr konnte ein Maler seinen Lebensunterhalt verdienen. Und Reynolds und Gainsborough wurden durch ihren ungeliebten Brotberuf immerhin reich und berühmt.

Ruhm ist auch immer eine Sache der Verbreitung und Popularisierung. Hier konnte sich vor allem Reynolds auf die zeitgenössische Druckgrafik verlassen. „Durch diese Männer werde ich unsterblich sein", erklärte er und meinte damit hauptsächlich die hervorragenden englischen Schabkünstler, die ihrer „schwarzen Kunst", obwohl sie keine englische Erfindung war, die Bezeichnung „englische Manier" eintrugen.

Aber natürlich fanden auch alle anderen druckgrafischen Techniken damals in England Anwendung; und sie beschränkten sich keineswegs nur auf die Vervielfältigung zeitgenössischer Malerei. Die Ausstellung in Köln wird sinnvoll begleitet von einer umfangreichen Auswahl englischer Druckgrafik des gleichen Zeitraums. Die rund 150 Blätter zeigen Beispiele aus allen Bildgattungen von der Historien- und Genremalerei über das Porträt und die Literaturillustration bis zur Landschaftsmalerei. Wir erkennen darin berühmte Bilder europäischer Malerei des 16. und 17. Jahrhunderts wieder, auffallend häufig auch Angelika Kauffmann und immer wieder Reynolds, der sich mit Recht für diese Breitenwirkung bedankte, zu der er selbst als Grafiker nichts beigetragen hat – im Unterschied zu Gainsborough, von dem, wie auch von Turner, Constable und Blake, eine Reihe von Originalgrafiken ausgestellt sind.

Eine Sondergruppe wurde der Karikatur gewidmet, vor allem Thomas Rowlandson und James Gillray, die wie Reynolds und Gainsborough in einem Atem genannt werden, obwohl sie in Thematik und Technik durchaus verschieden sind. Rowlandson war ein Aquarellmaler mit Neigung zum Spott und Talent zur Groteske, während sich Gillray, ein radierender Zeichner, als ein genuiner Satiriker von ätzender Schärfe und derber Komik vorstellt. (Bis 3. 2.; Kat. „Englische Porträts" 15 Mark, Druckgrafik 10 Mark) EO PLUNIEN

Einmal kein Kung-fu-Film: „Ah Jing" aus Hongkong

Träume im Wohnblock

Aus Hongkong kommt mittlerweile mehr als nur billige Kung-fu- und Action-Ware. Es hat sich dort eine Schule junger Regisseure herausgebildet, die mit den Mitteln des westlichen Films die sozialen Probleme ihrer Stadt darstellt. Mag sein, daß dies ein Reflex auf künftige Sorgen ist, auf das kommende Aufgehen der Stadt in Festlandchina, um eine Standortbestimmung sozusagen. Ein kleines Wunder ist es aber schon, daß ein solcher Film bei uns nicht in den Spätstunden des Fernsehens landet, sondern auch einmal im Kino (dankenswerterweise unsynchronisiert).

Allen Fongs „Ah Jing" ist geradezu ein Musterbeispiel für diesen neuen Hongkong-Film. Einmal reflektiert er die Sorgen der Regisseure inmitten einer Welt des rüden Kommerzfilms; denn einer der Protagonisten ist selbst ein Filmmann: Die Produzenten sind nur aufs Geld aus, in den Kinos wird mit den Filmen (und dem Publikum) rücksichtslos umgegangen, und das Publikum möchte eigentlich am liebsten amerikanische Filme sehen. So weit ist Hongkong also von uns nicht entfernt.

Wohl aber, was die Lebenswirklichkeit angeht. Die ist das eigentliche Thema von „Ah Jing": Der Zusammenprall traditioneller chinesischer Lebensformen mit einer verwestlichten Umwelt, der Kampf des einzelnen auf einem überfüllten Fleckchen Erde um Selbstbehauptung und ein bißchen Glück. Die Geschichte selbst ist gegenüber der Milieuschilderung fast zurückgenommen. Es geht um die junge Fischverkäuferin Ah Jing, die mit ihrer großen Familie in einer Zweizimmerwohnung in einem Wohnblock lebt und davon träumt, Filmschauspielerin zu werden. Eine zarte, unausgesprochene Liebe verbindet sie mit ihrem Lehrer, und am Schluß steht die Hoffnung, daß sie es schaffen wird.

Da ist man hierzulande als Zuschauer zwar etwas skeptisch, aber man muß wissen, daß es in Hongkong eine Zensur gibt, die Filme mit Happy-End gerne sieht. Und die Regisseure müssen sich auch an den Erwartungen eines Publikums orientieren, das in seiner oft bedrängten privaten Lage vom Kino auch ein Stückchen Hoffnung erwartet. Denn eine öffentliche Förderung für den Film gibt es in Hongkong nicht. Das kann seine durchaus wohltätigen Effekte haben: „Ah Jing" dauert fast zwei Stunden und ist doch keine Minute langweilig. SVEN HANSEN

JOURNAL

Künstlerischer Leiter für documenta 8 berufen

dpa, Kassel

Der 46jährige Kunsthistoriker Dr. Manfred Schneckenburger wird die 8. documenta im Jahr 1987 in Kassel leiten. Das teilte der Vorsitzende des documenta-Aufsichtsrates, der Kasseler Oberbürgermeister Hans Eichel, mit. Schneckenburger übernehme die Aufgabe von den beiden bisherigen künstlerischen Leitern, Edy de Wilde (Amsterdam) und Harald Szeemann (Schweiz), die ihren vor anderthalb Jahren erteilten Auftrag im vergangenen Monat zurückgaben. Somit wird Schneckenburger, der zeitweilig Direktor der Kölner Kunsthalle war, nach 1977, als er die documenta 6 gestaltete, zehn Jahre später zum zweiten Mal diese Weltausstellung moderner Kunst entscheidend beeinflussen.

„DDR"-Regisseur vertritt Bundesrepublik in Berlin

dpa, Berlin

Der „DDR"-Regisseur Egon Günther vertritt bei den diesjährigen 35. Internationalen Filmfestspielen in Berlin (vom 15. bis 26. Februar) die Bundesrepublik mit seinem jüngsten Film „Morenga" im offiziellen Wettbewerb. Der Film behandelt historische Begebenheiten zur Zeit der deutschen Kolonialherrschaft in Südwestafrika. „Morenga" ist bisher der einzige Beitrag der Bundesrepublik im allerdings noch nicht kompletten Wettbewerbsprogramm der Berlinale. Egon Günther hatte, zunächst in der „DDR", mit Filmen wie „Lotte in Weimar" und „Der Dritte" auf sich aufmerksam gemacht. 1977 trat er jedoch aus dem Verband der „DDR"-Filmschaffenden aus und trat seitdem in der Bundesrepublik mit Arbeiten hervor.

Königliche Toilettgarnitur nun in Berliner Besitz

PHG. Berlin

Prinz Louis Ferdinand von Preußen hat jetzt in Schloß Charlottenburg die legendäre Toilettgarnitur aus dem Besitz der Königin Luise dem Land Berlin als Geschenk übergeben. Die Stiftung ist als Schlußpunkt der großen Spenden- und Kaufaktion zu Gunsten des Watteau-Gemäldes „Einschiffung nach Kythera" zu sehen. Das vielteilige, klassizistische, silbervergoldete Service befand sich zunächst im Schlafgemach der Königin im Berliner Kronprinzenpalais und wurde nach ihrem frühen Tode in die königliche Silberkammer eingezogen. Entgegen der Legenden-Meinung, es handele sich bei der Garnitur um ein Geschenk des russischen Zaren, waren sämtliche Teile vom Potsdamer Hofgoldschmied Johann Jakob Müller 1796 bis 1798 gefertigt worden.

„Instrumentarium" von Klaus Rinke

AFP, Paris

Das Pariser Pompidou-Kulturzentrum wird im März und April Werke des deutschen Bildhauers Klaus Rinke ausstellen. Der aus Wattenscheid stammende 45jährige Künstler wird aus zahlreichen technischen und physischen Instrumenten ein sogenanntes „Instrumentarium" aufbauen, das an ein physikalisches Labor aus der Phantasie-Welt von Jules Verne erinnert. Das Musée d' Art Moderne in Paris hatte vor acht Jahren eine Rinke-Retrospektive gezeigt.

Filmfestival mit Eisenbahnen als Stars

dpa, Nürnberg

Im Jubiläumsjahr der deutschen Eisenbahnen (150 Jahre) werden in Nürnberg Statisten zu Stars. Beim ersten deutschen Eisenbahn-Filmfestival, das im Mai anläuft, wird die Bahn die Hauptrolle spielen. Rund 60 Eisenbahnfilme werden in zwölf Wochen gezeigt. Aus den verschiedensten Epochen und Ländern wird die Eisenbahnjahr-Ausstellungsgesellschaft der Stadt Nürnberg neben Spielfilmen auch historische Kurzfilme, Dokumentar- und Experimentalfilme präsentieren. Dabei reicht die Palette von dem Zugdrama „Eine Dame verschwindet" (Alfred Hitchcock) über Buster Keatons „General" und Ingmar Bergmans „Durst" bis zur Parodie des Eisenbahnfilms, „Trans-America-Express". Zu dem Festival wird auch das erste deutschsprachige Sachbuch über den Eisenbahnfilm erscheinen.

Romano-Guardini-Preis für Dirigent E. Jochum

dpa, München

Der Dirigent Prof. Eugen Jochum erhält den diesjährigen Romano-Guardini-Preis, der mit 10 000 Mark dotiert ist. Wie die Katholische Akademie in Bayern mitteilt, hat Jochum durch seine Interpretationen großer Werke der Musikliteratur mit führenden Orchestern und bedeutenden Solisten des In- und Auslandes Weltruf erlangt. Der 82jährige Dirigent werde zudem als Mann geehrt, der in einer engen Freundschaft zu Guardini gestanden habe.

Zweiter Start im Hamburger „Hell's-Angels"-Prozeß

Auch diesmal gibt es Einwände gegen die Besetzung der Strafkammer

H. DALCHOW, **Hamburg**

In dem gestern begonnenen zweiten Prozeß gegen 14 Mitglieder der Rockergruppe Hell's Angels unterschied sich der erste Tag nur geringfügig von dem des ersten Verfahrens am 7. November 1984. Der Vorsitzende der Großen Strafkammer 7 des Landgerichts Hamburg, Dieter Erdmann, konnte lediglich Fragen zur Person an die Angeklagten stellen.

Gegen zehn Uhr waren zunächst sieben er Angeklagten eingetroffen, die sich auf freiem Fuß befinden. Im ersten Verfahren waren noch acht Mitglieder der als „kriminell" eingestuften Gruppe aus der Untersuchungshaft vorgeführt worden. Es mußte bereits nach dem ersten Verhandlungstag ausgesetzt werden, nachdem die 28 Verteidiger die Zusammensetzung der Strafkammer gerügt hatten. Sie stellten in ihrem Antrag fest, die Schöffen seien nicht dem Gesetz entsprechend gewählt, sondern lediglich nach einer Liste „ausgezahlt" worden. Überdies hätten sie vom Stadtparlament, der Bürgerschaft, gewählt werden müssen. Die Schöffen waren, wie schon seit Jahren, von Vertrauensleuten der für den Bezirk Hamburg-Mitte zuständigen Bezirksversammlung gewählt worden. Die Strafkammer mußte dem Vorwurf, die Ersatzschöffen seien auch nach den in Hamburg üblichen Regeln nicht ordnungsgemäß gewählt worden, stattgeben. Andernfalls hätte sich Richter Erdmann dem Risiko ausgesetzt, einen Revisionsgrund zugelassen zu haben.

Auch gestern bestimmten Anträge der Verteidigung den Verlauf des ersten Verhandlungstages. Ein Antrag, die Schöffen zu einer Erkärung über ihre Unbefangenheit zu veranlassen, wurde vom Gericht nach kurzer Beratung zurückgewiesen. Einer der Verteidiger äußerte die Befürchtung, daß die Schöffen „aufgrund der Veröffentlichungen in den Medien" eventuell nicht mehr in der Lage seien, ihr Amt unbefangen auszuüben. Den 14 Angeklagten werden neben Delikten wie Betrug, Raub und Zuhälterei die gewaltsame Eintreibung von „Schutzgeldern" zur Last gelegt. Bis zu ihrer Verhaftung in der Nacht zum 11. August 1983 war es der Polizei nur selten gelungen, Betroffene zu Aussagen zu bewegen. Inzwischen konnte die Staatsanwaltschaft etwa 200 Belastungszeugen namhaft machen.

Ob es überhaupt zur Vernehmung von Zeugen kommt, war gestern nicht abzusehen. Die Verteidigung hat bereits einen „Besetzungseinwand" vorgebracht. Sie begründete ihn mit Urteilen höchster Gerichte und stellte fest, daß „die Strafkammer nicht vorschriftsmäßig besetzt" sei. Einer der Verteidiger sprach von einer „unabsehbaren Prozeßdauer" und deutete eine „mögliche Besetzungsrüge in einem Revisionverfahren" an.



Ein Angeklagter (rechts) und Sympathisanten beim „Hell's-Angels"-Prozeß im Hamburger Landgericht FOTO: AP

Kirche an der Mauer wird abgerissen

dpa, Berli

Die auf Ostberliner Gebiet unmi telbar an der Mauer gelegene evange lische Versöhnungskirche soll abge rissen werden. Nach Angaben de Westberliner Polizei von gestern ha ben die „DDR"-Behörden mitgeteil daß das Kirchenschiff am 22. Janua der Turm drei Wochen später ge sprengt werden sollen. Gründe fü den Abriß wurden nicht genannt. Da Gotteshaus an der Bernauer Straße das Platz für mehr als 1000 Besuche bot, wurde seit dem Mauerbau nich mehr benutzt. Dem bevorstehende Abriß ging ein Tauschvertrag de Konsistoriums mit dem Ostberline Magistrat im Juli vergangenen Jahre voraus. Für die Kirche erhielt da Konsistorium in einem Neubaugebie des Ostberliner Stadtteils Hohen schönhausen Gelände für den Neu bau eines Gemeindezentrums. Wäh rend des Zweiten Weltkriegs erlitt di an der Grenze zum Westberliner Be zirk Wedding gelegene Kirche schwe re Schäden. Nach Renovierunge konnte die 1984 im neugotischen St erbaute Kirche ab 1950 wieder be nutzt werden. Durch den Mauer wurde der größte Teil der Geme von dem Gotteshaus getrennt.

Tote nach Gasexplosion

AP, Brüsse

Bei einer von der Polizei auf di strenge Kälte zurückgeführten Gas explosion sind in der Nacht zum Mitt woch am Rande der belgische Hauptstadt Brüssel zwei Mensche ums Leben gekommen und acht ver letzt worden. Bei den Toten hande es sich um eine Frau und ein dreijäh riges Kind. Sie wurden gestern mor gen rund neun Stunden nach den Unglück unter den Trümmern de Hauses entdeckt, in dem sich die Ga sexplosion ereignete. Insgesamt wur den sechs Häuser zerstört ode schwer beschädigt.

Buschbrände in Australien

AP, Sydne

Mindestens 30 Buschbrände sin nach Angaben der Behörden gester im Süden Australiens außer Kon trolle geraten. Bisher sind 20 000 Stück Vieh verbrannt. Die Flamme erreichten die Außenbezirke von Mel bourne, der zweitgrößten Stadt Au straliens, und verbrannten 15 Häuser bevor es 2000 Feuerwehrleuten ge lang, die Feuerwand aufzuhalten.

Von Hund zerfleischt

dpa, Nürb

Eine 26jährige Frau ist auf dem Nürburgring vom Schäferhund ihres Onkels angefallen und zerfleisch worden. Nach den Ermittlungen de Polizei starb die Frau anschließend entweder an einem Schock oder an der Kälte. Wie die Behörden gester mitteilten, wurde die Leiche von Skifahrern gefunden. Der Schäferhund saß friedlich daneben.

Extreme Kälte vorbei

dpa, Hamburg

Die extreme Kälte in der Bundesrepublik Deutschland dürfte fürs erste zu Ende sein. Relativ warme Luftmassen aus dem Mittelmeerraum haben gestern den Süden Deutschlands erreicht. Auf dem knapp 1500 Meter hohen Feldberg im Schwarzwald stiegen die Temperaturen in der Nacht auf minus 3,5 Grad, und in Südostbayern zeigte das Thermometer plus zwei Grad. Für heute und morgen wird im Südwesten mit Niederschlägen, Schnee oder Regen gerechnet.

Renten-Urteil

AP, Kassel

Facharbeiter, die aus gesundheitlichen Gründen nur noch ganz einfache Tätigkeiten ausüben dürfen, können auch dann Rente wegen Berufsunfähigkeit beanspruchen, wenn sie von ihrem Arbeitgeber durch eine tarifliche Lohnabsicherung weiterhin den früheren Lohn erhalten. Das gilt nach einer Entscheidung des Bundessozialgerichts in Kassel zumindest dann, wenn der Arbeitnehmer einen nicht zumutbaren Abstieg im Arbeitsleben erleidet, der auch durch Weiterzahlung des bisherigen Lohnes nicht ausgeglichen werden kann. (AZ.: 5 RJ 46/84)

ZU GUTER LETZT

„Der Massen-Tourismus bedroh die Müsli-Idylle" – schreibt di Münchner „tz" über Gomera, di Nachbarinsel von Teneriffa.

„Abhörsicher ist kein einziges von ihnen . . ."

Probleme der Bundespost mit dem schnurlosen Telefon

EBERHARD NITSCHKE, **Bonn**

Die größte Störung im deutschen Telefonsystem weist eine einzigartige Besonderheit auf: Bisher hat noch kein einziger Interessent das neue schnurlose Telefon bekommen, aber schon können sich die Beteiligten kaum mehr verständigen.

Soeben hat die EG-Kommission in Brüssel dem Bundespostministerium in Bonn vorgeworfen, das Ende letzten Jahres von Postminister Christian Schwarz-Schilling vorgestellte Telefon, mit dem man ohne lästige Kabel sprechen kann, monopolartig allein vertreiben zu wollen. Das werde ein Vertragsverletzungsverfahren vor dem *Europäischen Gerichtshof* in Luxemburg nach sich ziehen. Außerdem, so die Europäer, sei der vom Minister als Mietpreis für dieses Gerät vorgesehene Betrag von 38 Mark monatlich fast dreimal so hoch wie die Rechnung für die gleiche postalische Leistung in Belgien.

Und noch vor der Auslieferung der ersten mit der Typenbezeichnung „Sinus" versehenen Telefone hat die technische Zentralstelle der Bundespost in Darmstadt bei einer Güteprüfung herausgefunden, daß „Sinus"-Gespräche unter Umständen schon mit Hilfe eines einfachen Radiogerätes von jedermann abgehört werden können.

Unbeschadet der Debatte zwischen dem Bundeswirtschafts- und dem Bundespostministerium um die vorgesehene Gebührenregelung hat die Post sich auf 100 000 zu liefernde drahtlose Telefone im ersten Jahr eingestellt. Dazu ein Sprecher des Postministeriums auf Anfrage der WELT: „Abhörsicher ist kein einziges Telefon, gleich welcher Bauart, höchstens mithörsicher. Und unsere vier Lieferfirmen bessern ihre Modelle jetzt so nach, daß sie mithörsicher sind."

Die Zwangspause, die jetzt bis zur tatsächlichen Auslieferung der drahtlosen Telefone entsteht, bis bei den vier Lieferfirmen AEG, Siemens, Hagenuk in Kiel und Stabo in Hildesheim die angestrebte „Mithörsicherheit" technisch erreicht ist, hat nach Ansicht der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) auch ihr Gutes.

DPG-Vorsitzender Emil Bock hat bereits beklagt, daß durch die, wie er sagte, „unnötige Hektik" des Postministers, der sich entgegen dem Ratschlag seiner Fachleute öffentlich durch die vorzeitige Präsentation der Modelle in Zugzwang gebracht habe, die ganze Aktion nun dem „guten Ruf der Post" schade. Vier Wochen später, so Bock, wäre die technische Prüfung so ausgereift gewesen, daß man die Panne vermieden hätte.

Und was den Vorwurf des Monopol-Vertriebs betrifft, der übrigens vom Postministerium energisch bestritten wird, meint Bock, hier würde eine „ordnungspolitische kartellrechtliche Debatte angezettelt". Es ginge offenbar um die Verdrängung der Bundespost von „lukrativen Märkten".

LEUTE HEUTE

Nancy und Ron

Amerikas First Lady **Nancy Reagan** hat jetzt ein für allemal klargestellt: Nicht sie oder sonst wer, sondern **„Ron"** bestimme, was im Weißen Haus geschehe. Damit wies die Präsidentengattin die in letzter Zeit kolportierten Behauptungen zurück, daß sie im Weißen Haus die Hosen anhabe.

Geänderte Zeiten

Bei der Eröffnung der ersten Ausstellung vor 14 Jahren in London hatte es noch einen handfesten Skandal gegeben. Diesen braucht der Leiter des Museums „Beatle City" im Norden Liverpools, **Roger White**, nicht zu befürchten, wenn er die 14 erotischen Zeichnungen zeigt, die **John Lennon** von sich und **Yoko Ono** auf seiner Hochzeitsreise angefertigt hatte.

Streitbarer Marcel

Wer jetzt auf Schweizer Autobahnen ohne Vignette an der Windschutzscheibe ertappt wird, muß 130 Franken Strafe zahlen. Besonders ärgerlich ist die Bestimmung, daß die Vignette bei einem Fahrzeugwechsel oder beim Auswechseln der Windschutzscheibe nicht übertragen werden darf. Der eidgenössische Privatdetektiv **Marcel Witschi** will das nicht hinnehmen und hat die Vignette mit einer abnehmbaren Folie befestigt. Gestern zeigte er sich selbst an und will den Fall, wenn nötig, bis vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte bringen.

Syrien führt die „Hitliste" der Falschparker an

M. GROHME, **Bonn**

Mit Spannung erwarten die Bonner die alljährlich erscheinende „Knöllchen-Hitliste" der vielen diplomatischen Vertretungen in der Bundeshauptstadt. Aus ihr geht hervor, welche ausländische Vertretung sich die meisten Strafmandate wegen falschen Parkens eingehandelt hat. Ein Dorn im Auge ist den Bonnern vor allem die Immunität der diplomatischen Vertreter: Sie können nicht strafrechtlich belangt werden, wenn sie die „Knöllchen" ignorieren. Von den mehr als 120 Botschaften zahlen nach Auskunft der Stadt Bonn nur etwa 30, acht begleichen ihre Rechnung durch Spenden an karitative Vereinigungen.

Insgesamt wurden 11 468 Strafzettel an die Scheiben der Autos des Diplomatischen Corps geheftet. Im Durchschnitt erhalten die 3531 Wagen der Botschaften 3,4 „Knöllchen" pro Jahr. Die Hitliste führt Syrien an: 1137mal schrieben die Bonner Politessen Zahlungsaufforderungen; damit sind die 38 Fahrzeuge der syrischen Botschaft jeweils etwa dreißigmal „erwischt" worden. An zweiter Stelle liegt Peru. Der Andenstaat erhielt 233 Strafzettel. Verteilt auf elf Wagen sind das 21 Strafmandate.

„Diszipliniert" verhielten sich dagegen die Vertreter des Vatikan, der USA, Sierra Leones und der „DDR". Mit einem Strafzettel pro Wagen unterbieten sie sogar die Bonner: Die erhalten nämlich durchschnittlich zweimal im Jahr ein „Knöllchen".

Sachverständiger hält Unfall für möglich

Im Scholz-Prozeß verbuchte die Verteidigung Pluspunkte

F. DIEDERICHS, **Berlin**

Betrachtet man den zweiten Tag im Prozeß gegen den früheren Box-Europameister Bubi Scholz mit den Maßstäben eines Punktrichters, so muß man dem Angeklagten attestieren, mit nicht erwarteten leichten Vorteilen aus dieser zweiten Runde hervorgegangen zu sein. Den wichtigsten Pluspunkt verbuchte die Verteidigung des wegen Totschlags an seiner Ehefrau Helga sowie unerlaubten Waffenbesitzes angeklagten Mannes kurz vor der Mittagspause.

Der Berliner Schußwaffen-Sachverständige Wolfgang Horn stellte bei Untersuchungen an der im Hause Scholz *sichergestellten Waffe vom* Typ Anschütz Kaliber 22 Long Rifle fest, daß sich bei diesem Gewehr ein Schuß auch lösen kann, ohne daß dazu der Abzug durchgezogen werden muß. Dies würde für die von Bubi Scholz immer wieder vorgetragene Version sprechen, der tödliche Schuß habe sich gelöst, als er die Waffe nach dem Reinigen in die Hand genommen habe und beim Aufstehen über seine Golftasche gestolpert sei.

Allerdings weist das Anschütz-Gewehr eine Besonderheit auf, die im Prozeß voraussichtlich eine erhebliche Rolle einnehmen wird: Es verfügt über zwei Abzugsbügel, die hintereinander angeordnet sind. Der hintere der Bügel dient zum „Vorspannen" der Waffe, der vordere Bügel kann in diesem Zustand dann ausgelöst werden, wenn nur eine geringe Kraft von etwa 100 Gramm auf ihn wirkt. Ist das Gewehr allerdings nicht vorgespannt, sind rund 2,5 Kilo Abzugskraft notwendig, um einen Schuß auszulösen.

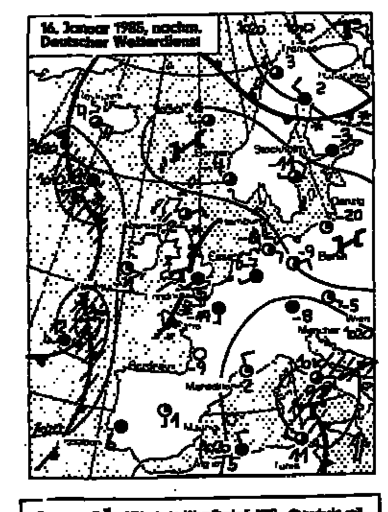
Bei den Untersuchungen des Schuß-Sachverständigen löste sich der Schuß unbeabsichtigt bei der vorgespannten Waffe. „Bei nicht vorgespanntem Gewehr habe ich mehrmals kräftig gegen Hindernisse schlagen können, ohne daß ein Schuß unbeabsichtigt losging", berichtete der Sachverständige. Die Schlußfolgerung: Bubi Scholz muß also zumindest mit gespannter Waffe aufgestanden und gestolpert sein – nur so wäre die Version *eines „Unfalls" zu* erklären.

Gegen diesen Ablauf könnten aber zwei weitere Punkte sprechen, die gestern ebenfalls zur Sprache kamen. Die Tatwaffe sei stark verschmutzt gewesen, „überall Dreck und Flusen", berichtete ein Kriminalbeamter, der die Waffe sichergestellt hatte. „Sie sah nicht so aus, als sei sie gesäubert worden."

Ein Wachpolizist gab zudem eine weitere Tatversion des Angeklagten wieder, die dieser während seiner ersten Nacht in Polizeigewahrsam immer wieder erzählt habe: „Beim Reinigen hat sich ein Schuß gelöst, die Tür durchschlagen und eine Fliese getroffen. Diese Fliese hat dann meine Frau am Kopf getroffen." Der Prozeß wird am Montag fortgesetzt.

WETTER: Frostabschwächung

Wetterlage: Die in höheren Luftschichten vom Mittelmeer herangeführte Warmluft kann sich nicht bis zum Boden durchsetzen. Deutschland gelangt auf die Vorderseite eines nach Frankreich ziehenden Tiefs.



Vorhersage für Donnerstag:
Überwiegend stark bewölkt und niederschlagsfrei, nur im Südwesten noch zeitweise leichter Schneefall. Tagestemperaturen minus 6 Grad bis minus 2 Grad. Nächtliche Tiefstwerte minus 4 Grad bis minus 10 Grad. Schwacher Wind aus unterschiedlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:
Weitere Frostabschwächung, aber kein Tauwetter.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	-9°	Kairo	17°
Bonn	-7°	Kopenh.	-1°
Dresden	1°	Las Palmas	18°
Essen	-7°	London	-5°
Frankfurt	-5°	Madrid	1°
Hamburg	-6°	Mailand	1°
List/Sylt	-3°	Mallorca	6°
München	-8°	Moskau	-6°
Stuttgart	-9°	Nizza	4°
Algier	5°	Oslo	-11°
Amsterdam	-10°	Paris	-14°
Athen	9°	Prag	-3°
Barcelona	0°	Rom	9°
Brüssel	-10°	Stockholm	-11°
Budapest	-4°	Tel Aviv	19°
Bukarest	-11°	Tunis	11°
Helsinki	-3°	Wien	-5°
Istanbul	4°	Zürich	-10°

Sonnenaufgang* am Freitag: 8.18 Uhr, Untergang: 16.48 Uhr; **Mondaufgang:** 6.27 Uhr, Untergang: 13.45 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Als der Gast schlappmachte, war das Geld weg

PETER SCHMALZ, **München**

Nach fünf oder sechs Maß Bier kann schon mal vorkommen, daß er zu Fuß den Heimweg auf den Schienen der Münchner U-Bahn sucht. „I hab' gedacht, da kommst schneller nach Haus", erzählte der 51jährige Frührentner Robert B. gestern dem Richter. Aber nur einmal habe er nach seinem Abendbierchen, die er gewöhnlich im „Donisl" schluckte, ein merkwürdiges Gefühl gehabt. Das war die Nacht, in der er sich nach der sechsten oder siebten Maß „schlapp" fühlte und in der 1500 Mark aus seiner Jackentasche verschwanden, was den Staatsanwalt zu der Annahme ermunterte, Kellner Rudi L. habe dem Stammgast K.-o.-Tropfen ins Bier geschüttet und sich alleine oder mit Hilfe professioneller Taschendiebe an der Rentenzahlung des Bewußtlosen vergriffen.

Jener 1. Mai vor drei Jahren hatte für den Zeugen relativ trocken begonnen: Er besuchte das Frühlingsfest mit Mutter und Schwester: „Da darfst du nicht soviel trinken." Deshalb blieb's bei drei oder vier Maß. Abends verließ er die Damen und strebte dann dem „Donisl" zu, wo er flugs *drei weitere Maß tankte. Bei der letzten* geschah das Malheur, und das Geld war weg. Wohl kam die Polizei, fand die drei Fünfhundert-Mark-Scheine aber bei keinem der sechs umsitzenden Zecher. Der Bestohlene verzichtete auf eine Anzeige: „Wegen der Lauferei, und des Geld kriegst eh nimmer zurück, hab' ich mir gedacht."

Erst nachdem die Zeitungen über den „Donisl-Skandal" berichteten, meldete er sich wieder bei der Polizei. Ob er denn tatsächlich sicher sei, daß ihm K.-o.-Tropfen verabreicht wurden, will der Verteidiger des angeklagten Kellners wissen. Da will sich der Zeuge, der vom Rudi auch schon mal eine Gratis-Maß serviert bekam, nicht festlegen: „Sein kann's schon sein, aber behaupten kann ich's net." Ob das schlappe Gefühl womöglich auf Übermüdung beruhte, fragt der Richter. Aber da kann ihn der Zeuge beruhigen: „Na, ich arbeite ja nicht." Und an den paar Bierchen konnte es wohl alleine auch nicht liegen, denn trinkfest ist er seit Jahrzehnten: „Ich war über 20 Jahre Hausmeister in einer Wirtschaft."

Den tiefen Blick ins Glas ist auch eine andere Zeugin gewohnt, von der *der Angeklagte* wenig charmant berichtet hatte, man müsse „schon einen Sechser im Lotto" haben, um die mal nüchtern zu sehen. Dem Gericht verhehlt sie die Liebe zum Alkohol nicht. Auch sie hat sich erst nach den „Donisl"-Schlagzeilen gemeldet, aber daß ihr Tropfen ins Glas gegeben wurden, das will sie nicht behaupten. Vor der Polizei sagte sie, die Maß habe schal geschmeckt „wie zusammengeschüttete Noagerl" (Bierreste): vor Gericht und im Angesicht des Kellners sagt sie, *die Maß sei* frisch gewesen, aber nachher hätte sie so komisch geschmeckt, und ihr sei so schlecht gewesen, daß sie drei Tage im Bett gelegen habe.

Ein Polizeibeamter bezeichnet den Angeklagten als eine Art Schlüsselfigur des Wirtshaus-Skandals, an dem der Ruf der Münchner Gastlichkeit noch schwer zu verdauen hat, aber die Zeugin will ihn nicht belasten. Er hat ihr doch auch immer eine Maß gegeben, wenn sie mal kein Geld dabei hatte, und er hat ihr auch mal einen Ring als Pfand genommen, den sie wenig später wieder auslöste. Und ob sie nach dem Diebstahl weiterhin das Lokal besuchte, fragt der Vorsitzende. „Ja, selbstverständlich, es war ja so a gemütlich Gaststätte. 's Prinzenpaar geht ja auch rein." Ihre Tochter verkehrte dort auch, aber leider mit ziemlich langen Fingern. Aber von dem Kind will sie nun nichts mehr wissen („die ist Alkoholikerin") und hat sich zumindest indirekt letztmals zum 50. Geburtstag der Mutter gemeldet: „Da hat ein Blumengeschäft angerufen, ob das mit der Bestellung in Ordnung geht. Wir sollen Ihnen 50 Rosen schicken, die besten, und Sie zahlen's selber." Die Zeugin hat auf die Rosen verzichtet.

Der Staatsanwalt scheint mit seinen Zeugen wenig zufrieden. Verteidiger und Angeklagter schmunzeln locker. Bisher hat noch keiner der Zeugen ausgesagt, er habe den Kellner beim kriminellen Tun erwischt, wobei Rudis Kollege Gaudio A., selbst in Untersuchungshaft, sich sogar entschuldigt: „Es tut mir leid, ich habe überhaupt nichts gesehen." Aber noch stehen sechs weitere Verhandlungstage gegen Rudi L. und fast 30 weitere Verfahren gegen andere „Donisl"-Beschäftigte aus.

Die Wirtschaft ist weiterhin geschlossen und wird nach gründlicher Renovierung von einem neuen Pächter im März wieder eröffnet.